

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Umtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Groitzsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volt und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.-Mark., für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.-Mark. ohne Bestellgeld, Telefon Sammelnummer 72208 — Postscheckkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72208. — Verlag in Leipzig.  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Abonnementpreise: Die Wochenseite, Kolonelseite 35 Pfg., bei Plakatvorrichtung 40 Pfg. Stellenangebote 10 Pfg. Kolonelseite 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten die Wochenseite, Kolonelseite mit 50% Nachlaß. Reklameseite 2 M. Unterseite v. ausw.: die 10 Pfg. Kolonelseite 40 Pfg. bei Plakatvorricht. 50 Pfg. Reklameseite 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggesellschaften und alle Postanstalten entgegen

## Einbruch in die Arbeiterfront

Die Manöver der britischen Bourgeoisie

Ramsay MacDonald hat die Thronrede, mit der am Dienstag die 4. Session des englischen Unterhauses eröffnet wurde, die armeligste Erklärung genannt, die jemals dem Parlament von einer Regierung vorgebracht worden ist. Er hat besonders betont, daß wichtiger als das, was in ihr steht, das sei, was ausgelassen worden ist. Er hat recht. Die Thronrede spricht von den „anbauernden Bemühungen der britischen Regierung, im Zusammenwirken mit dem Völkerbund die Regelung internationaler Differenzen herbeizuführen, der Sache des Friedens zu dienen“, sie spricht von der Lage in China und noch manchem anderem, aber sie sagt kein Wort über den Vorstoß der Regierung gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommen, kein Wort über die noch immer starke Arbeitslosigkeit und kein Wort über die schon lange versprochene Fabrikgesetzgebung. Es ist kein Zufall, daß die Regierung über die Millionen des englischen Volles interessierenden Fragen schweigt. Denn diese Fragen interessieren nicht nur, sondern an ihrer Beantwortung scheiden sich die Klassen. Da aber in England die Rücksicht auf die kommenden Neuwahlen schon jetzt stark geübt wird, sieht die Regierung keinen Anlaß, Probleme erneut in den Vordergrund zu stellen, bei denen ihr sozialreaktionärer Kurs weitesten Schichten der Wähler offenbar werden müsste.

Diese vorsichtige Taktik der Regierung und der englischen Bourgeoisie beherrscht gegenwärtig die gesamten Auseinandersetzungen zwischen den Klassen. Die Baldwin-Regierung hat trotz der großen Mehrheit, über die sie in beiden Parlamenten verfügt, nichts getan, was die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Lande irgendwie herabgemindert hätte. Die Arbeitslosenziffer hält sich noch immer an der ersten Millionengrenze und weder in der Textilindustrie noch in der Kohlenindustrie ist die Krise behoben, trotz der Lohnherabsetzungen und der Arbeitszeitverlängerungen, die den Arbeitern aufgezwungen worden sind. Diese Untätigkeit oder besser Unfähigkeit hat die Wahlausichten für die Konservative Partei, die die Baldwin-Regierung stellt, nicht günstiger gestaltet. Es liegt daher durchaus in ihrem Interesse, wenn jetzt Verträge unternommen werden, die die Regierung zu entlasten. Nicht anders als ein Entlastungsversuch müssen aber jene Verhandlungen bezeichnet werden, die zur Zeit zwischen einer Reihe führender Industrieller, hinter denen keine Organisation stehen, und den Vertretern des Gewerkschaftstongresses geführt werden. Über die Punkte, um die es dabei geht, ist hier schon berichtet worden. Es ist nun außerordentlich bemerkenswert, daß wesentliche dieser Punkte, die der Industrielle Alfred Mond in der Plattform für die gemeinsamen Verhandlungen zusammengestellt hat, jetzt wieder zu finden sind in dem Wirtschaftsprogramm, mit dem die liberale Partei in den Wahlkampf zu ziehen und mit dem sie aus ihrer bisherigen politischen Ohnmachtigkeit herauskommen gedenkt. Hier wie dort wird die Frage der industriellen Organisation in den Vordergrund gestellt und der Monopolbildung das Wort gegeben. Wie Sir Mond eine gewisse Angleichung der Verhältnisse herbeizuführen vorgibt, so wird auch in dem liberalen Wirtschaftsprogramm eine feste Verbindung der Arbeiter mit ihren Betrieben um die Festlegung eines Minimallohnes für jede Industriegruppe vorgeschlagen. Mond ist der Propagandist der Befestigung der Arbeiterschaft an der Industrie durch Aktien und Gewinnverteilung; das liberale Wirtschaftsprogramm empfiehlt das gleiche. Ja, Mond, dem die liberale Partei nicht reaktionär genug war und der darum zu den Konservativen hinüberwechselte, nimmt selbst die Errichtung von Arbeiterräten mit in Kauf. Auch in diesem Punkte ergänzt ihn das Wirtschaftsprogramm der Liberalen, indem es gleichfalls die Bildung von Arbeiterräten vorschlägt. Daß sie nicht mehr wie eine deforative Rolle spielen sollen, ergibt sich daraus, daß ausdrücklich gesagt wird, daß die Tätigkeit der Arbeiterräte nur die einer beratenden Körperschaft sein soll und ihr Einfluß sich in keiner Weise kontrollierbar bemerkbar machen dürfe. Jährlich einmal sollen sie von der Leitung der Industrie volle Information erhalten dürfen. Daß eine solche Institution für die Arbeiterschaft vollständig wertlos ist und höchstens dazu dienen kann, ihre Bewegungsfreiheit im Kampfe für ihre eigenen Klassenforderungen einzuschränken, ist ohne weiteres klar. Das Wirtschaftsprogramm, und auch darin begegnet es sich mit den Wünschen der Industriellen, verlangt dann noch eine Revision der — wir kennen das Gesammelte in Deutschland! — drückenden Steuern.

Ergibt sich so zwischen dem Wirtschaftsprogramm und den Bestrebungen der führenden Gruppe der englischen Bourgeoisie eine weitgehende Einmütigkeit, so zeigt sich andererseits ein offener Gegensatz zu den Forderungen, die die englischen Arbeiter in dem kommenden Wahlkampf zu erheben haben und die in dem noch nicht formulierten Programm der Ar-

## Die Antwort der französischen Sozialisten

Für die sofortige Räumung des Rheinlandes ohne jeden Vorbehalt

### Beschlüsse des Parteivorstandes

#### Der Fall Marancé

SPD, Paris, 9. Februar. (Radio.)

Der Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs befasste sich am Mittwoch u. a. auch mit den Aeußerungen Paul-Boncour über die Bedingungen der Rheinlandräumung und den Einspruch der deutschen Sozialdemokratie gegen die von Boncour gewählte Auslegung der Luxemburger Resolution. Nach dieser Auslegung sollte die Luxemburger Konferenz im Prinzip einer ständigen Rheinlandkontrolle zugesimmt haben.

Der Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs beschloß, den Protest der deutschen Sozialdemokratie mit einem Hinweis auf das offizielle Wahlprogramm der französischen Partei zu beantworten. In diesem Programm wird die sofortige Räumung des Rheinlandes ohne jeden Vorbehalt gefordert. Die Sozialistische Partei Frankreichs wird in ihrer Antwort gleichzeitig die Einberufung einer besonderen internationalen Konferenz vorschlagen, um die Haltung der sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs und Belgien zu dem Rheinlandproblem nochmals zu besprechen.

Der Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs befasste sich dann noch mit dem sogenannten Fall Marancé. Es handelt sich hier um den Fund einer Aktenmappe, in der verschiedene Dokumente über die Tätigkeit linker Sozialisten für die Kommunistische Partei Frankreichs enthalten waren. Die in Verdacht stehenden Sozialisten haben damals sofort um die Einleitung einer Untersuchung gebeten. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die gegen sie gerichteten Beschuldigungen zu Unrecht erhoben worden sind. Ein Parteimitglied, das weder die Untersuchung gegen sich selbst beantragt hatte, noch sich darin einbezogen ließ, wurde aus der Partei ausgeschlossen.

\*

Auf dem Weihnachtsparteitag der französischen Sozialisten hatte Paul-Boncour des längeren auseinandergesetzt, daß die Räumung des Rheinlandes nach den Beschlüssen der sozialistischen Luxemburger Konferenz von der Schaffung einer internationalen Kontrolle abhängig zu machen sei. Der Genoss Ernst Reinhard hat zu dieser Art von sozialistischer Diplomatie in diesen Spalten alles gesagt, was nötig war. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hatte gegen die von Paul-Boncour unternommene Auslegung der Luxemburger Resolution protestiert (siehe L. B. vom Dezember). Die oben mitgeteilten Beschlüsse des französischen Parteivorstandes stellen die Antwort auf diesen Protest dar. Es ist erstaunlich, daß der französische Parteitag die Auslegung Paul-Boncours dadurch verurteilt, indem er auf das offizielle Wahlprogramm der Partei verweist, das die sofortige Räumung des Rheinlandes ohne jeden Vorbehalt enthält. Insofern hat sich die Hoffnung des deutschen Parteivorstandes, daß zwischen ihm und der Parteileitung der fran-

zösischen Sozialdemokratie völlige Übereinstimmung in der sozialistischen Auffassung von der Rheinlandräumung herstellt, bestätigt.

Wenn man jedoch über diese formale Seite von Schreiberei und Antwort hinausgeht, werden für den größeren Standpunkt des internationalen Sozialismus die Beschlüsse schwerlich als bestreitbar erscheinen können. Der französische Parteivorstand schlägt die Einberufung einer besonderen Konferenz, an der deutsche und französische Sozialisten zu beteiligen seien, vor, „um die Haltung der sozialistischen Parteien zum Rheinlandproblem nochmals zu besprechen“. Wir wissen nicht, was diese Konferenz in jenen Fragen an Neuem beschließen könnte. Es kommt nicht darauf an, daß auf einer offiziellen Tagung nochmals die Angelegenheit „besprochen“ wird — gewiß, auch das kann vielleicht nicht von Schaden sein —, es kommt in der Hauptsache darauf an, daß die offiziellen Führer der sozialistischen Parteien verpflichtet sind, im Sinne der internationalen Beschlüsse auszutreten. Es ist eine Legende, wenn behauptet wird, daß Paul-Boncour ein „Eingänger“ der französischen Partei sei, für dessen Aussagen die Partei selbst keine Verantwortung habe. Richtig ist, daß die Ausschauungen Paul-Boncours in den Fragen der Völkerbundspolitik und des Militarismus in dieser Form von einem anderen französischen Genossen bisher nicht vertreten wurden, aber ebenso ist es richtig, daß alle bisherigen französischen Parteilinge das offizielle Mandat Paul-Boncours für seine diplomatische Arbeit als Völkerbundsdelegierter und für sein militärisches Handwerk als Vorsitzender des französischen Obersten Kriegsrates bestätigten.

Damit ist das Auftreten Paul-Boncours von der Partei autorisiert worden, und Paul-Boncour bediente sich hierfür, indem er erklärte, falls er „einstmals“ in einem Widerstreit zwischen Sozialismus und „Nation“ geraten werde, er sich ohne Bedenken für die „Nation“ entscheiden würde. In den Beschlüssen des französischen Parteivorstandes ist nichts enthalten, was Paul-Boncour nunmehr endlich die Verpflichtung auferlegt, sich an die offiziellen Parteibeschlüsse zu halten. Wenn man schon nicht zu einem andern, von uns für dienlicher gehaltenen Mittel gegen das Werk Paul-Boncours greift, ist diese unerlässlich notwendige Verpflichtung die Voraussetzung dafür, daß Beschlüsse internationaler sozialistischer Konferenzen nicht von Paul-Boncour in jenen gegenteiligen Sinn umgewandelt werden, an dem die französische und die deutsche Bourgeoisie ihre Freude haben. Der Kampf gegen die Bourgeoisie im eigenen Lande, das ist die Voraussetzung für die internationale Aktionsfähigkeit des Proletariats. Eine Mahnung an Paul-Boncour, den man, wie mitgeteilt wird, von den Beschlüssen des französischen Parteivorstandes nur „in Kenntnis gesetzt“ hat, düst uns im Augenblick nötiger als eine neue Konferenz. Wir haben vor einigen Tagen unsere erste Pflicht erfüllt, indem wir die notwendige Kritik an dem Auftreten des Genossen Breitscheid übten. Nur diejenigen sind berechtigt, diesen Wunsch an die französische Partei auszudrücken, die ihre Pflicht im eigenen Lande wahrnehmen.

beiterpartei ihren Ausdruck finden müssen. Eine durchgreifende Sozialpolitik, eine wesentliche Verschärfung der Besteuerung der Vermögens- und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit durch Produktionserhöhung und Konsumerverteilung sind die Hauptpunkte, die die Arbeiterpartei in dem Wahlkampf herauststellen wird. Es ist unschwer vorauszusehen, daß dieses soziale Wahlprogramm bei den Millionen Arbeiterwählern Anfang finden und die Arbeiterpartei wesentlich gestärkt in das neue Unterhaus zurückkehren lassen wird.

Mag die Konservative Partei und die gesamte Bourgeoisie nun fürchten oder nicht fürchten, daß ihre überwältigende Mehrheit bei den Neuwahlen zusammenschmilzt oder ganz verloren geht, auf jeden Fall hat sie kein Interesse an einem verstärkten Aufleben des sozialen Kampfes und an einer Stärkung der politischen Arbeiterbewegung. Sie hat dieses Interesse vor allem deswegen nicht, weil die Verschiebungen im Welthandel, die fortwährend Durchkapitalisierung kolonialer und halbkolonialer Staaten sie zu aktiver imperialistischer Bevälfung zwingt, wenn sie sich von ihren gewohnten hohen Profiten nichts entgehen lassen will. Für einen aktiven Imperialismus aber ist es beruhigender, wenn die Arbeiterklasse im eigenen Lande nicht im scharfen Kampfe zur Bourgeoisie steht. Daher die angestrengten Bemühungen um den „industriellen Frieden“, die sich gleichzeitig als ein geschickter Trick entpuppen, die Front der Arbeiter in dem bevorstehenden Wahlkampf zu verwirren. Indem die Gewerkschaftsvertreter in den gegenwärtigen Verhandlungen weitgehend auf die Forderungen des liberalen Wirtschaftsprogramms festzulegen ver-

lucht werden, werden sie zugleich von dem Wahlprogramm der Arbeiterpartei weggeführt.

Es muß zugegeben werden, die britische Bourgeoisie versteht ihre Sache. Nun muß sich zeigen, ob die englischen Arbeiterführer ebenso gut verstehen, die Sache des Proletariats so zu führen und so zu vertreten, daß zuletzt doch die Interessen der gesamten Arbeiterklasse triumphieren. Da bei die Feindseligkeit nicht unterdrückt, daß in der englischen Arbeiterbewegung und in ihrer Führerschaft noch Traditionen stark lebendig sind, aus denen heraus der Klassenkampf und die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution abgelehnt wird.

## Der Kampf um das neue Panzer Schiff

SPD. Im Haupthausschluß des Reichstages wird am Donnerstag der Reichswahlrat zur Beratung gelangen. Im Verlauf der Debatte dürfte neben der Phönix-Affäre auch der zum Bau eines neuen Panzer Schiffes angeforderte Millionenbetrag eine Rolle spielen. Die Sozialdemokratie wird diese Mittel aus finanziellen Gründen ablehnen. In einer Zeit, wo für soziale Maßnahmen angeblich kein Geld vorhanden ist, überflüssige Panzerkreuzer zu bauen, die nach ihrer Havarierung als militärische Waffe nicht einmal die geringste Bedeutung haben, ist geradezu unverantwortlich. Es wird trotzdem schwer fallen, den Bürgerblock vor der Billigung der Mittel abzuhalten.

Die demokratische Reichstagsfraktion beschloß am Mittwoch, die im Reichswahlrat angeforderten Mittel für das neue Panzer Schiff abzulehnen.

## Vom „Wohnungsbolschewismus“

Demonstrationen in den Wandelgängen

Berlin, den 8. Februar 1928.

Die Generaldebatte über die Novelle zum Mieterschutzgesetz dauert mit unverminderter Schärfe fort. Das Plenum des Reichstages freilich ist zumeist gähnend leer. Nichtsdestoweniger nimmt die Debatte zeitweise äußerst zugesetzte Formen an. Das Hauptaugenmerk aber konzentriert sich auf die Wandelhallen. Dort haben sich starke Gruppen der Liquidationsgeschädigten, Männer und Frauen, eingefunden, die unausgesetzt nach den bürgerlichen Vertretern im Liquidationsausschuss jahnen. Diese aber sind nirgends aufzutreiben. Ganz so wie in den Tagen der Kämpfe um das Auswertungsgesetz, also Graf Weizsäcker vor seinen eigenen Wählern angstvoll in einen Kleiderspind geflüchtet war.

Seit Monaten geht der Kampf um das Liquidationsgeschädigtenrecht. Der Bürgerblock vermag sich nicht zu einigen, obwohl hier nur Angehörige bürgerlicher Schichten in Frage kommen. Der Finanzminister hat den Betrag von einer Milliarde ausgeworfen. Unter Umständen will er noch weitere 200 Millionen zur Verfügung stellen. Der Streit aber geht um die Frage: ob Zwischenlösung oder Schlussgesetz. Im leichten Falle fürchtet man die Auswirkungen auf die in Aussicht stehende Revision des Dawesplanes. Dazu kommt die bevorstehende Freigabe der beschlagnahmten Vermögen in den Vereinigten Staaten. Zuletzt aber gedenkt man den Großen, den Kolonialfirmen und dergleichen möglichst umfangreiche Beträge zuzuschicken, wogegen sich die Sozialdemokratie mit allen Kräften wehrt. Sie fordert eine besondere Begünstigung der Kleingeschädigten mit Fortsetzung in Höhe bis zu 20 000 Mark. Die Blockparteien indes haben bisher eine Verständigung nicht zu erzielen vermocht. Der Ausschuss hat seine Verhandlungen ausgelegt. — Nun sind die Geschädigten selbst erschienen, um die Reichsboten zur Eile anzuhalten.

Dabei ist es nicht immer ruhig abgegangen. Wer den Geschädigten irgendwie in die Nähe kam, der wurde mit diversen Böschungen überhäuft. Das betrifft naturngemäß nur die Vertreter der Blockparteien, die auch den Liquidationsgeschädigten vereinst goldene Berge versprochen hatten.

Während in den Wandelgängen die „bolschewistischen“ Opfer des Krieges ihre Ultimata inszenierten wurde im Plenum um so mehr über Bolschewismus geredet. Der Hausbesitzervertreter von der Wirtschaftspartei, Herr Dr. Jörissen, ein besonders entschiedener Vertreter der Hausgratier, prägte das Wort von dem „Wohnungsbolschewismus“. Damit ist die Zwangswirtschaft gemeint, die, kostet was, was es will, fallen soll. Am Tage vorher hatte der Justizminister erklärt, daß mit dem neuen Gesetz im Grunde nichts geändert werde. So hat denn Dr. Jörissen dem Bürgerblock den Generalmarsch gesessen. Die Wirtschaftspartei steht außerhalb der Regierungskoalition, warum sind ihre Anklagen den Blockparteien ganz besonders unangenehm. Das ergab sich aus den folgenden Reden des Bürgerblöckers und insbesondere der Paradebergmann Winnesfeldt von der Volkspartei zog gegen die Hausgratier der Wirtschaftspartei hart ins Gefecht. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft sei gegenwärtig noch nicht durchzuführen. Sie sei das Endziel auch im Lager des Bürgerblocks. Die Sozialdemokratie aber wolle die Zwangswirtschaft für alle Ewigkeit verankern und im Widerstreit der Interessen sei der vorliegende Gesetzentwurf das Maximum dessen, was zur Zeit im Sinne der Hausbesitzer zu erreichen sei. Damit hatte Herr Winnesfeldt den Justizminister entlarvt, der erklärt, daß am Ende nichts geändert würde. Das ganze aber enthülle eine widerliche Heuchelei des Bürgerblocks, der nur andere Methoden wählt, als die Wirtschaftspartei. Im Auge stimmen sie alle überein.

Zur Unterstützung der Hausbesitzer war der Finanzminister Sachsen, Herr Weber, in eigener Person herangezogen, der einsam auf den Bänken des Reichstages saß und zuweilen mit Herrn Lude konferierte. Alle Redner des Bürgerblocks wandten sich gegen den Wohnungsbolzismus, den Lipinski in die Debatten getragen habe. Der Redner der Bayrischen Volkspartei kam ausgesprochen mit der Broshäre Engels „Weber die Wohnungsfrage“, die er zwar keineswegs verstanden hat, mit der er aber allerlei beweisen wollte.

## Die Besteuerung des Vermögenszuwachses

Der Reichsfinanzminister hat auf eine Anfrage der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mitgeteilt, daß die Deckschrift über die steuerliche Erfassung des seit Kriegsbeginn eingetretenen Vermögenszuwachses bis Ende dieses Monats zu erwarten ist. Der vom Steuerausschuß des Reichstages ausgesprochene Wunsch nach einer solchen Dekret ist auf einem sozialdemokratischen Antrag. Mit ihm wird das Ziel verfolgt, durch eine Sonderabgabe von den neu entstandenen oder gewachsenen Vermögen größeren Umfangs die Mittel zu beschaffen, die zur menschenwürdigen Versorgung der Kleinrentner erforderlich sind.

## Landbündlermarsch auf Berlin?

WTB berichtet aus Neusalz in Schlesien: In mehreren aus den fünf Kreisen Nordniederschlesiens Grünberg, Sagan, Sprottau, Freistadt und Glogau sowie aus dem Kreise Borna vor Taurunden von Bauern besuchten Notkundgebungen wurde eine Entschließung gefaßt, in der zunächst das geschlossene Eintritt ohne Unterschied der Partei und Konfession für die Forderungen des Reichslandbundes betont und weiter u. a. verlangt wird: Voller Erstaunen der Wasserhändlerseite, Uebernahme der Delikte durch den Staat, besondere Hilfsmaßnahmen für den Pächterstand, Bereitstellung ausreichender Mittel für Meliorationen, Sperrung der Grenze gegen die Einfuhr polnischer Schweine und Kartoffeln und Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge. Die Staatsregierung wird um eine Klarstellung bis zum 20. Februar ersucht.

In einer späteren, auf dem Marktplatz veranstalteten Kundgebung nahm der Hauptredner den Anwesenden den feierlichen Schwur ab, hinter der gefaßten, bestreiten Entschließung zu stehen und als legitimes Mittel den Marsch der Bauern nach Berlin fest ins Auge zu lassen.

Auf der Landbündlertagung in Berlin haben Führer der Großagrarier wiederholt mit der Bauernrevolution gedroht. Wie die Nachricht aus Schlesien und ähnliche Meldungen aus andern Teilen des Reiches zeigen, wird die Verhebung der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch die Führer und Agitatoren des Landbundes planmäßig fortgesetzt. Findet sich kein Staatsanwalt, der diesem Treiben einmal entschieden entgegentritt?

## Die Under dürfen nicht demonstrieren

Madras, 8. Februar. (Reuter)

Die Oberste Justizbehörde der Präfektur Madras hat dem Ausschuß für die Boykottierung der Simon-Kommission unterstellt, für die Dauer eines Monats Konferenzen zur Organisierung des „Herrn“ (Streik und Trauertumgebung) während des Besuchs der Simon-Kommission in Madras abzuhalten. Der Anschlag von Plakaten sowie die Organisierung von Freiwilligen, die Propaganda gegen die Kommission treiben sollen, sind ebenfalls untersagt.

# Ein „entwürdigendes Spiel“

## Der Kuhhandel um das Reichsschulgesetz

### Die schwierige Kostenfrage

Nach den letzten Meldungen aus Berlin sind die Verhandlungen der Koalitionsparolen über das Reichsschulgesetz in ein besonders kritisches Stadium getreten. Nach der Darstellung des Sozialpriesenstes gilt das Reichsschulgesetz jetzt bereits als gescheitert. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung habe es die Volkspartei entgegen allen deutschnationalen Versicherungen bis jetzt nicht gewagt, ihre anfängliche Haltung zum § 20 des Reichsschulgesetzes aufzugeben, und da auch das Zentrum keine Reaktion zeigte, von seinem bekannten Standpunkt abzugehen, sei man überzeugt, dass die Erörterungen über die strittigen Fragen als aussichtslos aufzugeben. Das Zentrum hat jetzt eingetreten, daß mit „allen Konsequenzen“ bedroht und die Zurückziehung seiner Minister angekündigt. Wenn diese Drohungen aber wahrgemacht werden sollen, haben seine maßgebenden Führer niemals gesagt. Darüber wurde auch im Fraktionsvorstand des Zentrums, der sich am Mittwoch mit der politischen Lage befaßte, eine einheitliche Auffassung nicht erzielt. Inwieweit die Zentrumsfraktion am Donnerstag die Konsequenzen ziehen wird, ist vorläufig ebenfalls noch unbestimmt.

\*

Das Berliner Zentrumssorgan, die Germania, schreibt unter der Überschrift: „Das Schulgesetz gescheitert!“ heute folgendes:

„In den maßgebenden Kreisen des Zentrums ist man der Auffassung, daß das Reichsschulgesetz als gescheitert angesehen werden muß, nachdem die seit einiger Zeit schwedenden Zwischenverhandlungen ergebnislos verlaufen sind und eine Aussicht auf Aenderung der für das Zentrum in entstehenden Grundlagenfragen völlig untragbaren Ergebnisse der ersten Auskunftsleitung nicht mehr zu bestehen scheint. Nachdem sich gestern abend der Vorstand der Fraktion eingetragen mit der Schlussege, beschäftigt hat, wird heute die Fraktion selbst Stellung nehmen. Sie wird sich darüber klar werden müssen, welche Folgerungen sie aus dieser Lage ziehen will. Im Zentrum besteht keine Meinung, das einzüldige Spiel um die kulturpolitischen Güter fortzuführen, nachdem sich gezeigt hat, daß nicht einmal der grundjährige Wille zur Einigung beim Handlungspartner vorhanden ist. Die Fraktion wird sich darüber schlüssig werden müssen, welchen Zeitpunkt und welchen Weg sie für ihre notwendige politische Initiative als geeignet ansieht.“

Während das Zentrumsblatt bereits vom „Scheitern“ redet und auch die Tägliche Rundschau schreibt, daß eine „Einigungsmöglichkeit kaum noch besteht“, teilt die ebenfalls der Volkspartei nahestehende Deutsche Allgemeine Zeitung mit, daß der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei nicht der Meinung sei, die Frage sei in ein Stadium eingetreten, in dem weitere Verhandlungen über das Reichsschulgesetz als aussichtslos zu bezeichnen seien. Es werde erklärt, daß man in volksparteilichen Kreisen die Dinge mit der Ruhe des Gewissens betrachte. Die Drohung des Zentrums, „politische Konsequenzen“ zu ziehen, werde einigermaßen skeptisch beurteilt, da das Zentrum mit solchen Drohungen während der ganzen Dauer der Schulgesetzverhandlungen gearbeitet habe.

Nach einer Darstellung, die der Demokratische Zeitungsdienst gibt, wird in den Kreisen der Deutschen Volkspartei erwartet, daß für den Fall des tatsächlichen Scheiterns des Schulgesetzes nach außen hin nicht die Frage der Simultanabschulden in den Vordergrund gestellt werden soll. Das soll nach Möglichkeit vermieden werden, um einen Konfessionskampf zu vermeiden. Dabei spielen auch Rückfragen auf die kommende Koalition eine Rolle. Es werde darum jetzt u. a. darauf hingewiesen, daß auch in der Kostenfrage noch keine Einigung erzielt sei, und, wie von offiziöser volksparteilicher Seite betont werde, könne dieser Punkt zu einem Verzicht auf die Durchführung des Schulgesetzes führen, ohne daß dieser Verzicht zu einem Konflikt zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei zu führen brauche. Ob das Zentrum und ob die Deutschnationalen gewillt sind, auf diesen Verzichtsvorschlag der Deutschen Volkspartei einzugehen, muß sich noch zeigen.

Mit der Kostenfrage des Reichsschulgesetzes beschäftigt sich auch eine Eingabe, die der Vorstand des Deutschen Städtebundes an den Bildungsausschuß des Reichstags gerichtet hat. Darin wird betont, daß sich die Städte mit der ganz ungünstigen Regelung der Kostenfrage, die von der Reichsregierung im Auskunftsprojekt vorgeschlagen worden ist, auf keinen Fall einverstanden erklären könnten. Es wird auf die gewaltigen Mehrbelastungen verwiesen und dazu wird gesagt:

„Wenn man versuchen will, sich eine ungefähre Vorstellung von den Mehrbelastungen zu machen, die in Verfolg des Reichsschulgesetzes eintreten können, so muß man sich vergegenwärtigen, daß z. B. für Preußen der Gesamtbedarf der persönlichen Volksschulhäuser für das Rechnungsjahr 1928 auf etwa 700 Millionen Mark zu schätzen ist. Dazu kommen die sachlichen Volksschulausgaben mit etwa einem Sechstel dieser Summe = 117 Millionen Mark. Dies ergibt eine laufende jährliche Mehrbelastung allein des preußischen Volksschulhaushalts in Land und Gemeinde um über 40 Millionen Mark. Eine solche Kostensteigerung ist bei der gegenwärtig und für absehbare Zeit aufs äußerste angespannte Finanzlage untragbar.“

Die Vermehrung des Bedarfs an Klassenzimmern, die aller Voraussicht nach im Verlauf einiger Jahre eintreten würde, würde fast ausschließlich die Gemeinden treffen, die allenthalben die Träger der sächsischen Volksschulsozietät sind. Die Aufwendungen für neue Schulgebäude müßten aus Anleihemitteln gedeckt werden. Legt man auch hier die angenommene Größenklassen von 5 Prozent und einen durchschnittlichen sächsischen Kostenaufwand für eine Klasse von 50 000 Mark zugrunde, so ergibt sich bei dem Vorhandensein von insgesamt etwa 100 000 Klassen in Preußen ein Anleihebedarf von  $50\,000 \times 5000 = 250\,000\,000$  Mark. Überblickt man die neuere Entwicklung des Kommunalitätskredits im Rahmen der Gesamtwirtschaft und die geringen außerordentlichen Hindernisse, die den Gemeinden bei der Befriedigung ihres Anleihebedarfs selbst für unmittelbar werbende Anlagen, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, bereitet werden, so kann man sich kaum vorstellen, wie in absehbarer Zeit den Gemeinden für Befriedigung eines auch nur annähernd so großen Kapitalsbedarfs für Schulzwecke Spielraum vergönnt sein sollte.“

Die Städte müssen hiernach darauf bestehen, daß für die zu besorgenden großen Mehrausgaben infolge des Reichsschulgesetzes, die sie nicht tragen können, ausreichende Deckung besteht und daß für die Frage der Kostenverlastung eine zuverlässige gesetzliche Grundlage im Rahmen des Reichsschulgesetzes geschaffen wird.“

## Das Schredensurteil gegen Jüssener Arbeiter

(Von unserem Münchner Korrespondenten.)

In der bayrischen Zuchthausküche Straubing, einem Ort des Grauens und des Schreckens, befinden sich jetzt noch sieben Kommunisten und Parteilose, die wegen eines Sprengstoffdelikts und wegen eines Verbrechens des Hochverrats, begangen am 23. November 1923 in dem kleinen südbayrischen Städchen Jüßen, am 8. August 1924 vom Gerichtsrat des Reichsgerichts zu insgesamt 48 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. In einzelnen erhielten Röger 10 Jahre, Kleisch 8 Jahre 6 Monate, Köpf 7 Jahre, Kuprian 6 Jahre, Rothärmel 6 Jahre, Frank 6 Jahre, Seelndl 3 Jahre, daneben noch Geldstrafen in Höhe von 300 bis 1000 Mark. Keiner der Angeklagten wurde als Über-

zeugungstäter angesehen, so daß keine Milderung im Strafvollzug in Frage kam. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet. Thaler, der mit 2 Jahren Zuchthaus davonkam, wurde bereits im Oktober 1927 aus Anlaß der Hindenburgammunition auf freien Fuß gelassen.

Was ist der Tatbestand? Am 23. November 1923, kaum 14 Tage nach dem Ludendorff-Hitler-Putsch und dem dadurch im Bezirksamt Jüßen, dem Sitz des rechtsgerichteten Regierungsvorstellers Dr. Hening, eine Sprengstoffpistole. Wie das Reichsgericht selber feststellt, entstand dadurch ein Schaden von 900 Mark. Die Frau eines Offizialen erlitt einen leichten Nervenschlag, das 6jährige Kind eines anderen Beamten eine leichte Gehirnerschütterung. Sonst ist nichts passiert. Trotzdem brachte es das Reichsgericht fertig, ein wohles Schredensurteil zu fällen, das sogar die Urteile in Schatten stellt, die zur gleichen Zeit von einem Hochgericht gegen Röder und Genossen verhängt wurden. (Für 28 Angeklagte insgesamt 68 Jahre Zuchthaus, im Durchschnitt also 2½ Jahre, im Falle Jüßen für 8 Angeklagte 48 Jahre Zuchthaus, im Durchschnitt also 6 Jahre!)

Die Jüssener Arbeiter wurden aber nicht nur wegen einer strafbaren Handlung gegen das Sprengstoffgesetz verurteilt, sondern darüber hinaus noch wegen Hochverrats. Die Explosion der Sprengstoffpistole — Bombe wäre eine gewaltige Übertriebung — soll nämlich auch eine Handlung gewesen sein, die ein hochverrätrisches Unternehmen vordereite! Dabei hat es das Reichsgericht entgegen allen Rechtsgrundlagen, die selbst in der bürgerlichen Justiz üblich sind, abgelehnt, die durch das Gesetz vom Juli 1928 herbeigeführte Strafmilderung des Republikanschulgesetzes zu berücksichtigen — statt Zuchthaus nur Gefängnis —; weil die Milderung des Gesetzes nicht rückwirkte und die Strafe nach dem Gesetz, das bei Begehung der Tat gegangen habe, zu bemessen sei. Allgemeine Praxis ist, daß Strafverschärfungen nicht rückwirken, wohl aber Strafmilderungen.

Das wahre Gesicht der Reichsgerichtsjustiz blidt uns aus der Urteilsbegründung für die einzelnen Angeklagten entgegen.

Bei Rothärmel heißt es: „Seine Vorstufe wegen Religionsvergehens und der Umstand, daß er den Sprengstoff in einer Kapelle versteckte, zeigen keinen littischen Tiefstand.“

Bei Kleisch wird als erschwerender Umstand erwähnt, daß er bei Eisner als Ordonnanz tätig gewesen sei und dort dessen Ermordung am 21. Februar 1919 anwändig gewesen sei. Nach Ausrufung der Räterepublik in München habe er die Kinder Eisner und Landauer nach Weersburg bei Konstanz gebracht.

Röger wurde in der Prozeßverhandlung von den professionellen und zünftigen Juristen besonders angefeindet, daß er als Rechtslosenfunktionär — im gewöhnlichen Sprachgebrauch würde man Winkelobofat — vom Bezirksamt, in das er eine Sprengstoffpistole legte, Aufträge erhalten hatte. Man warf ihm vor, daß er erst dann zu dem Sprengstoffdelikt sich herabließ, als er vom Bezirksamt keine Aufträge mehr erhielt.

Das Gericht selbst muß erwähnen, daß die Angeklagten ursprünglich in die Bitten des Generals Huller und des Schriftstellers Werner, der führende Kopf des sozialistischen gegen die Verhaftung gerichteten Putschismus, Sprengstoffpistolen legen wollten. Daraus ergibt sich schon, daß es den Angeklagten auf eine Weise der völkischen Putsch- und Staatsstreichverschwörungen in Bayern antam. Entsprechend dem Urteil werden die Jüssener „Schwerverbrecher“ auch im Zuchthaus Straubing, dieser Dantonschen Hölle, behandelt.

Nachdem es gelungen ist, durch eine intensive Campagne die so genannten „Geiselmördern“ und die legten politischen Gefangenen aus der Zeit der Revolution und der Räterepublik der Zuchthausküche Straubing zu entziehen, muß es in absehbarer Zeit durch eine ebenso nachdrückliche öffentliche Erörterung des Jüssener Schredensurteils gelingen, die Jüssener Arbeiter zu bestreiten.



## Der Sieg der Bankkapitalisten Norwegens Arbeiterregierung gestürzt!

SPD Oslo, 8. Februar.

Der Misstrauensantrag gegen die norwegische Arbeiterregierung wurde am Mittwochabend mit 85 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Die Kommunisten und ein Abgeordneter der radikalen Linken stimmten mit der Arbeiterspartei gegen den Antrag. Nach der Abstimmung erklärte Ministerpräsident Hornsrød, daß die Regierung am Freitag ihre Demission beschließen und dem König empfehlen werde, sich zwecks Bildung einer neuen Regierung an den Führer der Radikalen, Mominkel, zu wenden. Mominkel hatte im Namen der radikalen Linken den Misstrauensantrag eingebracht und begründet.

Voraussichtlich wird es Mominkel gelingen, eine bürgerliche Linkeregierung aufzustellen.

Im Verlauf der abschließenden Debatte über die Erklärung der norwegischen Arbeiterregierung möchte Ministerpräsident Hornsrød am Mittwoch u. a. Mitteilungen über die Versuche der Banken, von seinem Kabinett „neue Staatsabventionen“ zu erhalten. Die Regierung habe diese Forderung abgelehnt, und darauf sei die Aktion der Banken gegen das Arbeiterkabinett zurückzuführen. Auch der Gouverneur der norwegischen Staatsbank habe dabei eine große Rolle gespielt. Das Misstrauensvotum der radikalen Linken sei in erster Linie auf ihn zurückzuführen, indem er gedroht habe, den weiteren Kurs der Krone nicht zu halten, falls die Arbeiterregierung nicht zum Rücktritt gezwungen würde.

## Das Gesetz Paul-Boncour wieder im Senat Um den organisierten Massenmilitarismus

WFB Paris, 7. Februar.

Der Senat begann heute die Beratung des Gesetzes über das „Volk in Waffen“, das bereits von der Kammer angenommen worden ist. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für Heeresangelegenheiten, Senator Lebrun, verwies sich dagegen, daß es sich bei der Vorlage um ein militärisches Werk handle, wie man in Frankreich und im Auslande behaupte. Frankreich, das noch unter den Folgen des Krieges leide, bedürfe alles Menschenmöglichen zu tun, damit es keinen weiteren Einfall zu ordnen brauche. Der ehemalige Handelsminister Senator Raibert bemerkte, daß das Völkerbundstatut zwar den Frieden garantiere, aber für diese Garantien keine Sanktionen vorsehe. Die wahre Friedensgarantie beruhe deshalb letzten Endes auf der Organisierung der nationalen Streitkräfte. Ein Konsil könnte einen solchen Umfang annehmen, daß der Völkerbund ohnmächtig wäre, ihn zu eründern oder zu begrenzen. Raibert begründete abschließend seine Anträge über die moralische Vorbereitung auf den Militärdienst und die Kameradschaftspflege. Nach unentschließlicher weiterer Debatte wurde die Weiterberatung auf Donnerstag verlängert.

Der sozialistische Senator Voisin führte aus, daß zum ersten Male die zivile Organisation der Nation für die Kriegsziele ins Auge gefaßt worden sei. Man sehe die Mobilisierung aller Hilfsquellen des Landes vor. Derartige Vorschläge hätten innerhalb des Landes 10 Jahre nach einem Kriege, der so viele Blutvergießen in Trauer vereilt und so viele Ruinen hinterlassen hat, eine tiefe Erregung hervorgerufen. Alle Völker wollten den Frieden. Gewisse Kreise glaubten, ihm am besten dadurch zu erhalten, daß man den Krieg vorbereite. Die Sozialisten zogen es aber vor, den Frieden zu organisieren.

\*  
Der Genosse Voisin hat zur Beurteilung des den „Verteidigungskrieg“ der Massen organisierenden Gesetzes Paul-Boncour's manch gutes Wort über die gefunden, die mit dem Kriegshandwerk für den „Frieden“ arbeiten. Hoffentlich wird diese Beurteilung — trotz Paul-Boncour — auch möglich sein für die Haltung der beiden sozialistischen Parlamentsfraktionen bei der Endabstimmung über das Gesetz.

## Die Unterhausdebatte

### Die englische Chinopolitik

WFB London, 8. Februar.

In seiner Rede im Unterhaus begrüßte Chamberlain die Einigkeit des Hauses bezüglich der britischen Politik in China. Er betonte, daß die britische Regierung der feindlichen verdeckten Politik in China treu bleibe und daß sie bereit sei, den chinesischen Bestrebungen nach Revision der Verträge im liberalsten Geiste entgegenzutreten, vorausgesetzt nur, daß den englischen Unterlagen die nötige Sicherheit geboten werde, um ihrem rechtmäßigen Erwerb nachzugehen. Die Zeit für die völlige Zurückziehung der in China befindlichen Verbündigungsstreitkräfte sei noch nicht gekommen, und seine verantwortliche Regierung könne die Koncessionsgebiete in China unter den immer noch vorherrschenden Verhältnissen ohne einen Schuß lassen, da es was stärker sei als der normale. Die Lage sei zweifellos besser als vor einem Jahr. Chamberlain schloß mit dem Wunsch, daß er in der Lage sein möge, nicht nur gegenüber China, sondern auch anderweitig eine Politik fortzuführen, die alle Parteien im Haus und im Land unterstützen könnten.

## Der Kampf in Spanien

SPD Paris, 8. Februar.

Die französische Regierung hat gemeinsam mit den englischen und amerikanischen Regierung die Einführung des staatlichen Petroleummonopols Verwahrung eingelegt. Durch die Maßnahme der spanischen Regierung würden die Interessen der ausländischen Petroleumgesellschaften schwer geschädigt. Nach einer vorliegenden Information bedachtigt Primo de Rivera das Monopol aufrechtzuerhalten, jedoch den Ölgesellschaften eine Entschädigung zu gewähren.

## Maßregelung deutscher Abgeordneter

SPD Prag, 8. Februar.

Am Mittwoch hat der Wahlgerichtshof in Prag nach dreitägigen Verhandlungen den beiden Abgeordneten des Bundes der Landwirte Mayet und Henrich die Mandate überkennnt. Die Klage vor dem Wahlgerichtshof war gegen sie erhoben worden, weil sie bei der Abstimmung über das technische Verwaltungsreformgesetz entgegen den Beschlüssen ihrer Fraktion gegen das Gesetz gestimmt hatten.

Die Entscheidung des Wahlgerichtshofs ist als ein ausgesprochenes politisches Urteil im Sinne der Bürgerblockregierung anzusehen. Die beiden Abgeordneten waren nämlich auf der gemeinsamen Liste der Landwirte und Gewerbebeamten, Deutschen, Slowaken und ungarischen Nationalparteien gewählt worden. In solchen Fällen hatte der Wahlgerichtshof früher das Klagerecht nur der gesamten Wahlpartei zugestanden. Diesmal wurde die Klagelegitimation des Bundes der Landwirte, einer der beiden deutschen Befürkerparteien, anerkannt, obwohl die deutschen Slowaken und ungarischen Nationalparteien dagegen protestierten und die Gewerbebeamten sich neutral erklärt hatten. Die zwei Abgeordneten wurden also unter Umgehung der bisherigen Praxis des Wahlgerichtshofs dafür, daß sie es gewagt hatten, gegen die Verwaltungsreform zu stimmen, mit dem Verlust ihrer Mandate bestraft.

# Kapitalismus in Christo

## Nach dem Zentrumsturm

-rn- Im Zentrum fehlt es in Permanenz. Denn seine bürgerliche Partei hat soviel Arbeiter unter ihren Wählern aufzuweisen wie diese, und selbst „wahhaft christliche“ Arbeiter sind nicht immer durch das Wort Gottes Gott zu machen. Aber sie sind immer wieder zu beruhigen, und das um so leichter, als sie immer wieder von ihren Führern verraten und verkauft werden. Herr Wirth hat so und so oft den Linkskurs auf die Parteifahne geschrieben, man sieht das Zentrum schon gespalten: die seine Arbeiter, die Kapitalisten; doch schließlich hat Herr Wirth sich entschlossen, ein gläubiger Christ zu bleiben und die Finger von der Politik zu lassen. Herr Stegerwald ist sehr energisch gegen Marx aufgetreten, wollte nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten und hat von der „Not der breiten Massen“ getredet. Aber schließlich haben beide in Anbetracht der kommenden Wahlen Angst vor der eigenen Courage gezeigt. Marx hat seinem Lehrtreteren Herren Kollegen mitgeteilt, daß er „den Gedanken der Volksgemeinschaft und die sozialen Grundsätze der Partei“ unterstützt und festen Willens bleibe, den Aufstieg der Arbeiterschaft in jeder Hinsicht rechtlich und praktisch zu fördern. Und Herr Stegerwald hat nun keine Veranlassung mehr, die soziale Gestaltung des lieben Kollegen in Zweifel zu ziehen.

Steht noch Herr Imbusch, der weiter Kraft macht, da die christlichen Arbeiter durch Verbeugungen vor Herrn Stegerwald nicht zu stützen scheinen. Von vorherein aber verachtet er sich energisch gegen den Vorwurf, er führe einen Klassenkampf. Mindestens, er will auch gar keine neue Partei gründen, er droht nur ein bisschen damit. Er will „die Rückkehr zum alten Zentrum“ — und ein paar christliche Gewerkschaften mehr in den Reichstag. Die Zentrumsarbeiter aber werden weiter geblüfft, murken ein wenig, beschönigen einen neuen Wirtschaftsplan, um wieder hinters Licht geführt zu werden. Das Zentrum wackelt, aber es stützt nicht. Keine Partei versteht es so vollständig, sich jenseits aller Klassenkämpfe und -gegenläufe zu stellen, jenseits von Kapital und Arbeit auf eine höhere Werte: die Welt in Christo. Was die Welt in Christo ist? „Die Wirtschaftswissenschaftlichen Wertesfahrscheite, Internationale Zeitschrift für Wirtschaftswissenschaft und Praxis“ (herausgegeben vom Verband katholischer Kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands e. V., Mitarbeiter Universitätsprofessor Brauer, Karlsruhe, Götz Bries, Freiburg, und Kalberom, Frankfurt a. M.), geben eine ausführliche Antwort darauf („Der katholische Gedanke im Wirtschaftsleben“ von Dr. Hans Rost):

„Das katholische Ideal kennt das Prinzip der Entbehrung, des Verzichtes um Gottes und der Menschen willen, und ebenso anerkennt es den wirtschaftenden, erwerbenden und gewinnenden katholischen Menschen.“

Das ist nicht wenig, das sind Arbeiter und Kapitalisten unter einem Hut. Wie das katholische Ideal so großzügig sein kann? Weil es ja sinnlos ist, vom Standpunkt einer höheren christlichen Weltanschauung aus, als Daseinszweck die Wirtschaft als Selbstzweck zu erbliden. Soll der Unternehmer jahraus, jahrein nur darauf hoffen, wie er seinen Betrieb geldbringend und rentabel gestalten kann, oder bedeutet sein Wirtschaften ein Geiste der christlichen Wirtschaftsordnung eine Aufgabe im höheren Sinne? Nein, er soll nicht, er soll „Brücken schlagen“, er soll sich „mit dem Arbeiter durch höhere, litthliche Gemeinschaftsgedanken verbinden“. Und es gibt eine herrliche Brücke: die Lohnpolitik, nicht die karismatisch abgestufte, sondern die im Geiste der Nächstenliebe. Rette Auslasten für die Arbeiter, die alsdann auf nichts mehr zu bauen haben als auf die Nächstenliebe ihrer Brüder und auf die Verstärkung, daß „jeder Katholik weiß, daß der Reichtum ihn im Gewissen streng verpflichtet — zu Solidarismus und Karität“. Keine gewerkschaftlichen Kämpfe in Zukunft, keine gewerkschaftliche Lohn- und Tarifpolitik — denn die Organisation der Arbeiter dient ja nur dem „Mammonismus“, und der arbeitende Mensch soll nicht selbststätig sein, nicht egoistisch auf die Kraft der eigenen Klasse bauen, sondern im Vertrauen auf das soziale Königtum Jesu den kapitalistischen Nächstenliebe sein Schicksal anheimgehen. Wobei gleichzeitig jedem Kapitalisten Absolution eingeräumt wird im vorhinein, falls das heutige Wirtschaftssystem es ihm leider nicht gestatten sollte, diesen Verpflichtungen allzuweit nachzuhukommen:

„Die katholische Kirche mit ihren für Zeit und Ewigkeit gültigen Moralgesetzen und Normen kennt keine bestimmte Wirtschaftsverfassung. Im Zeitalter des Kapitalismus wird auch dieses System von der katholischen Kirche gebilligt, weil sie nicht zulassen kann, daß Katholiken durch einmalige Regierung dieses Systems als wirtschaftliche Persönlichkeit sich unmöglich machen müßten.“

Was nur eigentlich für Zeit und Ewigkeit gültige Moralgebote sind und was christliche Nächstenliebe ist, suchen wir ver-

gebens zu erfahren. Nur daß zuerst der Mensch und dann die Dividende kommt, ergründen wir noch. Damit müssen die Arbeiter in Christo schon aufzieden sein. Wesentlich greifbarer und konkreter sind dafür die Verhaltensmaßregeln für die Welt in Christo der Unternehmer. Bismarck hat die erste Arbeiterschutzgesetzgebung durchgesetzt, wird rücksichtsvoll erzählt, nicht in erster Linie aus dem Prinzip der Menschenliebe und Menschensfürsorge, sondern als Vorbeugungsmittel gegen die den Staat bedrohende, emporstrebende sozialistische Flut. Wer merkt da nicht den Verdienst? Bismarck wußte sich vor der Sintflut der sozialen Revolution zu retten, das Zentrum weiß nicht mehr, wie man es macht. Also: Historiker, Moraltheologen und rosalot gefährzte „Sozialpolitiker“ aus dem Brauerlichen Kreise vor die Front! Auf daß ja nicht die Lohnpolitik „tariflich abgestuft“ werde... Wie war es, Herr Imbusch, mit der Propaganda des kollektiven Arbeitsvertrags im katholischen Lager?

Auch das Zentrum besinnt sich auf die materielle Besserstellung der Arbeiter — aus „Solidarismus und Karität“. Aber nur unter einer Bedingung: dem Volke muss die Religion erhalten werden. Und warum? Um Christo, um der Volksgemeinschaft willen? Nein, man will nicht umsonst bei Bismarck in die Schule gegangen sein:

„Der Brand des Wiener Justizpalastes ist ein furchtbare Mahnmal für die bestehenden und gebildeten Geellschaftsschichten unserer Tage.“

„Es ist für die Wirtschaft durchaus nicht gleichgültig, ob die Volksmassen Religion besitzen, ob der Glaube an einen persönlichen Gott lebendig ist oder ob der Atheismus die Masse zur Negation und Vernichtung hinleitet.“

Und daß es Denter, ja, sogar staatlich beförderte Professoren gibt, die mit dem alten Haedel den lieben Herrgott ein gärtneriges Wirbeltier nennen, ist staatlich gebüldete, schlimme Untergrabung der Autorität? Welcher Autorität? Der Christ, die sowohl das Prinzip der Entbehrung als auch das des gewinnenden, erwerbenden (zu Deutsch: ausbeutenden) Menschen kennt, oder der Autorität des heutigen Wirtschaftssystems, dem es durchaus nicht gleichgültig sein kann, ob „die Massen“ an Gott glauben oder als ausgelöste sozialdemokratische Arbeiter ihre Lebenslehren in die Tat umsetzen? Wo aber dieser Gefahr zu begegnen ist, da gibt es auf einmal statt der verschwommenen allgemeinen Redereien von nächstliebender, brüderbauender Lohnpolitik sehr klare und sehr umrissene Programme und Vorschläge. Da hat man ausgerechnet, daß jene Konfession über Deutschlands Zukunft entscheidet, die pro Ehe ein Kind mehr besitzt. Deshalb wäre es „eminent katholisch“, wenn die katholischen Unternehmer für ihre kinderreichen Arbeiter und Angestellten Häuser bauen würden. Wir finden es allerdings nicht „eminent katholisch“, sondern nur eminent kapitalistisch-rassiniert, dabei aber nicht einmal neu und originell, sich einen eigenen Stamm von „Ausgewanderten“ heranzuziehen, die man schließlich ganz und gar in der Hand hat, infusiv Wohnung und Freizeit. Das machen nicht nur katholische, das machen auch andere Unternehmer so, sie nennen es dann „sozial“.

Nur gelingt es nicht immer. Denn nicht alle Arbeiter sind in der Lage, den eminent katholischen Gedanken im Wirtschaftsleben zu begreifen: die Welt in Christus zu erneuern, so wie es sich oben im einzelnen dargestellt hat. Waren sie es, so wären prompt alle Unternehmer davon beeindruckt, ob protestantisch, ob katholisch, ob mosaischer Konfession; denn hier sind Gegebenheiten, die das Zentrum und die katholische Kirche ihren Arbeitern nicht lange mehr als alle dem katholischen Ideal entsprechend werden hinstellen können: die „Entbehrung“ und die Ausdeutung auf der einen Seite, „Reichtum und Mammonismus“ auf der anderen, die kein höheres litthliche Gemeinschaftsgedanke“, keine „tarifmäßig abgestufte Lohnpolitik“, vom Unternehmer einseitig und aus Karrieregründen überbrückt; überbrücken kann; Gegenseitig, die nur befehligen werden können mit der Befestigung des heutigen Systems durch den Sozialismus, ja dem für die katholische Kirche mit ihren für Zeit und Ewigkeit gültigen Moralgedanken und Normen, die eine verdammte Achtsamkeit haben mit ihrem Herrgott, dem gärtnerigen Wirbeltier, sein Platz mehr ist.

Hier klaffen im Zentrum und in der christlichen Gewerkschaftsbewegung soziale Gegenläufe auf, die auch den Hintergrund abgeben für das widerliche Komödienspiel all der Staatsstreiche und Palastrevolutionen im Zentrumsturm. Und diese sozialen Gegenläufe können schon bei den nächsten Wahlen aufbrechen, und damit wird der Sturm im Glas Wasser, den die Stegerwald und Imbusch gesetzt haben, zu einem sozialen Sturm anwachsen können, wenn die Zentrumsarbeiter sich nicht länger blühen lassen durch Gelegenheitsattacken ehrgeiziger rebellierender „Führer“, sich nicht länger die Gehirne verletzen lassen durch ein Wörterbuch von Nächstenliebe und „höheren Zwecken“, wenn sie einsehen, daß sie sich einzehlen müssen in den Klassenkampf um den Sozialismus, um das zu tun, was auch sie — unbewußt noch und ohne klares Ziel — wollen: die Welt zu erneuern!

und mit den amerikanischen Finanzgruppen Kahn, Blair und Challe. Diese Bankgruppen verpflichten sich, eine Anleihe für öffentliche Arbeiten in Jugoslawien in Höhe von 50 Millionen Pfund Sterling aufzulegen.

## Notizen

II Nachdem bereits die Bischofsversammlung und die übrige Geistlichkeit dem revidierten Gebetbuch zugestimmt hat, hat auch die dritte Instanz, die Laienversammlung, mit starker Mehrheit dem Gebetbuch seine allgemeine Zustimmung erteilt.

III Nach einer Meldung aus Washington hat das amerikanische Repräsentantenhaus in erster Lesung die Armeevorlage in Höhe von insgesamt 308 Millionen Dollar angenommen.

IV Der große Faschistencrat hat folgende Entschließung geajt: „Der große Faschistencrat hält den Augenblick für gekommen, daß seine Verfassung, Funktionen und Positionen innerhalb der verfassungsmäßigen staatlichen Organe auf gesetzlichem Wege geregt werden.“ Bei dem Gewicht, den ein Besitz des großen Faschistencrates in Italien hat, ist durch diese Entschließung die Anerkennung des großen Faschistencrates in der Verfassung als praktisch gegeben zu betrachten.

V Hugo berichtet aus Beirut: Der syrische Staatschef Ahmed Ramy ist mit seinem Ministerium zurückgetreten, da er der Ansicht ist, daß neue Männer bei den Wahlen, die demnächst angeordnet werden, Syrien eine endgültige Verfassung geben und die Leitung übernehmen werden. Das neue Ministerium wird demnächst gebildet werden, aber der Posten des Staatschefs dürfte bis nach seiner Bildung frei bleiben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Hesse in Leipzig

Verantwortlich für den Literaturteil:

Hugo Seppen in Leipzig

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Alttengelellschaft Leipzig.  
Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

## Die gemeinsame Front

WFB Prag, 8. Februar.

Die Präsidenten des deutschen und des tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Klubs haben in einer gemeinsamen Sitzung nach eingehender Aussprache beschlossen, einen sozialen Ausschuß zu wählen, der ein gemeinsames Auftreten der Sozialdemokraten im Parlament vorbereiten und durchführen soll.

## Regierungsrücktritt in Jugoslawien

Belgrad, 9. Februar.

Gestern vormittag überreichte Ministerpräsident Bulatowitsch dem König die Demission des Gesamt-Kabinetts. In der Skupština machte Präsident Petrik eine Mitteilung vom Rücktritt der Regierung und beantragte die Unterbrechung der Sitzung. Die Skupština wird erst wieder zusammentreten, wenn die Kriege gefistet sein wird.

## Mexiko

WFB Berlin, 9. Februar.

Noch einer Meldung Berliner Blätter versuchten in der Nähe von Guadalajara Revolutionäre, einen Personenzug mit Dynamit zu zerstören. Es gelang ihnen aber nur, einen Wagen des Zuges in die Luft zu sprengen. Die Passagiere wurden von Revierungsflugzeugen in die Flucht geschlagen. Um Guadalajara seien 14 Personen von den Bundesstrupen erschossen worden.

## Englische Anleihe für Jugoslawien

WFB Belgrad, 8. Februar.

Finanzminister Markowitsch, der am Dienstag vor einer Auslandsreise zurückgetreten ist, berichtete dem Ministerrat über seine Verhandlungen zum Abschluß einer Auslandsanleihe. Die Regierung veröffentlicht hierzu folgendes Kommunique: Die Verhandlungen sind mit der Unterschaltung eines Präliminar-Vertrags beendet worden, und zwar über die Anleihe mit der Finanzgruppe Rothschild & Sohn, Gehr. Behring, Ambroni, Henry Schröder



## Die Mieterschutzdebatte im Reichstage

Berlin, den 8. Februar 1928.

Die zweite Beratung des Entwurfs zur Änderung des Mieterschutzgesetzes wird fortgesetzt.  
Abg. Hildebrand (Komm.) nennt die Vorlage einen Wechselsatz, eine Verbeugung des Bürgerblods vor dem Terror des Hausschutzes. Die Feinde der Wohnungswangswirtschaft benutzen Drohungen und Korruption zur Durchsetzung ihrer Zwecke. Sie hätten sogar Abgeordneten 500 Mark für einen Vortrag in ihrem Sinne gehabt (hört, hört!). Ein lachlicher Grund zur Änderung der Mieterschutzgesetzgebung und der Lockerung der Wohnungswangswirtschaft sei nicht vorhanden.

Abg. Dr. Jürgen (Wirtsch. Bvg.) erhofft von der Vorlage eine kleine Verbesserung in der Stellung der Haushälter, die unter dem jetzt herrschenden Wohnungsboschenschwund us. us. völlig rechts geworden seien. Die meisten Parteien hätten sich leider von den Wohnungsboschewisten ins Schleppen nehmen lassen und auch der Regierung fehlt der Mut, mit der bosherrischen bestinflussten Wohnungswangswirtschaft Schluss zu machen.

Der Redner bedauert, daß die Anträge der Wirtschaftspartei auf Erleichterung des Wohnungswechsels im Ausschuß abgelehnt worden seien.

Abg. Winnesfeld (D. Bp.) wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Jürgen. Der Antrag der Wirtschaftspartei sei unannehmbar gewesen. Die Wohnungswangswirtschaft könne nicht mit einem Schlag aufgehoben werden, wenn ihre Lockerung auch notwendig sei. Der vorliegende Entwurf kommt den Bedürfnissen der Hausbesitzer entgegen; aber ein beschleunigter Mieterschutz sei erforderlich, um Ruhe und Ordnung im Reiche aufrechtzuhalten. Wenn Dr. Jürgen im „Grundbesitz“ die Haltung der Regierungsparteien im Ausschuß schärfer angreift, so habe er wohl vergessen, daß er selbst den meisten Anträgen dieser Parteien zugestimmt hat (hört, hört!). Der Redner wünscht eine Befristung des Gesetzes nur bis 1929.

Abg. Schirmer-Franken (Banz. Bp.) meint, die Bedeutung des vorliegenden Entwurfs rechtstreu in seiner Weise die starken Gefühlsäußerungen der Oppositionsparteien. Die Agitation gegen die Vorlage arbeite mit Übertriebungen. Früher hätten alle Parteien im Wohnungsausschuß sachlich zusammengearbeitet. Erst als der Radikalismus Opinstil hinzukam, sei der Wohnungsausschuß zum Standalausschuß geworden.

## Reichsjustizminister Bergt

weist darauf hin, daß nach der preußischen Verordnung der Mieterschutz bestehen bleibe für die Ateliers von Künstlern, die Teile der Wohnung sind. Es werde aber weiter geprüft werden, wie jede Gefährdung der Künstler durch solche Verordnungen verhindert werden könne. Ebenso sei ein Schutz für diejenigen Inhaber größerer Wohnungen beabsichtigt, die auf die Untervermietung als einzige Einnahmequelle angewiesen sind. Bei der bevorstehenden Wohnungskonferenz würden diese Fragen mit den Ländervertretern und den Hausbesitzerverbänden besprochen werden. Nach einer noch im Reichstag liegenden Vorlage sollen auch die Fürsorgeverbände eingeholt werden, umgeben denjenigen Mieter, die sonst eine Mieterlöschung nicht aufbringen könnten.

Abg. Schlecht (linker Kommunist) bestreitet, daß eine Lockerung des Mieterschutzes irgendwie zu einer Förderung der Wohnungsbauaktivität führen könnte. Die Hausszinssteuer habe nur die Mieter belastet, ohne die Wohnungsnutzen zu mildern.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) erklärt, seine Freunde würden jede Lockerung des Mieterschutzes ablehnen, solange die Wohnungsnutzen fortbesteht.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Um 19½ Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 14 Uhr vertagt.

\* Der Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Amerika wird voraussichtlich in den späten Nachmittagsstunden aufgenommen werden. Auf deutscher Seite sind zunächst Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M., auf amerikanischer Seite alle Orte der Vereinigten Staaten und der Insel Kuba zugelassen.

In der Berliner Lombardhaus-Affäre Bergmann begann am Mittwoch das Verhör des Staatsanwalts Jacoby. Er behauptet nach wie vor, in guten Glauben gehandelt und von den Schwineleien und Beträgerien Bergmann nichts gewußt zu haben. Im ersten Gegen Satz zu diesen Angaben steht jedoch die von Bergmann am Dienstag gemachte Aussage, daß der Sohn den Rat Jacoby, der von den Angeklagten immer nur als „Justiziar“ bezeichnet wurde, eingeholt habe. Diese Unterhaltungen mit Jacoby hätten sich meist auf Rechtsfragen bezogen, die mit den Kreditgeschäften des Lombardhauses im engsten Zusammenhang standen.

## Die Geburtsstunde des Friedens

Roman von Henry Boulaire.

36 Copyright by Paul Zsolnay Verlag, Wien.  
Dieses Blatt war rasch mit Unterschriften bedeckt worden. (Viele von Ihnen waren nicht gut leserlich). Magnoux lächelte über diese Vorstufe der Auseinandersetzung, die sich auf solche Weise nur halb sichtbar erklären. Er unterzeichnete mit großen deutlichen Buchstaben, von denen auch nicht einer unleserlich war. Dieses Blatt war der Länge nach halbiert. Nur die rechte Hälfte war mit Namensunterschriften versehen, die andere, für die Nichtteilnehmer, blieb frei. Ein paar Frauen hatten ihre Unterschrift nicht gegeben.

\*  
Dieses Blatt hatte man auf eine sehr intelligente Weise turmieren lassen. Um elf Uhr waren kaum zehn Personen unterrichtet gewesen. Dreißig Minuten später hatten sich von hundertjähren Arbeitern und Arbeitern einundneunzig für die Niederlegung der Arbeit erklärt. Kein Werkmeister und kein Abteilungschef hatte bis zur letzten Minute Wind von der Sache bekommen.

Das Erstaunen des Herrn Direktors war demnach groß, als er vier seiner Arbeiter ohne vorherige Anmeldung in sein Arbeitszimmer einbringen sah.

Magnoux war im letzten Augenblick gebeten worden, sich den Führern der Bewegung anzuschließen. Man kannte ihn nicht näher, aber seine Unterstufe bewies eine so völlige Bereitschaft, daß man der Ansicht war, vier würden nicht zu viel bei der Unterredung sein. Er hatte dieses Zeichen der Sympathie nicht zurückweisen wollen.

Der Herr Direktor musterte die Gruppe von oben bis unten. Es war gerade zwölf Uhr mittags.

„Ah, eh!“ sagte er und nahm das ihm dargebotene Papier entgegen. Er hatte sofort erfaßt, was dieser plötzliche Überfall in seinem Zimmer bedeutete.

„Ich habe es vermutet“, bestätigte er nur.

Er las das Blatt wiederholte, legte aber nichts. Das Schweigen dauerte ein paar Minuten. Schwer löste er auf den Schultern der vier Arbeiter, aber keiner von ihnen wagte es zu brechen aus Furcht, daß der Herr Direktor, der — wer konnte es wissen? — vielleicht bestimmt und der Zielpunkt zu entfernen.“

## Eine blutige Schülertragödie

## Verwirrung der Gefühle vor Gericht. — Prozeß Kranz in Moabit

■ Vor dem Landgericht II in Berlin begann heute morgen ein Prozeß, der mehr als lokales Interesse beansprucht. Ein Stützpunkt Jugendpsychologie wird hier vor aller Öffentlichkeit enttarnt. Das Drama, dessen Hauptakteure bürgerliche junge Menschen sind, berührt die heutige Jugend im allgemeinen, also auch die proletarische. Deshalb stehen neben bürgerlichen Sachverständigen, wie dem Oberstudiodirektor Edward Goldbeck und Psychologen Professor Eduard Spranger, auch Jugendnehmer mit sozialistischer Weltanschauung: die Landtagsabgeordnete Hildegard Wogelseder, Dr. Magnus Hirschfeld und Dr. Hodann.

Die Verteidigung liegt in den Händen des R.A. Dr. Gren. Die Staatsanwaltschaft hat in völiger Verkennung der inneren psychologischen Verhältnisse das komplizierte blutige Drama in den engen Tatbestand des Mordes eingewängt. Angeklagt ist der achtzehnjährige Oberprimaner Paul Kranz. Er befindet sich seit sieben Monaten in Untersuchungshaft. Sein Zellennachbar war der vor kurzem hingerichtete Lust- und Doppelmörder Böttcher.

Die Hauptakteure des Dramas:

Der Angeklagte Kranz — Sohn eines Café-Müllers, hervorragender Schüler der Gemeindeschule, erhält er eine Freistelle an der Mariendorfer Oberrealschule. (Die Vorurteile der wohlhabenden Mitschüler überwindet er durch seine unübertraglichen Leistungen.) Deutsche Literatur ist seine Hauptstärke. Mit Heizhunger wirkt er sich auf die Romantiker. Von Hause aus phantastisch veranlagt, psychisch labil, hat er keine leichte Pubertät. Himmels hoch jauchzend — zu Tode betrübt, entflammmt er sich in platonischer Liebe zu einer 2 Jahre jüngeren Schülerin, töbt sich in elegischen Gedichten aus, brennt auch auf sechs Wochen von Hause durch, schwärmt mit Freunden Bier und Wein, begeistert sich an moderner Oper, tritt dem Jungdeutschen Orden bei, dessen Gedanken von „Brudergeist“ und „Vollstaat“ ihn erfüllen — mit einem Worte das ausgeprochene Produkt seiner Zeit und einer untergehenden Klasse — des Bürgertums.

Der zweite Akteur des Dramas, der tote Günther Scheller, ein weicher, unsicher und jähzorniger junger Mensch, seit zwei Jahren mit Paul Kranz befreundet gewesen. Mit ihm hatte dieser seine schwüchte Wanderung durch Süddeutschland gemacht. Günther Schellers Sexualleben gestaltet sich noch komplizierter als das des Kranz. Er unterhält vorübergehend eine Freundschaft mit dem Kochlehrling Paul Stephan, die einen segenswerten Einschlag hat. Als Stephan ihn aber bei den Eltern verpreßt, daß er mit einem Homosexuellen eine Reise nach Paris unternommen hätte, schlägt die Freundschaft zu dem Kochlehrling in grenzenlosem Hass um. Stephan ist seitdem in Schellers Augen der Todfeind der Familie.

Die dritte Person des Dramas: Günthers Schwester, die 18jährige Hilde — ein schlankes, flinkes Geschöpf, das es mit dem Leben ebenso wenig ernst nimmt wie mit der Liebe. Trost ihrer 16 Jahre weiß sie viel und hat mehr erlebt, als ihr gut wäre. In Paul Kranz's Tagebuch schreibt sie folgendes Gedicht:

„Doch denk ich, da du noch sehr jung an Jahren,  
Doch dein Erleben in der Liebe nur exzäumt.  
Ich fürchte, du bist darin noch ziemlich unversahen  
Sei dich, du hast schon viel versäumt.  
Was nützt die Liebe in Gedanken,  
Kommt die Gelegenheit, dann kannst du's nicht.  
Ein Mädel wird sich schön bedanken,  
Wenn deine Liebesglut nur aus Gedichten spricht.“

Und schließlich der 18jährige Kochlehrling Paul Stephan. Ein etwas robuster Junge, dem Freundschaft und moralische Verpflichtungen keine sonderlich wichtige Angelegenheiten sind, und der das Leben dort anpaßt, wo es ihm gerade entgegenschlägt. Ihn hat sein stärkerer Freund Scheller erschossen, um gleich hinterher sich selbst eine Kugel in den Kopf zu jagen. Paul Kranz ist angeklagt, an diesem Mord beteiligt zu sein.

Die Katastrophe selbst.

Die Eltern des Günther und der Hilde sind auf Reisen in Kopenhagen. Paul Kranz befindet sich seit einigen Wochen bei seinem Freund Günther zu Besuch im Schellerschen Landhaus in Mahlow. Zwischen Kranz und Hilde Scheller entsteht ein Flirt mit Küsse, Umarmungen ... In der Nacht zum 1. Juli erscheint aber Hilde ganz unerwartet in Kranz's Schlafzimmer und gibt sich ihm hin. Für ihn ist das ein starkes Erlebnis — das erste

seguelle Erlebnis. Nicht für Hilde. Am nächsten Tage ziehen die Freunde nach Berlin in die Schellersche Wohnung. Hilde hat für den Abend ihren Freund Stephan bestellt. Durch das plötzliche Erscheinen der jungen Leute ist sie peinlich überroht. Sie weiß, daß ihr Bruder den Stephan hat. Als sie auf den Wunsch der beiden jungen Leute ihre Freundin, die 18jährige Ellinor P., hört, gelingt es ihr, den Stephan in das Schlafzimmer der Eltern hineinzuschmuggeln. Günther entfernt sich für einige Minuten. Hilde kommt in die Küche zu Kranz und Ellinor, auch Stephan erscheint; die jungen Leute beschließen, die Nacht zu zweien in verschiedenen Zimmern zu verbringen. Kranz voll Trost und Enttäuschung wegen Hildes Untreue will sich an der Ellinor schadlos halten.

Plötzlich lehrt aber Günther zurück. Stephan verschwindet im Schlafzimmer. Auf die Frage, wer bei ihr sei, erklärt Hilde: „Du kennst ihn nicht“. Ellinor muß nach Hause. Die Freunde bleiben allein in der Küche. Sie trinken Bier und Obstwein. Scheller drängt in Kranz, wer bei der Schwester sei. Kranz hat sein Ehrenwort gegeben, Hilde nicht zu verraten. „Du hast doch keinen Grund“, sagt ihm Günther. Kranz nennt Stephan. Günther gerät außer sich. Sein früherer Freund, sein Feind, verbringt nun die Nacht mit seiner Schwester. „Mit dem bleibe ich nicht unter einem Dache. Ich nehme mir das Leben.“ Kranz denkt an die vorhergegangene Nacht, es wärmt ihn ... „Ich mache mit.“ Er zieht seinen Revolver aus der Tasche. Während Günther an ihm herumhantiert, geht ein Schuß los. Hilde erscheint erschrocken in der Küche. „Es ist nichts“, beruhigt man sie. Dann kommt Günther der Gedanke. „Wir sollen aus dem Leben gehen und die beiden werden es weiter genießen?“ Und sie lassen den Plan: Günther Scheller erschießt den Stephan und sich; Kranz erschießt Hilde und nimmt sich dann das Leben. So verbringen sie tödlos und ruhelos bei Obstwein, Bier und schwarzen Kaffee die ganze Nacht.

Der Morgen graut. Hilde kommt aus dem Schlafzimmer. Den Stephan hat sie zwischen Schrank und Handtuchhalter unter einem Badelaken verborgen. Sie geht ins Badezimmer. Kranz schwant, er versucht Scheller von dem Tötungsplan abzubringen. „Bist du seige?“ „Nein!“ Sie begeben sich ins Schlafzimmer. Stephan ist nicht zu sehen. Dann entdeckt Scheller ihn im Spiegel. Plötzlich erscheint Ellinor. Eine Störung. Sie gesellt sich zu Hilde. Die Freunde lehnen ins Schlafzimmer zurück. Gleich darauf erkennen drei Schüsse. Hilde und Ellinor kommen aus dem Badezimmer gestürzt. Stephan ist tot, Günther liegt sterbend da. Kranz schlägt die Mädchen hinaus; auch er wollte Schluss machen. Hilde hebt die Pistole vom Boden und nimmt sie an sich, dann ruft sie den Arzt an. Die Polizei verhaftet sowohl Hilde als Kranz. In der Küche findet man dann mehrere Abschiedsbriefe, die von Kranz und Scheller unterzeichnet sind. Darunter einen an die Morgenpost, einen anderen an seinen Mitschüler Karowski.

Aus diesem wie auch aus den anderen Briefen aus der Gesamtperipherie des Kranz und einigen Nebenumständen entnimmt die Staatsanwaltschaft, daß er des gemeinschaftlichen Mordes an Stephan schuldig ist. Die Verhandlung wird vier Tage dauern. Sie wird die tiefsten psychologischen Hintergründe der blutigen Tragödie bloßlegen. Vielleicht auch nicht!

Die Kette ohne Ende  
Noch zwei Lombardsskandale

SPD. Berlin, 9. Februar. (Radio.)

In Berlin stehen zwei weitere Lombardsskandale vor ihrer Auflösung. Es handelt sich dabei um den vierten und fünften Skandal innerhalb zehn Tagen. In dem einen Fall sind die Betroffenen von einem Wilhelm Friedländer ausgebüxt worden, der Inhaber eines Lombardhauses in der Potsdamer Straße ist. Inzwischen sind bereits zahlreiche Anzeigen gegen Friedländer bei der Polizei eingelaufen. Die Anzeigen erschienen der Kriminalpolizei so begründet, daß sie noch am Mittwochabend das gesamte Material der Staatsanwaltschaft unterbreite.

Der jüngste Skandal betrifft ein Lombardgeschäft im Zentrum Berlins, das durch seine auffällige Reklame viel von sich reden macht hat und dem ähnlichen Beträgerien wie Bergmann vorgeworfen werden. In diesem Falle haben die Ermittlungen der Polizei erst begonnen.

„Gut, ich werde mich deutlicher ausdrücken. Präsenz wir also!“ „Erstens: Beteiligung am Rügen — darüber wird der Verwaltungsrat entscheiden.“

„Das ist schon so gut wie entschieden“, bemerkte Genoud.

„Zweitens: Jahr der Direktion fort, der Vorschlag: gleicher Arbeit gleicher Lohn — abgelehnt. Abhöfung der Überstunden — abgelehnt. Urlaub — wie bisher. Seien Sie doch froh, daß wir Ihnen eine Woche Lohn zahlen, in der Sie nicht schaffen. Bezahlte Feiertage — abgelehnt.“

„Was die Erhöhung der Löhne anbetrifft, so brauchen wir eine Woche, um diese Frage zu prüfen. Wir müssen sie dem Verwaltungsrat unterbreiten. Dieser tritt nicht vor Donnerstag oder Freitag zusammen.“

„Wir müssen uns unsererseits mit unseren Kameraden in Verbindung setzen.“

„Im Augenblick bewilligen Sie nichts?“ erkundigte sich ein anderer Delegierter.

„Richtig, nicht einmal ein Versprechen“, erklärte der Direktor in schneidendem Ton.

„Dann bedauern wir unsererseits, Herr Monna, Ihnen mitteilen zu müssen, daß sich von hundertbischen Arbeitern in Ihren Werken einundneunzig für die Annahme des Streiks erklärt haben.“

„Wie Sie wollen, meine Herren ...“

„Die vierzehn Delegierten grüßen und gingen.“

„Schlagen Sie mir alle Abteilungscheine“, befahl der Direktor.

„Herr Marivel“, sagte der Verwalter, „geben Sie auf die Bureaus acht.“

„Jugends einmal: das Bureaupersonal soll heute nachmittag arbeiten“, ordnete Herr Monna ein wenig nervös an.

„Heute abend soll eine Aussprache mit den Werkmeistern stattfinden. Haben Sie gehört, wie anspruchsvoll diese Arbeiter sind?“

„Weil Gott“, ließen sich Genoud und Marivel im Chor vernehmen.

„Aber noch sind wir die Herren“, fuhr Herr Monna fort und lächelte dabei ein wenig — und dieses Lächeln war vielfachend ...“

Die handgeschriebenen Anschlagzettel waren fertig. Man hatte sie eiligst angefertigt, noch ehe das Ergebnis der Versprechungen bekannt war. Sie waren folgendermaßen abgesetzt:

(Fortsetzung folgt.)

# Der selbsttheerliche Rat

Bürgerliche Dunkelkammerpolitik — 900 000 Mark für Notstandsarbeiten

## Der Rat in der Spiekerutengasse

Wenn es sich bei Sozialdemokraten um persönliche Angelegenheiten handelt, aus denen man glaubt, politischen Gewinn und Herabsetzung der sozialistischen Arbeiterbewegung schlagen zu können, dann sind die Wort- und Schriftführer des kapitalistischen Bürgertums in der Wohl ihrer Mittel nicht wässriger. Rücksichtslos und mit freudigem Begegnen werden solche Angelegenheiten politischer Gegner an die Öffentlichkeit gezerrt und dem biederem Bürgermann gezeigt, was für schlechte und unschöne Kerle diese Sozialdemokraten sind. Auf etwas mehr oder weniger Unwahrheiten und Verleumdungen kommt es dabei nicht an, wenn nur etwas hängen bleibt. Auch führende Kreise des Leipziger Bürgertums machen da keine Ausnahme, und das Amtsblatt des Rates ist beim Dreschleudern gegen die Sozialdemokratie immer an der Spitze.

Peter und Mordio wird jedoch im bürgerlichen Lager geschehen, wenn eine Angelegenheit, mit der Bürgertum in Beziehung stehen, von Arbeitervertretern an die Öffentlichkeit gebracht wird. Da werden die bürgerlichen Herrschaften plötzlich sehr rücksichtsvoll und schwärmen für nichtöffentliche Behandlung, weil es sich eben um die Tötigen handelt. So war es auch in der gestrigen Stadtverordnetensitzung, wo es sich um die Sonderentshädigung an einen Stadtrat für übernommene Vertretung eines Kollegen in Höhe von 6000 Mark handelte. In Wirklichkeit schied für die Linke die Person vollständig aus, entschieden war nur die grundsätzliche Frage, ob der Rat einem seiner Mitglieder eine Sonderentshädigung bewilligen kann. Die Angelegenheit wäre nicht zur Sprache gekommen, wenn nicht der Rat категорisch erklärte hätte, daß er allein zuständig sei und die Stadtverordneten nichts zu sagen hätten.

Von den Rednern der Linken wurde nicht nur juristisch die Nichtzuständigkeit des Rates nachgewiesen, sondern ihm auch einige Wahrscheinlichkeiten gezeigt, die den Oberbürgermeister auf den Plan riefen. Der Ober machte sich an, den Senator über die Anwendung der Geschäftsordnung der Stadtverordneten zu spielen und auch sonst dem Kollegium und seinem Vorsteher Lehren zu erteilen. Das die Ausführungen der Redner der Linken gefallen hatten, bewies die rednerische Unisicherheit des Oberbürgermeisters. Der Stadtverordnetenvorsteher, Genosse Hübler, wies die Annahme und Lehremittel des Oberbürgermeisters gebührend zurück. Wenn der Ober darüber sprach, daß die Behandlung der Sache des Stadtrates nicht zu einem besseren Zusammenarbeiten zwischen Rat und Stadtverordneten beitragen könne, so mag er sich an seine eigene Brust schlagen, denn nicht nur bei diesem Tagesordnungspunkt, sondern noch bei einigen anderen zeigte sich, daß der Rat wirklich nichts unterläßt, was in seiner Macht steht, um das Zusammenarbeiten mit ihm zu hemmen und zu erschweren.

Der Rat scheint den Kampf mit der Stadtverordnetenmehrheit zu wollen. Den kann er haben und er wird dabei keine Vorteile erzielen, wie ihm der Verlauf der gestrigen Sitzung gezeigt hat. Nicht nur in der Angelegenheit des Stadtrates hat er sich eine empfindliche Schlappe geholt, auch sonst schlägt der Rat, wo er mit seinen Aussagen gegen die Stadtverordneten stand, nicht gut ab. So mußte den Ratsherren bei der Beratung des Ortsgegesetzes über das Wohlfahrtsamt gesagt werden, daß den Stadtverordneten immer noch die Besichtigung der Fürsorgeanstalten ohne vorherige Anmeldung verweigert wird. Die Folge davon wird sein, daß die Stadtverordneten von der Waffe der öffentlichen Kritik in noch größerem Maße Gebrauch machen müssen und daß dabei der Rat nicht gut abschneiden wird. Die ablehnende Haltung des Ratsdezernenten gegenüber den von der Stadtverordnetenmehrheit beschlossenen Änderungen zum Ortsgegesetz über das Wohlfahrtsamt zeigt wieder das Nichtwollen des Rates, ein besseres Verhältnis zwischen sich und den Stadtverordneten herzustellen.

Auch bei der Debatte über neue Lehrstellen an den höheren Schulen holt sich der Rat eine Schlappe. Obwohl ein Ortsgegesetzentwurf über die Umänderung der Schulkommission schon wiederholt von den Stadtverordneten verlangt worden ist, hat der Rat die Einbringung immer wieder verschleppt und jetzt hat er das Ministerium zur Entscheidung angerufen. Vom Genossen Lang wurde das Verhalten des Rates einer scharfen Kritik unterzogen, auf die Stadtschulrat Stahl, mit einer Verlegenheitsrede antwortete. Alles in allem hat der Rat in der gestrigen Stadtverordnetensitzung Spiezenen laufen müssen.

Zu Beginn der Sitzung gab es wieder eine kleine Sensation, und zwar erklärte der Stadtverordnete Schaller von der Aufwertungspartei, daß er aus dieser austrete und fraktionslos sei. Das Leipziger Stadtparlament hat vorsichtig nun auch einen "Wilden". Die Fraktion der Aufwertungspartei aber schrumpft auf 5 Mann zusammen. Nach einigen Zeichen dafür, daß die Aufwertungspartei eine vorübergehende Erscheinung ist.

## Der Verhandlungsbericht

### Zurückgewiesene Bevormundungsgesetze

Im Ortsgegesetz über den gemischten Ausschuß für Personalauslagen ist vom Rat u. a. bestimmt, den Ausschuß aus 4 Ratsmitgliedern und 1 Stadtverordneten zusammenzusetzen.

Genosse Bauer beantragt, den Ausschuß aus 3 Ratsmitgliedern und 2 Stadtverordneten zusammenzuführen.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt, der Antrag des Genossen Bauer angenommen.

### Noch eine Abfuhr

Der Rat hatte einem Ratsmitgliede wegen Vertretung eines anderen Stadtrats eine Entschädigung von 3000 Mark und außerdem eine monatliche Extrazuwendung von 300 Mark angeboten. Die Stadtverordneten haben in einem Beschlusse vom 6. Juli 1927 dem Rat das Recht streitig gemacht, sich gegenseitig solche Entschädigungen zu bewilligen. Gegen diesen Beschluss hat der Rat Einspruch erhoben und wie zum Spott die "Entschädigung" auf 3000 Mark erhöht. All das war bisher in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt worden. Der Rat wollte auch weiterhin die heile Sache dort abdunkeln lassen. In der vorigen Stadtverordnetensitzung war,

um dies zu verhindern, der Antrag gestellt, die Angelegenheit in öffentlicher Sitzung zu erledigen. Es ist dann aber beschlossen worden, die Frage zunächst im Verfassungsausschuß zu prüfen, ob eine solche Verlegung nach der Gemeindeordnung zulässig ist. Der Verfassungsausschuß hat nun mehr entschieden, daß der Verlegung in die öffentliche Sitzung Bedenken nicht entgegenstehen.

Genosse Frenzel erstattete den Bericht der Ausschüsse und bemerkte anschließend daran im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion, er müsse bestreiten, daß der Rat zuständig sei, einem Stadtratsmitglied eine hohe Entschädigungsumme für Vertretung eines Kollegen zu bewilligen. Die sozialdemokratische Fraktion könne sich der juristischen Ausfassung des Rates nicht anschließen. Sie bestreite, daß es sich um eine Angelegenheit der laufenden Verwaltung handelt und auch, daß der Rat das Recht hat, im Rahmen der im Haushaltplan eingesetzten Summen hohe Entschädigungen für Ratsmitglieder auszuweisen. Ansäuglich habe der Rat an ein solches Recht auch selbst nicht geglaubt, sonst hätte er nicht Einspruch erheben können. Wo sollte es auch hin führen, wenn der Rat berechtigt wäre, irgend einem Mitgliede Tausende von Mark zu bewilligen. Redner beantragt:

Die Stadtverordneten beschließen, die Kenntnisnahme abzulehnen und bei ihren Beschlüssen vom 6. Juli 1927 festzuhalten, also nach wie vor die Zuständigkeit auch wegen Verminderung der 6000 Mark für die Stadtverordneten im Anspruch zu nehmen.

Für den Fall, daß der Rat keinen Einspruch erhebt und das Bevorstandungsgesetz nicht durchgeführt wird, wird der Herr Vorsteher beantragt, Ausschüssebeschwerde zu erheben.

Wenn es sich um Arbeiter handelt, die im Dienste der Stadt und erholungsbefürdigt geworden sind, würde der Rat sicherlich nicht bereit stehen, auch nur soviel Hunderte als hier Tausende von Mark auszuwerfen, damit solche Angestellte oder Arbeiter der Stadt sich erholen oder eine Kur durchmachen können, obwohl es für sie viel angebrachter wäre, weil sie nicht ein so hohes Einkommen wie ein befördelter Stadtrat haben. Aus der Drucksache des Rates geht hervor, daß der Stadtrat, dem die Summen bewilligt wurden, gebeten hat, ihn von der Mehrarbeit zu entbinden, da er sich ihr aus gesundheitlichen Gründen nicht gewachsen fühle. In der vorletzten Sitzung habe die Wirtschaftspolitische Vereinigung beantragt, die vorläufig gewordene Stadtratsstelle nicht wieder zu besetzen. In der Ratsdrucksache wird zugegeben, daß im Rate Mitglieder vorhanden sind, die infolge ihres Alters eine Vertretung von Kollegen nicht mehr ohne Gehalt für ihre Gesundheit übernehmen können. Der Rat muß daher baldigst eine Verjährung erfahren.

Es scheint, als ob einige Herren des Rates den Wunsch haben, solange wie irgend möglich den Rat von Vertretern der Arbeiterschaft reinzuhalten.

Der Vorstoß der Wipo war ein treffender Beweis dafür. Wir aber sind der Auffassung, daß erst einmal eine Verjährung des Rates herbeigeführt und außerdem in Höhe für eine gründliche andere Zusammensetzung georgt werden muss. Der Rat wird mit seinem Verfahren ebensoviel wie die Wipo das Eindringen der Arbeitervertreter in die beförderten Ratsstellen verhindern können. Diese andere Zusammensetzung ist schon deshalb notwendig, damit dem Rat die halbabsolutistischen Anwendungen ausgetrieben werden.

Herz (Dem.) hält das Vorgehen des Rates nicht gerade für glücklich, will aber wegen der Geringfügigkeit der in Frage kommenden Summe (lediglich Protestfehler bei den Sozialdemokraten) keine große Debatte führen. Er beantragt, den Beschluß vom 6. Juli 1927 aufzuheben.

Herrmann (KPD) unterstreicht in längeren Ausführungen die Darlegungen des Genossen Frenzel und bemerkt Herz gegenüber, daß es sich um eine grundsätzliche Frage handle, in der auch die Gemeindekammer bereits eine Entscheidung gefällt habe, derzufolge der Rat zu solcher Entschädigungspolitik nicht berechtigt sei.

Oberbürgermeister Dr. Rothe bedauert, daß die Angelegenheit in aller Öffentlichkeit verhandelt wird. (Herrte. Zustimmung auf der Linke. Jurte: Das glauben wir.) Es sei auch zu bestreiten, daß aus diesem Einzelfalle sich Konsequenzen zum Nachteil der Stadt ergeben könnten. Auf die juristische Lage wolle er nicht eingehen. (!!!) Die Billigkeit aber hätte verlangt, für die Vertretung, die etwa 1½ Jahre gesauert habe, eine entsprechende Entschädigung zu zahlen.

damit das betreffende Ratsmitglied die durch die Mehrarbeit ramponierte Gesundheit wieder reparieren könnte.

Das Vorgehen der Stadtverordnetenmehrheit werde nicht dazu beitragen, ein besseres Verhältnis zwischen Rat und Stadtverordneten herzustellen.

Stadiverordnetenvorsteher Genosse Hübler erklärt, Herz schiene der Meinung zu sein, diese Sache hätte geschäftsordnungsmäßig anders behandelt werden müssen oder können. Der Oberbürgermeister habe gesprochen, als ob eine Bestimmung der Geschäftsordnung ungängig worden sei. Die Geschäftsordnung sei jedoch richtig ausgelegt. Die Stadtverordnetenversammlung könne Veränderungen der Tagesordnung in dem in Frage kommenden Falle beschließen.

Früher habe niemand bezweifelt, daß das Kollegium jederzeit beschließen kann Beratungsgegenstände nichtöffentlicher Sitzungen in öffentlichen Sitzungen zu verlegen. Er erinnere nur an die Große Markthallengeiste, bei der in aller Öffentlichkeit über ganz persönliche Dinge gegenüber dem Stadtrat Höher verhandelt worden ist. Es ist ja bei dieser Sache tauschen Zweck auf.

Der Verfassungsausschuß aber habe ausdrücklich beschlossen, daß die Verlegung zulässig ist. Redner müsse daher gegenüber dem Vorwurf des Oberbürgermeisters erklären, daß die öffentliche Behandlung durchaus zu Recht erfolge.

Nach einigen weiteren Ausführungen Wallner's (Aufwarter) und Lieberach (Komm.) wird der Antrag Herz abgelehnt und der Antrag des Genossen Frenzel angenommen.

### Einheitliche Mietverträge für städtische Wohnungen

Der Verfassungsausschuß und der Bauausschuß hatten beide Anträge, die Mietverträge und allgemeinen Vermietungsbedingungen in Übereinstimmung mit den über die Miete gestellten Bestimmungen des BGW und der Reichsmietengesetzgebung zu bringen, zur Erzielung von Einheitlichkeit und Überblicklichkeit einzufügen, nur 3 Vorbrüche zu verwenden, und zwar für Wohnungen

in Altgrundstücken, für Wohnungen in Neubaugrundstücken, für Einfamilienhäuser mit oder ohne Kleintierhaltung, in die Mietverträge selbst einzelne Ergänzungsbestimmungen zu den allgemeinen Vermietungsbedingungen nicht mehr anzunehmen, sondern die allgemeinen Vermietungsbedingungen völlig neu zu fassen unter Einarbeitung aller bisherigen Änderungen und Ergänzungen. Zukünftig notwendig werdende Änderungen und Ergänzungen der allgemeinen Vermietungsbedingungen sollen nicht mehr in die Mietverträge aufgenommen, sondern den allgemeinen Vermietungsbedingungen angefügt und die allgemeinen Vermietungsbedingungen und die allgemeine Haushaltung für alle Vertragsarten einheitlich gestaltet werden.

Der Kommunist Schneller begründet verschiedene Abänderungsanträge, die zum Teil abgelehnt werden.

Genosse Bauer erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion keine weiteren Anträge stellen werde. Ihre Anträge befinden sich unter den Beschlüssen der Ausschüsse, die gegen die Stimmen der Rechten angenommen wurden.

In der Abstimmung werden die Ausschüsanträge angenommen und Abänderungsanträge der Kommunisten abgelehnt.

## Das Ortsgegesetz über das Wohlfahrtsamt

Am 19. Oktober war dieses Ortsgegesetz über das Wohlfahrtsamt durch einträchtiges Zusammenwirken der Kommunisten und Bürgerlichen in einer Form verabschiedet worden, die dem Rat nach dem Willen der Bürgerlichen Gelegenheit zum Einspruch geben sollte. Das tat er auch und deshalb mußte gestern erneut verhandelt werden. Es wurde darum gekämpft, ob die private oder die amtliche Wohlfahrtspflege das Prinzip sein sollte. Nach der Ansicht des Bürgertums, die am schärfsten vom Bürgermeister Dr. Kubitschke vertreten wird, ist die amtliche Wohlfahrtspflege nur zur Unterstützung der nichtamtlichen da. Die Sozialdemokratie aber verlangte durch ihren Redner, daß die mit Erfolg arbeitende nichtamtliche Wohlfahrtspflege nur gefördert und unterstützt werden solle, "soweit die Stadt die Lösung der Aufgaben nicht selbst in die Hand nimmt." Eine solche Forderung wurde von dem Bürgermeister als ungesehlich bezeichnet! Natürlich leisteten sich auch die Kommunisten wieder die unerhörbarsten Kapriolen: Ehrenamtlich tätige Kräfte wollen sie überhaupt nicht haben und nichtamtliche Wohlfahrtspflege darf gar nicht unterstützt werden! Danach wird nun wohl damit zu rechnen sein, daß sie ihre Fürsorgepfleger zurückziehen und keine Unterstützung der Roten Hilfe mehr fordern.

Genosse Frenzel verzerrte diesen kommunistischen Rüddelnduddel, dem der kommunistische Stadtverordnete Lehmann durch einige Schimpftreien auf die Sozialdemokratie "Witzig" zu geben versucht, und gab diesen Situationstümpler der Lächerlichkeit preis. Dem ahnungslosen Herrn Börner, der behauptete, die Sozialdemokratie wolle die private Wohlfahrtspflege überhaupt beenden, lagte unser Genosse mit aller wünschenswert Deutscherlichkeit, daß nach dem Willen der Sozialdemokratie die Stadt die Wohlfahrtaufgaben zu lösen habe. Nur dort, wo ihr das nicht möglich sei, müsse sie die nichtamtliche Wohlfahrtspflege benutzen und unterstützen, aber immer unter der Voraussetzung, daß die privaten Organisationen unter der Leitung und Aufsicht der amtlichen Wohlfahrtspflege tätig seien.

Da der Rat sich weigert, den Mitgliedern des Wohlfahrtsausschusses das Recht zuzugeben, ohne weitere Fürsorgeanstalten zu bestreiten, erklärt Genosse Frenzel, daß dann die Beschlüsse ohnehin die Berechtigung stattfinden würden und an die Stelle einer Benachrichtigung bei gefundenen Mängeln die öffentliche Kritik treten müsse. Ob damit dem Ansehen des Rates besser gedient sei, möge er selbst entscheiden. Die sozialdemokratischen Anträge wurden von der Linksmehrheit angenommen. Damit ist das Ortsgegesetz aber noch nicht erledigt, denn der Rat kündigte Einspruch dagegen an.

## Hallenbad im Westen — Vergrößerung des Ostbades

In Antwort auf Beschlüsse der Stadtverordneten hat der Rat erklärt, für die Erweiterung des Ostbades Gelder in den neuen Haushaltplan einzustellen. Der Betriebsausschuß beantragt, noch in diesem Jahre den Bau eines Hallenbades im Westen in Angriff zu nehmen und für den Ausbau des Ostbades Mittel in den Haushaltplan einzutragen.

Herrmann (Komm.) weist auf die Dringlichkeit der Befestigung der Wohlhabenden im Leipziger Bädervesen hin. Die Anträge des Betriebsausschusses sind ihm nicht Garantie genug, daß baldiges Rennen geschaffen wird. Es müßten sofort Gelder bereitgestellt werden. Er beantragt dies.

Dr. Buchbinder (WpD) zieht dafür ein, in diesem Jahre mit dem Bau des Westbades zu beginnen und sobald die Mittel zur Verfügung stehen, das Ostbad auszubauen, spätestens aber die Mittel dafür in den Haushaltplan für 1929 einzutragen.

Genosse Böhme forderte ebenfalls die sofortige Inangriffnahme eines Hallenbades im Westen. Wenn man aber für das Ostbad Anteilmittel verwenden will, braucht nicht zu warten, bis dafür Gelder aus Betriebsmitteln zur Verfügung gestellt werden.

Im Ostbad herrschen greuliche Zustände. Sie müssen schleunigst beendet werden. Man könne sie aber nicht mit Blick und Ausbesserungsarbeiten beenden, sondern müsse dort vollkommen neu bauen.

Die gegenwärtige Leitung habe gewiß alles versucht, die Verhältnisse nicht gar zu sehr verbösen zu lassen. Aber gegen solche Verhältnisse sei mit den aus dem Betrieb herauszuwirksenden Mitteln nicht anzukämpfen. Es müsse auf andere energetischere Weise versucht werden, der Milieus Herr zu werden. Er beantragt, dem Ausschusenantrag bezüglich des Westbades die Worte anzuhängen:

"und mit dem Ausbau des Ostbades sofort zu beginnen, sobald Anteilmittel zur Verfügung stehen."

Wenn man 2½ Millionen Mark für das Westbad beschaffen könnte, werde man auch in der Lage sein, 600 000 Mark für das Ostbad zu verwenden. Mit diesem Betrage lasse sich ein gutes Stück eines Neubaues erstellen.

Der Antrag Buchbinder wird abgelehnt, ebenso der Antrag Hermann, der Antrag Böhme angenommen.

Leider sind die Butternotierungen lebte Woche sowohl im Inlande wie auch im Auslande erheblich gestiegen. Auch diese Woche sind weitere Erhöhungen der Butterpreise eingetreten. Hierdurch mußte der Verkaufspreis der



Allerfeinste, garantiert reines Naturbutter

um 5 Pfennige vor Stük herausgeleistet werden. Obwohl im Februar gewöhnlich mit hohen Butterpreisen gerechnet werden muß, glaubt man doch, daß nunmehr der höchste Stand erreicht ist.

Der Preis der



Allerfeinste, garantiert reines Naturbutter

beträgt heute **Mk. 1.20** für ein 1/2-Pfd.-Stük  
" 0.62  
" Erdbeer-Butter" wird nur von ausgesuchten Molkereien beregetzt und ist daher ohne Konkurrenz.  
Man achte aber beim Einkauf genau auf die Worte "Erdbeer-Butter" u. lasse sich nicht andere Butter aufdrücken.  
An auswärtigen Winken ist der Verkauf gegen um die Fraktiosen von etwa 5 Pfg. per 1/2-Pfd.-Stük teurer  
Grossverkauf der "Erdbeer-Butter" Kohlgartenstr. 1-3.  
Telephon 245 19 und 249 52.

## Schulbäder

Der Rat hatte den Stadtverordneten ein Verzeichnis überliefert über die Schulen, die noch keine Bäder haben; außerdem auf Beschluss der Stadtverordneten ein Schulbäderprogramm verabschiedet. Die Ausschüsse stimmen dem Schulbäderprogramm grundsätzlich zu und beantragen, sofort Mittel für die Ausführung bereitzustellen.

**Hartig (Komm.)** beantragt, das Vorprogramm in drei Bauabschritten auszuführen und die ersten Mittel in den diesjährigen Haushaltplan einzustellen.

**Genosse Schepfand:** Hartig hat bisher nur Reden gehalten, die Mittel zur Durchführung der Pläne aber abweichen. Das vorliegende Bauprogramm ist von Genossen Mähnert angelegt worden. Die Kommunisten verzweifeln sich jetzt daran, nach außen hin die Werbetrommel zu rütteln. Glauben jünden sie aber jetzt bei niemand mehr.

Die Anträge der Ausschüsse werden angenommen, sämtliche anderen Anträge abgelehnt.

## 900 000 Mark für Notstandsarbeiten

Einen Beschlusse der Stadtverordneten nachkommend, hat der Rat endlich ein Programm für weitere Notstandsarbeiten ausgearbeitet. Danach soll die Parthenreinigung an der Volksbildungstraße durchgeführt werden und der weitere Ausbau dieser Straße erfolgen. Ferner sollen die weiteren Erdarbeiten zur Fertigstellung der Gleisanlagen an der Großmarkthalle ausgeführt werden. Diese Arbeiten werden als Notstandsarbeiten anerkannt, so dass sie bezuschusst werden. Von der Stadt sind für die Parthenreinigung und den weiteren Ausbau der Volksbildungstraße 330 000 Mark und für die Erdarbeiten an den Gleisanlagen der Großmarkthalle 514 000 Mark aufzubringen. Außerdem sind noch 36 000 Mark vorgesehen für den Bau einer Spülleitung an der zweiten nördlichen Vorflutschleuse. Das Kollegium stimmt dem Notstandsprogramm zu.

## Aus dem Reiche des Stadtrat Stahl

Der Rat fordert in einer Vorlage 33 750 Mark für neue Lehrerstellen. Die Ausschüsse beantragen, die Bechlussfassung darüber auszuführen und eine neue Vorlage über die Umwandlung der Schulkommission nach den Beschlüssen der Stadtverordneten zu fordern.

**Herz (Dem.)** und **Wunderlich (Wp. B.)** bezeichnen es als ungünstig, die Schulkommission mit der Vorlage zu versplecken.

**Genosse Lang:** Die Umbildung der Schulkommission ist erstmals am 12. März 1924 von den Stadtverordneten beschlossen worden. Am 16. Dezember 1925 musste der Beschluss erneut werden. Das geltend gemacht wird. Am 10. Februar 1926 wurde der Rat einstimmig um Beschluss ersucht. Am 19. Juli 1926 kam die Antwort: die Stadtverordneten möchten ihr Verlangen zurückstellen. Am 15. September 1926 wurde einstimmig beschlossen, auf dem Beschluss bestehen zu bleiben. Am 9. November verlangten die Stadtverordneten, ein Ortsgesetz vorzulegen. Bisher ist nichts geschehen. Welche Mittel stehen den Stadtverordneten zur Verfügung, den Rat zu veranlassen, dem Willen der Stadtverordneten Rechnung zu tragen? Es bleibt uns kein anderer Weg als der hier eingeschlagene.

**Stadtrat Stahl** stellt den Rat als Unschuldslamm hin. Das Ministerium sei schuld. Wenn man den Ausschüsse annehme, sei das eine Ablehnung der Vorlage. Dann müsse man eben die Gemeinderäte anrufen.

**Höllig (Wp. B.)** klopft diese Töne über die „Ungerechtigkeit der Sozialdemokratie“ gegen die höheren Schulen. Den Streit mit dem Rat solle man mit der Umbildung der Schulkommission aus der Gemeinderäte anrufen.

**Lehmann (Dem.)** versichert, dass die Demokraten den Standpunkt der Sozialdemokratie nicht billigen.

**Genosse Lang** weist die provokatorischen Aussführungen Stahls zurück und bringt neue Fälle gesellschaftlicher Verschleppung von Stadtverordnetenbeschlüssen durch den Rat. Wenn der

Rat nicht wolle, suche und finde er jüdische Wege, die Sache zu verschleppen. Dem Stadtverordneten Höllig hält er vor, dass die sozialdemokratische Fraktion höhere Schulen und Volkschulen in durchaus gleich liebhafter Weise betreut habe.

**Stadtverordnetenvorsteher Genosse Hübler:** Die Frage der Umbildung der Schulkommission hängt sachlich eng mit der Vorlage zusammen. Den Stadtrat Stahl versteht er nicht, warum er nicht hier erläutere, er sei bereit, die Frage der Schulkommission so oder anderes zu erledigen.

**Stadtrat Stahl** erläutert, er habe hier nicht seine Meinung zu vertreten, deshalb müsse er erst den Gesamtrat sprechen lassen.

**Lehmann (Dem.)** beantragt, eine Reihe von Schulen von der Maßgabe der Ausschüsse auszunehmen.

Darauf werden die Anträge der Ausschüsse gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

## Das Gelände eines Arbeiterturnvereins

In einer Rückäußerung des Rates über eine Eingabe wegen weiterer Überlassung von Kleingemüseland an der Löbauer Straße, das dem Allgemeinen Turnverein Schönau zur Verfügung gestellt werden soll, meint der Kommunist Schenker, dass der erste Besitzer der Arbeiterturnverein gewesen sei.

**Genosse Kremer** bringt zum Ausdruck, dass es sich um eine Bevorzugung des Allgemeinen Turnvereins handelt. Der Arbeiterturnverein habe das Gelände nicht bekommen, weil es bis 1925 für Wohnungsbauten vorgesehen war. Schlechhaft sei, woher der Allgemeine Turnverein erfahren hat, dass das Gelände für Sportzwecke erhältlich ist. Aus moralischen Gründen müsse das Gelände der Arbeiterturnverein erhalten.

Die Kenntnisnahme von der Rückäußerung des Rates wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt.



## Bandern und Reisen

### Das Fichtelgebirge

Von Margarete Theile (Leipzig).

Die nun wieder an Helle und Licht zunehmenden Tage lassen den Naturfreund schon jetzt die schönen Pläne für die Osterwanderfahrt schmieden. Mit Vorliebe wählt er für die kurze Freizeit aus finanziellen Gründen das Erzgebirge, die Sachsen-Schweiz oder einen Teil des Thüringer Waldes (Schwarzwald, Wartburggebiet). Die wenigsten aber entschließen sich, die abwechslungsreichen und romantischen, stillen Waldtreden des Fichtelgebirges kennenzulernen, und deshalb sei für das Osterfest eine Jagd dorthin vorgeschlagen, die man auf die Dauer von zwei, drei oder vier Tagen ausdehnen kann.

Als Ausgangspunkt für die Wanderung ist Wunsiedel (der Geburtsort Jean Pauls) gedacht, von Hof aus in einer Stunde mit der Bayreuther Bahn erreichbar. Nach etwa dreiviertelstündigem Marsch von der Station aus erreicht man bei geringlicher Steigerung die ruhengeschmückte Luisenburg, die durch ihre großartige Durcheinander von Felsen und Gesteinsmassen der Gegenstand ein romantisches Gepräge verleiht. Hier kann man Kletterpartien im kleinen versuchen, und vom „Burgstein“ aus geht man den herrlichen Rundblick über das gesamte Gelände. Vom Tale herauf zieht sich der dunkle Wald bis zur höchsten westlichen Erhebung, der Kösseine, wegen letzteren lohnenden Rundblick bis zu den Bergen des Erzgebirges und den Jurabergen der fränkischen Schweiz, der beliebteste Berg Nordbayerns. Den Kössenriegel (940 Meter) mit dem Unterkunftshaus des Fichtelgebirgsvereins erreicht man von der Luisenburg aus in zwei

Stunden bei bequemem Aufstieg, vorbei am Haberstein, wo man treffliche Felsertüpfen vorfindet.

Von hier aus kann man den Weg nehmen über die Hohe Mücke (811 Meter) und den Töpfelkopf nach Fichtelberg, das am Südhange des Ochsenkopfs liegt und als Sommerfrische gern besucht wird. Von Fichtelberg aus erreicht man auf vorzüglichen Wegen den Ochsenkopf, der von altersher der eigentliche „Fichtelberg“ war und das Herz des Gebirges, aus dem sich vier Ströme ergossen, bildete. Riesige granitene Felsen und von Felsgräben überwucherte Gesteinsmauern bilden den Gipfel (1021 Meter), und vom Aussichtsturm der Gipfelkuppe hat man die herrliche Fernsicht über die üppigen, schwelgenden Wälder, die sich hier in ihrer ganzen Schönheit zeigen. Westlich im Tale des Weißen Mains liegt die „Perle des Fichtelgebirges“, das schöne Berneck (890 Meter), als Kurort wegen des milden Klimas bevorzugt.

Vom Ochsenkopf-Gipfel führt ein bequem angelegter Serpentinenweg zur Weißenmainguquelle, durch Felsblöcke besonders gekennzeichnet, und nach kurzer Wanderung auf herkömmlichen Waldwegen gelangt man dann schließlich ansteigend über Steinbölle aus einem großen Trümmerfeld von abgetragenen Blöden zur Blatto (884 Meter), von der aus ein prächtiger Rundblick über das Wunsiedler Tal ermöglicht ist. Dann geht es vorbei an reizigen Felsengruppen hinauf zum Schneeberggipfel (1052 Meter), wo einem in der Vorfrühlingszeit noch rauhe, schneige Winde um die Ohren laufen. Absteigend gelangt man zu den mächtigen Granittürmen des Rudolfsteines, zu dessen Fuß der junge Eggersbach nach Weissenstadt fließt. Die Stadt selbst ist weniger bemerkenswert; um so mehr lohnt das etwa eine Stunde von Weissenstadt sich erfreudende Waldstück (879 Meter hoch) mit dem höchsten seiner Felsen, der Schüssel, als einem der schönsten Aussichtspunkte Mitteldeutschlands. Von hieraus führen prächtige Wege über den wie eine Burgruine aussehenden Epprechtstein (797 Meter) nach zweistündiger Wanderung nach Schwanzenbach a. d. Saale, an der Bahlinie Hof-Bamberg gelegen.

Wer noch freie Zeit zur Verfügung hat, kann von Schwarzenbach aus nach Hof oder Plauen wandern, ein landschaftlich allerdings weniger lohnender Weg. Aber um die Städte in architektonischer Hinsicht kennenzulernen oder aber — was doch immerhin notwendig werden kann — um ein paar Groschen am Fahrgeld zu sparen, entschließt sich doch mancher zu dieser Ausdehnung seiner Wanderung, zumal da ab Plauen erst die direkte Sonntagstischfahrt gilt.

Über die soziale Seite einer Fichtelgebirgswoche soll in einem weiteren Ausschuss noch einiges gesagt werden.

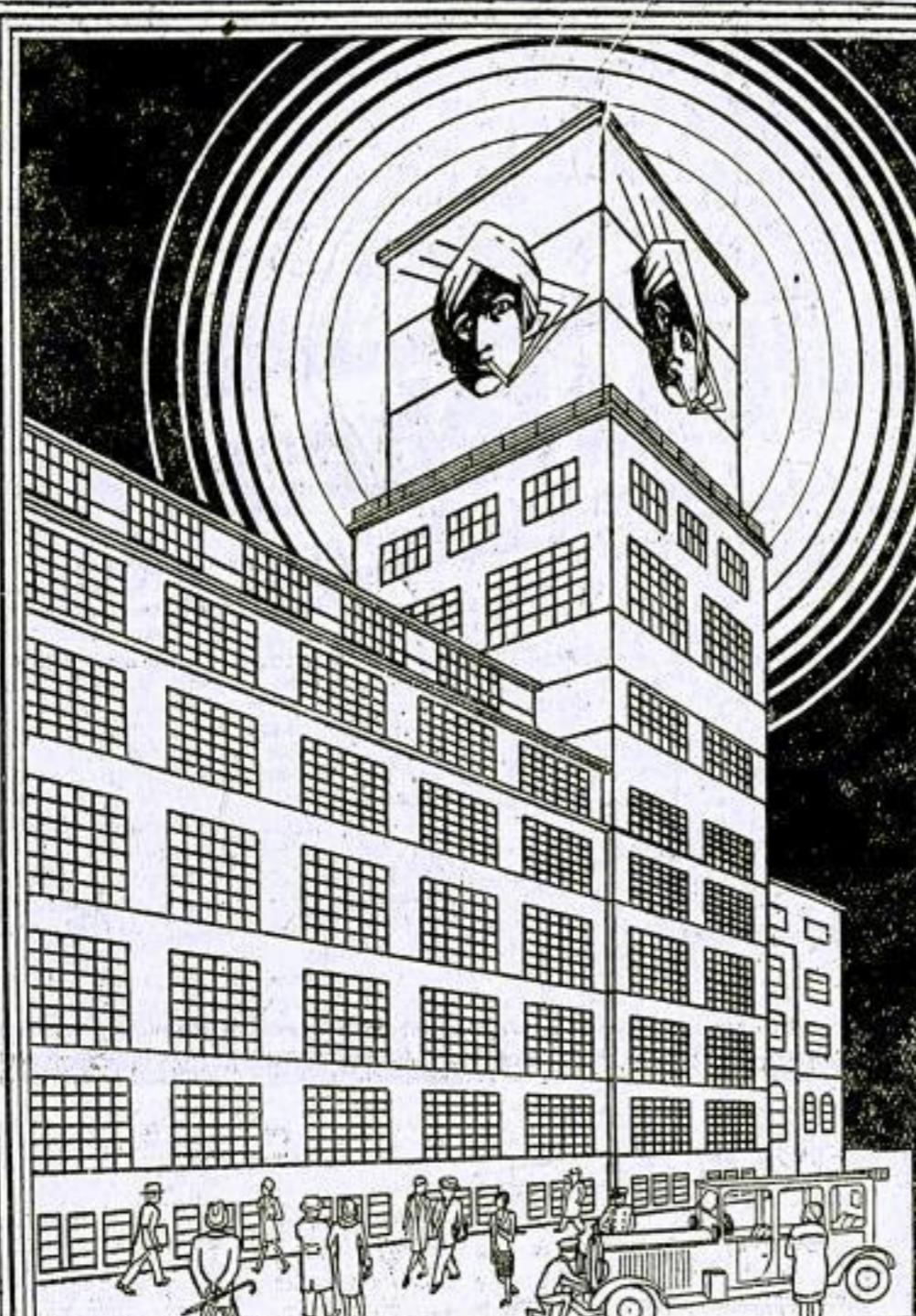
## Neun Stunden Wintersportparadies!

Für 6,50 Mark.

Sonntagströh in der schärfsten Stunde auf dem Hauptbahnhofe. Tollende Gestalten in phantastischen Kostümen vermischen sich mit Münchner oder Kölner Karneval masken zum können. Welch ein Gegensatz zu diesen übermüdeten leichenblässen Betrunkenen bieten die Träger des Skiwaldes, der sich auf dem Bahnsteig nach dem Sportsonderzug bewegt. Sie haben das bestreite Teile erwählt. Während die Nachschwörer den Sonntag verschlafen, gleiten sie auf Schneeschuhen durch die reichen Forste des Erzgebirgsstamms, riesige Muskeln und Nerven, erfüllten den Geist und erhalten sich in jeder Hinsicht die Spannkraft des Körpers.

Achtundert Teilnehmer wies der Zug nach Johanngeorgenstadt am vergangenen Sonntag auf. Keiner halte die Fahrt und die Skisprungfünfzig zu bereuen. Prächtige Schneewohltümmler, vor allem auf der böhmischen Seite des Gebirges, und Sonnenchein — Sonnenchein, der den Winterwald in glitzernde Herrlichkeiten kleidet, schufen neun Stunden lang ein Paradies für alle Wintersportler. Auf versteckten Pfaden (Hirschestand, Neuhammer, Platten), die unberührte Naturschönheiten bieten, begegnen wir mehreren kleinen Trupps Skiwanderer, die mit Frei-Ski-Helmen grüßen. Jawohl... Frei-Ski-Hell bis zur Begegnung auf dem Rennsteig am nächsten Sonntag!

In Oberhof, wohin am Sonntag, dem 12. Februar, ein Sportsonderzug des Verkehrsamtes Leipzig führt, herrscht günstiges Sportwetter; Schne 25 Centimeter hoch.



## Der Leuchtturm

unseres neuen Fabrikgebäudes wird nun bald zu den Wahrzeichen Dresdens gehören. Über 42 m hoch, umfasst er 12 Stockwerke. Die letzten drei Stockwerke werden abends in grandioser Weise erleuchtet werden. Dieses äußere Zeichen der enormen Entwicklung unseres Unternehmens ist das beste Zeugnis für die Güte unserer Marken.

## Großling Ausföhr. 58

in der neuen Samson-Kanthi Mischung also aus besten türkischen und mazedonischen Tabaken hergestellt, kann nicht übertroffen werden. Sie ist auch für den verwöhntesten Raucher der größte Genuss.

Für besondere feierliche Anlässe empfehlen wir Ihnen unsere Juwel zu 6,-



### Aus den Parteiorganisationen

Der Unterbezirk Nöthnitz-Burgstädt-Mittweida hielt am 4. und 5. Februar 1928 in Mittweida einen Parteitag ab, in dessen Mittelpunkt ein Referat über die politische Lage vom Reichstagsabgeordneten Genosse Krüger-Merseburg stand. In einer einstimmig angenommenen Entschließung billigten die Delegierten voll und ganz die Politik der Reichstagsfraktion der SPD und forderten baldige Neuwahlen des Reichsparlaments. Zur Reichstagskandidatenfrage wurde nach äußerst sachlicher Debatte einstimmig folgende Auffassung des Unterbezirksvorstandes zum Beschluss erhoben:

"Der Unterbezirksparteitag hält an der Kandidatur der Genossen Schilling-Döbeln fest, wenn der Unterbezirk Döbeln diese wieder in Vorschlag bringt. Sollte das nicht der Fall sein, so bringt der Unterbezirksparteitag zum Ausdruck, daß die Frage der Aufstellung eines neuen Kandidaten in einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände der Unterbezirke Nöthnitz, Döbeln und Borna gelöst wird."

Außerdem wurde Genosse Paul Barthel-Lunzenau als weiterer Kandidat des Unterbezirks Nöthnitz benannt. Ferner bekundete der Parteitag einstimmig, daß er gegen eine Kandidatur Rosse schwere Bedenken hat.

Auch der Gesamtvorstand des Unterbezirks Wurzen-Grimma-Oschaž hat in einer seiner letzten Sitzungen Stellung zur Reichstagskandidatenfrage genommen und beschlossen, dem am 10. Februar 1928 in Grimma stattfindenden Unterbezirksparteitag den Genossen Reichstagsabgeordneten Richard Lippinski als Kandidaten zur Reichstagswahl wieder in Vorschlag zu bringen.

Ein weiterer Protest. Nachdem bereits die Bürgermeister des Amtsgerichtsbezirks Frohburg gegen die Auflösung des Frohburger Amtsgerichts protestierten, haben die Gemeindeleiter des Geithainer Amtsgerichtsbezirks ebenfalls einen Protest abgefaßt, in dem sie sich gegen die in der Schlesischen Verwaltungsreform geforderte Einziehung des Amtsgerichts Geithain wenden. Auch der Rat und das Stadtverordnetenkollegium zu Geithain haben in gemeinsamer Sitzung ihre Bedenken gegen eine Auflösung des Amtsgerichts Geithain zum Ausdruck gebracht.

Deuna. Bei Ausübung seines Berufes verunglückt ist auf dem hiesigen Bahnhof ein in Halle wohnhafter Zugführer. Der Beamte lief den bereits fahrenden Zug entlang, um in sein Dienststiel zu gelangen. Dabei rutschte er seitlich und fiel unter den Zug zu liegen, wo dem Mann beide Beine abgeschnitten wurden.

u. Beucha. Gemeindeverordnetenversammlung. Die Grund- und Gewerbesteuerschläge werden für das Rechnungsjahr 1928 auf 125 Prozent schrägekt. Im Gegenzug zum Vorjahr ging diesmal recht glatt vonstatten. Die Verordneten, einschließlich

der Kommunisten, stimmten einstimmig zu. — Der Wegebau in diesem Jahre beansprucht, wie immer, einen großen Teil der Einnahmen. Neu beschlossen bzw. in Ordnung gebracht werden sollen die Wege: Strecke: die Endstrecke bis an die Zweenfurther Grenze, ein Teil der Straße Zweenfurth nach Rämmertal (bis an den Bahnhofsvorhang), am Bahnhof Beucha und ein Teil am Ortsausgang nach Kleinsteinsberg. Die Materiallieferung wird an die hiesigen Firmen vergeben. Jedoch wünschen die Gemeindeverordneten, daß die Betriebsinhaber darauf ausmerksam gemacht werden, bei Einstellung von Arbeitsträgern die in die wohnenden Erwerbsmänner zu berücksichtigen. Nach den gemachten Neuerungen ist das bisher in sehr vielen Fällen leider nicht geschehen. — Infolge Unbrauchbarkeit einer Anzahl Wassermesser ist es der Gemeindeverwaltung unmöglich, das tatsächlich verbrauchte Wasser in Rechnung stellen zu können. Hier hat der Wassermesser schon wiederholt versagt und nimmt es auch jetzt noch nicht genügend ernst mit seiner Aufgabe. Es wird beschlossen, die in Frage kommenden Wassermesser einer Instandsetzung zu unterwerfen oder durch neue zu ersetzen. Die zur Zeit bestehende Wasserförderung wirkt als nicht mehr zeitgemäß angesehen. Ein Antrag der Volksbücherei (?) (Schule) auf Genehmigung einer Beihilfe zu Neuanschaffungen wird, da die Bücherei mit dem Inhalt der heutigen Zeit wohl kaum entsprechen dürfte und andererseits ein Bedürfnis danach nicht vorhanden sei, abgelehnt. Einem Wissensdurstigen gäbe es bessere Quellen, die noch leichter auffindbar seien. — Der provisorische Vorstand der im Entstehen begriffenen freiwilligen Feuerwehr beantragt die Übernahme der ersten Uniformen. Einer solchen Gründung stehen keine Hindernisse entgegen. Nur ist die Gemeinde nicht in der Lage, das Vorhaben finanziell unterstützen zu können. Die vorhandenen Löschgeräte und der Sportplatz werden zur Benutzung zur Verfügung gestellt. In diesem Sinne wird gegen die Stimmen der Bürgerlichen beschlossen. — Für die Gemeindebediensteten sind neue Bewerbungen eingegangen. Die Auswahl war keine leichte, da in der Hauptrichtung gegen keinen etwas auszuleben gewesen sei. Gewählt wurde P. Arnold. — Um die Anzahlungssumme für den Landraum von 80. zu erfüllen, haben sich die Arbeitervertreter mit Erfolg bemüht. Es ist zu begrüßen, wenn Arbeitervertreter dafür eintreten, mit ihren "Arbeitergruppen" in gespannter Situation in die Bresche zu springen. Diese Mitteilung wurde von der gesamten Gemeindevertretung befällig aufgenommen und die günstigen Bedingungen besonders hervorgehoben. Die Arbeiter geben damit ein gutes Beispiel. Nunmehr steht der Aufschlüsselung bzw. Aufteilung des Geländes zu Bauzwecken kein Hindernis mehr im Wege. Die Abtrennung des Platzes für den Schulbau soll ebenfalls unverzüglich vorgenommen werden. — Für die jenseits der Bahn Wohnenden soll ein Aushangstellen an passender Stelle angebracht werden.

Lützenhain. In der Gemeindeverordnetenversammlung wurde beschlossen, die Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer ab 1. April 1928 von 100 auf 125 Prozent zu erhöhen. — Zu Einsprüchen des Gemeinderats beim Verwaltungsgericht gegen Verordnungen beschloß die Worte des Gegenbeschreibens, in dem um Klageabweisung gebeten wird, gebilligt. — Eine Eingabe, die Miete für beschlagnahmte Räume betreffend, wurde als Verwaltungsstrophe dem Gemeinderat überwiesen. — Für das Kindererholungsheim Tannenmühle sollen Blücher im Gesamtwerte von 25 M. beschafft werden. — Das Kollegium beschließt, den Beamten bereits schon jetzt die Gehälter nach den Richtlinien auszuzahlen. — Dem Gefuch des Schantwirts Weinert, auch in seinem Vorfall Verordnungen abzuhalten, wurde einstimmig zugestimmt. — Wegen Erlasses des durch Verzug aus dem Verordnetenkollegium ausscheidenden Maschinisten Kind (Komm.) wird dem Bürgermeister die Bestellung des Nachfolgers überlassen.

### Arbeitslosigkeit als Haftgrund!

Der jugendliche Arbeiter A. gehört dem Roten Frontkämpferbunde an. An allen kommunistischen Demonstrationen beteiligte er sich. Vor einem Jahre geriet seine Abteilung mit Stahlhelmen zusammen. Es entstand eine Schlägerei. Die Polizei griff ein und trennte die Streitenden. Dabei wurde der Name des jungen Frontkämpfers mit festgestellt. In der folgenden Schöffengerichtsverhandlung wurde er wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung auf Aussage des Polizeibeamten T. zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl er jede Schuld attestiert.

Wenige Monate später, im August, veranstaltete die KPD eine Unruhen-demonstration. Im Zuge wurde ein Wagen mitgeführt, auf dem einige Arbeiterfeldgruppe Soldaten mimten. Zur Maske gehörten auch einige verdeckte Seitengewehre. Gewiß hätte man ebenso gut Papierhölzer nehmen können, doch waren die "Waffen" ganz bestimmte nicht für Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen bestimmt. Aber einige Polizeibeamte forderten die Herausgabe der Seitengewehre, da nach einer Verordnung keine Zivilperson sie tragen darf. Wie in solchen Situationen nicht anders zu erwarten, wurde die Herausgabe der Säbel abgelehnt. Nun versuchten die Polizisten ihrer mit Gewalt habhaft zu werden. Natürlich entstand eine Schlägerei. Auf beiden Seiten gab es Verlebungen. Der Polizeibeamte T. hatte bei diesem Anlaß die Führung. Blößlich schrie jemand: "Das ist der Lump, der Hugo die 2 Monate besorgt hat!" Und dann weiter: "Schlagt ihn nieder, Schießt ihm ins Ziel! Der Lump brechen wir noch das Genick; photographiert, bist du schon!" T. glaubte, A. wiedererkann zu haben und er machte gegen ihn eine Anzeige. Der politische Staatsanwalt Hölder fabrizierte daraus eine Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs, und ließ A., weil er arbeitslos war, als fluchtverdächtig verhaften.

Im November verurteilte ihn das Große Schöffengericht zu der ungeheuerlichen Strafe von 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis — wieder hauptsächlich auf die Aussage des Polizisten T. hin, der nicht glaubte, sich zu irren. Der Vorsitzende Danziger bemerkte in der schriftlichen Urteilsbegründung, daß eine Strafe von 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis in diesem Falle angemessen sei! Der Haftbefehl wurde nicht aufgehoben, obwohl A. Berufung gegen das Urteil eingereicht hatte. Zu der jetzt angelegten Berufungsverhandlung wurde A. aus dem Gefängnis vorgeführt. Es wurde festgestellt, daß sich bei dem Staatsanwalt ein gewisser Jänicke als der gemeldet hatte, der T. beschimpfte. Hölder fragte den Zeugen Jänicke, dan erklärte er: "Ich nehme das nicht auf, was Sie sagen, denn es ist werilos!" Der politische Staatsanwalt unterschrieb es sogar, den Namen des sich Melndenden festzuhalten. Zum Schlus bezeichnete Hölder nur, daß der sich selbst Beschuldigende ja zur Berufungsverhandlung sich als Zeuge melden könne. Der Verteidiger beantragte natürlich die Freilassung dieses wichtigen Zeugen. Die Strafammer unter Roos Vorsitz lehnte die Ladung ab, unterstellt aber als wahr, daß Jänicke die Beamten ebenfalls beschimpft hat. Der Hauptbeschuldigte T. erklärte wieder mit aller Bestimmtheit, den Angeklagten seiner Zeit wiedererkann zu haben. A. habe gerufen: "Das ist der Hund, der mir die 2 Monate versorgt hat!" Dann habe A. die Menge zu einem neuen Sturm auf die Polizei aufgehetzt. Der Zeuge gab die Kleidung A.s fasslich an. Weiter wies ihm sogar der Staatsanwalt Berichtigungen mit einem anderen, ähnlichen Vorfall auf dem Rohrlatz nach. Gänzlich Kameraden A.s in der Gruppe befürchteten, daß sie kein Weglaufen A.s während der ganzen Demonstration bemerkt hatten. Die Sache sollte also schon als zweifelhaft angesehen werden. Staatsanwalt und Gericht hielten A. aber nach wie vor für überführt. Nicht einmal das ungeheure Strafmaß wurde herabgesetzt. Die Berufung des Angeklagten wurde verworfen und das Urteil von 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis bestätigt. F. K.

# DAS FLEICKH KONZERT

## Rindfleisch Gefrierfleisch

Querrilpse	1 Pfund	1.20
Gehacktes	1 Pfund	1.20
Gulasch	1 Pfund	1.20
Schmorfleisch	1 Pfund	1.25
Rouladen	1 Pfund	1.40
Roastbeef	1 Pfund	1.50
Lende	1 Pfund	2.00

## Schweinefleisch

Bauch	1 Pfund	85,-
Keule	1 Pfund	85,-
Gehacktes	1 Pfund	1.10
Kamm	1 Pfund	1.15
Rücken	1 Pfund	1.35
Koteletten	1 Pfund	1.30

## Wurstwaren

Blut- od. Leberw.	Pfd.	75,-
Hausmach.-Sülze	Pfd.	85,-
Frankfurt. Würstchen m.	Pfd.	1.20
Sauerkraut	Pfd.-Dose	85,-
Meckl. Knackw.	Pfd.	1.10
Hausm.-Blutw.	Pfd.	1.20
Hausm.-Leberw.	Pfd.	1.40
Knackw.n.pol.Art	Pfd.	1.20

## Hammelfleisch

Brust	Pfd.	1.20
Ragout	Pfd.	1.30
Rücken	Pfd.	1.30
Keule	Pfd.	1.40

## Wurstwaren

Suppenföhne	Pfd.v.1.30 an	
Brathähnner	Pfd.v.1.40 an	
Kapauinen	Pfd.	1.70
Rehblätter	Pfd.	1.85

## Wild u. Geflügel

Kassl. Rippensp.	Pfd.	1.35
Zervelatwurst	Pfd.	1.50
Zervelatwurst in Fett-	darm	1 Pfund 2.30
Bockwurst	3-St.-Dose	50,-
Eisbein o.Kn.	Pfd.-Do.	1.50

# WALTHOFF



## Billige Lebensmittel Konfitüren Obst-Konserven Kolonialwaren

Schmelz - Kroketten	Rolle	25,-
Vollmilch-Kroketten	Rolle	25,-
Katzenzungen	1 Paket	50,-
Erdnuß-Vollmilch - Schokolade	200 - Gramm - Tafel	50,-
Edelhof-Pralin. 200-g-Pak.	50,-	
Ros.-Misch.-Pral. 200-g-Pak.	50,-	
Ros.-Misch.-Pral. 400-g-Pak.	50,-	
Weinbr.-Kirsch. 100-g-Kart.	50,-	
Milch-Nuß-Krokant-Schokolade	3 Tafeln à 100 Gramm	85,-

Gemüsekonserven	1-Kilo-Dose	
Karotten, geschnitten	35,-	
Spinat	45,-	
Junger Kohlrabi i. Scheibe	55,-	
Gemüse-Erbsen	55,-	
Makrelen, naturell mit Tafel	60,-	
butter	60,-	
Bachsforellen, abgek.	Dose 55,-	
Heringe i. Gelée i. Remoulade	75,-	
1-Liter-Dose 1.71		
1-Liter-Dose 55,-		
1-Liter-Dose 88,-		

Fettes zum Ausbraten, ohne Schwarte
-------------------------------------



### Ein Beispiel aus Amerika

Unsere „Wirtschaftsführer“ übernehmen gern den Teil des „Amerikanismus“, der in der restlosen Ausnutzung der Arbeitskräfte des Arbeiters besteht. Sie wollen aber nichts von der Lohnausstattung der Amerikaner übernehmen.

Bei ihnen wird auch die Feststellung des amerikanischen Arbeitsministers Davis nicht verhangen, der „Lohnherabsetzungen als schlechte Geschäfts- und Wirtschaftspolitik“ bezeichnet und erklärt: „Die Politik der niedrigen Löhne ist am jämmerlichsten zusammengebrochen.“

Man glaubt in Deutschland immer noch das Gegenteil.

Für Amerika ist aber noch eine andere Entwicklung charakteristisch, die ebenso der unsrigen vollkommen entgegengesetzt ist. Sie ist gekennzeichnet durch wichtige Feststellungen von Prof. Hirsch im Berliner Tageblatt.

Er stellt fest: „Nimmt man 1913 mit 100, so ist der Lohn in Dollar jetzt 230, die Preise stehen etwa bei 153, und sie weisen jetzt mehr sinkende als steigende Tendenz auf. Eben damit ist ja die Kaufkraft des Lohnes gegenüber damals um weit mehr als ein Drittel höher. Der Lohn steigt, der Warenpreis steigt nicht mit.“

Diese Tatsache soll man sich in Beamten-, Angestellten- und Arbeiterkreisen merken. Sie sind das stärkste Argument gegen die Lohn- und Preispolitik der deutschen Wirtschaft. Amerika hat trotz hoher Löhne und relativ gesunkenen Warenpreisen eine wirtschaftliche Blüte, während es bei uns trotz der gegenteiligen Tendenz nicht recht vorwärts geht.

Civis.

### Kommunistische Wahrheitsliebe

Am Mittwoch, dem 8. Februar, erschien in der SUZ eine Erwidерung auf unseren Artikel: „Kläffer von Rechts und Links.“ Unsere Gegenüberstellungen der Bürgerlichen und Kommunisten hat also gewirkt. Nicht zu übersehen ist die Kühnheit, mit der die Kommunisten unsere Behauptung, nach der die KJ Karten für die Ausstellung „Das junge Deutschland“ kommissionsweise in Betrieb genommen hat, bestreiten. In der SUZ ist sodann folgendes zu lesen: „Wer mit Lügen arbeitet, um den ist es schlecht bestellt. So ist die Behauptung: „Die kommunistische Organisation habe von der Ausstellungsleitung Eintrittskarten zum kommissionsweisen Vertrieb“ übernommen, eine jeder Wahrheit entbehrende, äußerst freche Lüge.“

Hierzu folgendes: Nach vorherigem telephonischen Anruf erschien im Auftrag der KJ Richard Burkhard (der Herausgeber des Flugblattes gegen die Ausstellung) im Bureau der Ausstellung „Das junge Deutschland“ und forderte mehr Karten, als gerade vorrätiig waren. Schließlich nahm er mit den vorhandenen vorlieb. In seinem Besitz muß sich also eine noch unbekannte Rechnung Nr. 38 befinden, die auf die Kommunistische Jugend aufgestellt ist. Alle Zweifler mögen sich also die Rechnung von Richard Burkhard zeigen lassen.

Über die Bewilligung von 10.000 Mark für die Ausstellung mit Hilfe der kommunistischen Stadtverordneten schweigt die SUZ natürlich.

Wir denken, diese beiden Feststellungen genügen einstweilen. Sozialistische Arbeiter-Jugend Groß-Leipzig.

### Aus der Praxis der Abonnementenversicherung

Viele Menschen glauben, sie seien für alle Fälle versichert, wenn sie eine Zeitschriftenversicherung eingehen. Da ist natürlich erst wieder einmal ein Arbeiter, der über zwei Jahre lang Bobachs Familienhilfe bezog, eines Besseren belehrt worden. Auf seine Unfallmeldung erhielt der Betreuende folgenden Brief: „Wie wir aus dem uns vorliegenden ärztlichen Gutachten ersehen, waren Sie bereits zur Zeit des Unfalls mit Plattfüßen (!) behaftet, die vom ärztlichen Standpunkt aus als erhebliches Leiden (!) anzusehen sind. Auf Grund des § 3 Absatz 2 der für die Zeitschrift Bobachs Familienhilfe maßgebenden Versicherungsbedingungen sind jedoch solche Personen, die zur Zeit des Unfalls mit einem erheblichen Leiden oder Gebrechen behaftet sind, von der Unfallversicherung ausgeschlossen. Vorstehendem aufsöge bauen wir, Ihre Angelegenheit nicht mehr weiter behandeln zu können und betrachten Ihre Unfalllache für uns als endgültig erledigt.“ Daraus geht wieder hervor, auf welch wackiger Grundlage die Ansprüche aus der Abonnementenversicherung beruhen und daß Arbeiter entschieden besser daran tun, sich der Volksfürsorge zu bedienen.

### Eine Leipziger Jahresbilanz

Im Jahre 1927 sind nach den Feststellungen des Statistischen Amtes in Leipzig 9511 lebende Kinder geboren worden; davon waren 4874 Knaben und 4637 Mädchen. 7259 Kinder waren ehelicher Abtum. Totgeborene wurden 364 gejährt. Im gleichen Jahre wurden 8324 Eltern geschlossen; 8123 Personen sind gestorben, davon waren 4000 Männer und 4023 Frauen. Der Leipziger Fremdenverkehr betrug im verlorenen Jahre überhaupt 402 651, davon 348 504 Reichsdeutsche und 54 150 Ausländer. Die Leipziger Sparkasse hatte im gleichen Zeitraum bei 326 681 Einlagen 41 475 neue Konten zu errichten; eingezahlt wurden 47 103 467 Reichsmark; Rückzahlungen wurden 128 086 vorgetragen, wodurch 8662 Konten zum Erlöschen kamen; der Gesamtbetrag der Rückzahlungen ist einschließlich Städtekonten 31 303 096 Reichsmark, so daß die Einlagen im Jahre 1927 die Rückzahlungen um 15 800 384 Reichsmark übertrafen. Das Einlegergut haben betragt am Jahresende insgesamt 48 869 931 Reichsmark. Im Städtischen Leihhaus wurden zusammen 282 531 Pfänder neu beschafft, und zwar mit 4 464 451 Reichsmark; eingelöst wurden im gleichen Jahre 271 969 Pfänder, für die 4 803 984 Mark zurückgezahlt worden sind; versteigert wurden 17 606 Pfänder, für die man 168 723 Mark erhielt; am Jahresende waren 79 025 Pfänder mit 1 335 971 Mark beliehen.

### Meldet Betriebsunfälle

Der Betriebsunternehmer hat jeden Unfall in seinem Betriebe der Berufsgenossenschaft anzugeben, wenn durch den Unfall ein im Betriebe Beschäftigter getötet oder so verletzt wird, daß er stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird. Der Betriebsunternehmer muß den Unfall binnen drei Tagen anzeigen, sobald er Kenntnis von dem Unfall erlangt hat. Außer der Erfatung der Anzeige über den Unfall durch den Unternehmer muß die Ortspolizeibehörde den Gang des Unfalls untersuchen. Auch die Krankenkasse muß jede Krankheit, die auf einen Unfall zurückzuführen ist, der Berufsgenossenschaft anzeigen. Unternehmer

# Studium des modernen Wohnungsbau

Endlich fangen wir mit den ersten systematischen Versuchen auf dem Gebiete der Neuordnung unserer architektonischen Grundlage an. Es hilft nichts, wenn die Fachkreise erklären, daß alles in bester Ordnung sei, die Tatsachen sprechen eine zu berechte, zu deutliche Sprache. Die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungsweisen hat allzulange auf sich warten lassen, aber nun ihre Gründung endlich erfolgt ist, hat sie sofort mit praktischer Arbeit begonnen. Sie hat eine größere Summe für Versuchsbauten bewilligt, und zwar zunächst für drei Gruppen. Die Gesamtsumme von etwa 850 000 Mark fällt zu einem Teil an Frankfurt a. M., das Versuch im Montagebau unternehmen will. Stuttgart, das mit seiner Werkbundausstellung schon mit gutem Beispiel vorangegangen, erhält ebenfalls einen Teil des Betrages für Versuchsbauten sowie für Untersuchungen an den Häusern der Werkbundausstellung. Auch der Reichspostminister hat einiges Verständnis für diese neue Bewegung in der Architektur und dem Bauwesen gezeigt; auf seinen Antrag wurde ebenfalls ein Betrag für Wohnbauten und Angestellte in München zur Verfügung gestellt.

Die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungsweisen hat durch die Bewilligung der Gelder für praktische Versuche die beste und klügste Antwort erbracht, die sie auf die mannigfachen Angriffe aus dem Kreise älterer Architekten und vereinzelter Interessen erlitten mußte. Gewiß, das Gebiet des modernen Baues ist noch heftig umstritten, aber doch unsere Bauweise rückwärtig ist, das müßten nun allmählich auch die Fachkreise und Interessentenkreise erkennen haben. Es kann nicht oft genug betont werden, daß beispielweise unsere Maschinenindustrie heute bei gleicher Qualität und trotz teilweise recht erheblicher Erhöhung der Rohstoffpreise, ihre Produkte zu Preisen an den Markt bringt, die unter dem Goldindex stehen oder jedenfalls den heutigen Lebenshaltungsindex noch bei weitem nicht erreicht haben.

Den Baugewerbe kann man das leider nicht feststellen, und alle Klagen und Beschwerden gegen die modernen Bauweisen sind so lange hinfällig, solange es nicht gelungen ist, mit den alten Baumethoden so billig zu bauen, wie heute die Industrie produziert. Wenn also nun der Stadt Frankfurt a. M. 300 000 Mark zur Verfügung gestellt werden zur Finanzierung der Bauten, bei

denen der Arbeitsvorgang, unter Verwendung einer Reihe nicht üblicher Konstruktionen erforscht werden soll, so werden diese Ergebnisse ohne Zweifele zugutekommen. Frankfurt will weiter verfahren, durch die Anwendung der Maschine über das bisher übliche Maß hinaus die Bauweise zu verbessern.

Vielleicht kann man den bisherigen Vorländern moderner Bauweise den Vorwurf der Zerplätzung und des fehlenden Programms machen, aber gerade dieser Geiz wird durch die neue Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungsweisen begegnet werden. Die Forschungsgesellschaft arbeitet an einem wohlgedachten Plan und will ihre Forschungen nicht etwa nur auf die für die Großstädte notwendigen Bauten beschränken, sondern sie auch auf das Kleinhäus und das Landhaus erweitern.

Und nun das Wichtigste. Immer wieder haben die Fachleute im Bauwesen über die Bezeichnung gestritten, die ihnen die Baupolizei auferlegt. Immer wieder bezeichnet man es als das größte Verdienst, das im Bauwesen geleistet werden kann, wenn es gelingt, die Nachtfreigaben der Behörden zu beschneiden. Mit Recht! Man hört und staunt. Die neuen Bauten der Stadt Stuttgart, für die die Mittel der Forschungsgesellschaft ausgenutzt wurden, erzielten unter dem Verzicht der Stuttgarter Baupolizei auf jede Kontrolle und Einsrede. Es ist gelungen, die Stuttgarter Baupolizei davon zu überzeugen, daß der Name des Professors Schmidtthener als Architekt und die Verantwortung der Stadtgemeinde als des Bauherrn genügend Garantie dafür bietet, daß die notwendigen baupolizeilichen Sicherungen berücksichtigt werden. Das dürfte der erste Fall in der Geschichte der Baupolizei sein, und schon dieser Fall zeigt, wie wichtig die Tätigkeit der Forschungsgesellschaft ist, welche Bedeutung die Propagierung moderner Bauformen für die Bekämpfung veralteter baupolizeilicher Vorurteile gewinnen kann. Es wird hoffentlich gelingen, auch in anderen Ländern die Baupolizei bei einzelnen Versuchen zu einem solchen Verzicht zu bewegen, und das ist ohne Zweifel der Beginn einer Reform unserer baupolizeilichen Vorurteile, die allerdings mindestens ebenso wichtig ist wie die Propagierung moderner Baumethoden selber.

### Nochmals Achtung! Falsche 20-Mark-Scheine!

Vom Kriminalamt wurde am 27. Januar vor einem in Deutschland umherziehenden Fälschmünzer gewarnt, der seit längerer Zeit falsche Reichsmarknoten (Ausgabe vom 11. 10. 1924) in Verkehr bringt. Die Fälschung ist an der äußerst mangelhaften unfaulenden und harten Wiedergabe des Frauenkopfbildinnes auf der Vorderseite der Note leicht erkennbar. Die Fälschmünze tragen alle die Serienbezeichnung „E“. Der unbekannte Verursacher hat auch in Leipzig und danach in Zeitz, Greiz und Zwickau Fälschmünze verausgabt. Vor ihrer Annahme wird nochmals gewarnt. In früheren Fällen kam als Verursacher der Fälschmünzen ein 26 bis 30 Jahre alter Mann, 1,70–1,75 Meter groß, lärmhaft, in Frage. Er hatte schmales, bartloses Gesicht, dunkles, ziemlich langes, zurückgekämmtes Haar und sprach norddeutsche Mundart. Für dieermittlung des Fälschers hat das Reichsbankdirektorium eine Belohnung bis zu 2000 Mark ausgesetzt. Unter Hinweis hierauf bittet das Kriminalamt um sachdienliche Mitteilungen.

Zur Geschichte der Radioröhre. In unserem gestrigen Artikel: Zur Geschichte der Radioröhre muß es in der ersten Spalte in der zweiten Zeile von unten heißen I. statt Li und in der dritten Zeile L statt 12.

Deutscher Arbeiter-Züngerbund, Gau Leipzig, Achtung, Generalversammlungs-Delegierte! Die Generalversammlung am Sonntag, dem 12. Februar 1928, findet nicht im Leipziger Volkshaus, sondern im Etablissement Ellyium, Leipzig, Ellyenstr. 72, 8 Uhr, statt. Die Bezirksvorstandskonferenz am Sonnabend, dem 11. Februar 1928, im Volkshaus Leipzig.

Kunstgewerbe-Museum. Am Dienstag, dem 14. Februar, 20 Uhr, spricht im Kunstgewerbe-Museum (Grassimuseum), Eingang Holzsägearstraße, Professor Henry van de Velde, der Leiter der Hochschule für Dekorative Künste in Brüssel, über die modernen Aufgaben des Kunstgewerbes und der Kunstgewerbeschulen.

Führung in den Auwald. Das Naturkundliche Heimatmuseum am Fleischerplatz (Eingang Vorhangstraße 3) veranstaltet Sonntag, 12. Februar, eine öffentliche Vormittagsführung in die Natur: Pflanzen- und Tierbeschau im winterlichen Wald (Fr. Richter). Die Teilnehmer treffen sich 9 Uhr an der Waldstraßenbrücke. Die Teilnahme steht jedermann frei.

Lehrgang für Telegraphen-Mechaniker. Am 16. April 1928 beginnt in der Höheren Gewerbeschule der Stadt Leipzig ein neuer Lehrgang. — Dauer der Ausbildung ein Jahr an wöchentlich 2 Abenden. Auskunft in der Kanzlei der Technischen Lehranstalten Wächterstr. 13.

Lehrgang für Betriebs-Techniker. Am 16. April 1928 beginnt an der Höheren Gewerbeschule der Stadt Leipzig ein neuer Lehrgang. Ausbildungsdauer ein Jahr an wöchentlich 2 Abenden. Auskunft in der Kanzlei der Technischen Lehranstalten Wächterstr. 13.

Lehrgang für Betriebs-Techniker. Am 16. April 1928 beginnt an der Höheren Gewerbeschule der Stadt Leipzig ein neuer Lehrgang, Abteilung Betriebsfachschule, ein neuer Lehrgang als Fortsetzung des Werkmeister-Lehrgangs. Der Unterricht findet in den Abendstunden statt und dauert zwei Jahre. Aufnahme finden nur Absolventen der Werkmeisterschule. Auskunft in der Kanzlei der Technischen Lehranstalten Wächterstr. 13.

Meißnerkauf an der Freibank. Morgen Freitag, den 10. Februar an der Freibank! freier Verkauf.

### Bolizeinachrichten

Geschlossene Motorräder. Am 7. Februar, gegen 11 Uhr, wurde in der Petersstraße, Ecke Peterskirche, ein Motorrad, Marke DKW, Kennzeichen III 17 507, Fahrgestellnummer 38 488, Motornummer 83 854, gestohlen. — Ferner wurde am 8. Februar, gegen 12 Uhr, vom Amtsgericht Peterssteinweg 8, ein Motorrad, Marke DKW mit Sitzplatte, Fahrgestellnummer 57 800, Motornummer 410 928, Kennzeichen III 22 925, gestohlen. Um 11 Uhr rechts befindet sich eine schwarze Ledertasche, die einen alten, braunlichgelben Herren-gummimantel enthält. Vorne am Rad befindet sich eine elektrische Lichtleitung. Das Fahrgestell ist schwarz lackiert und mit Fußgestell und Windfang versehen. Für die Wiederherstellung dieses Motorrades hat der Besitzer eine Belohnung von 50 Mark ausgesetzt. Das Kriminalamt bittet um sachdienliche Mitteilungen, die zur Wiederbeschaffung der Räder und zur Ermittlung der Täter dienen können.

Berichtigung. Zu der vom Kriminalamt in den Tageszeitungen am 4. 2. 1928 erlassenen Warnung vor einem angeblichen Chauffeur Neumeister wird mitgeteilt, daß der Chauffeur Erich Neumeister, Leipzig, Richard-Wagner-Straße 10 wohnhaft, als Täter nicht in Frage kommt. Der angebliche Neumeister suchte die Bekanntschaft junger Mädchen und verübte dann bei deren Bekannten und Verwandten, die er aufsuchte, Diebstähle.

### Kampf dem Reichsschulgesetzentwurf

Der Leipziger Lehrerverein veranstaltet am Freitag, dem 10. Februar, 20 Uhr, in Gemeinschaft mit den weltlichen Elternräten

fünf öffentliche Unterhaltungssabende, und zwar

- im Westen: Deutsches Haus,
- im Osten: Reichshallen,
- im Südosten: Löwenpalast,
- im Zentrum: Volkshaus,
- im Südwesten: Reichsverweiser.

Im Mittelpunkt steht eine Ansprache über die Probleme des Reichsschulgesetzes; die Umrahmung geben künstlerische Aktionen, Gesang, Instrumentalmusik, turnerische Vorführungen. — Eintritt frei.

## Sächsische Angelegenheiten

### Die „Sachsenkündchen“ für die Tämemörder

In Elbsforen, der Residenz von Max Heldt, haben die sogenannten Polizeikundlichen Verbände eine Kundgebung zugunsten der zum Tode verurteilten Tämemörder Schulz und Konsorten, die gegenwärtig im Gefängnis Plötzensee bei Berlin sitzen, abgehalten. Dieses umfangreiche Pamphlet spricht davon, dass Schulz und seine Mordkomplizen „in Notwehr für Vater und Staat gehandelt“ haben, und Klingt dann schließlich in der Forderung aus: „Schulz und seine Gesährten dürfen nicht fallen!“

Natürlich ist dieser überflüssige Prokrustus schon bestanden hervor, so ist noch verwunderlicher, die Namen jener angeblich politisch neutralen Vereine zu lesen, die diesen Appell, der besonders an die Tränenräuber der Hurra- und Prozentpatrioten gerichtet ist, unterschrieben haben. Wir lassen die interessante Galerie der Unterzeichner auszugewischen folgen. Da glänzt neben dem Allgemeinen Handwerkerverein der Allgemeine frisch-kommunistische Turnverein Dresden, dann befinden sich die Freunde Rielichs, der Bund Oberland, bei den Unterzeichnern. Dass der Katholische Gesellenverein und der Königin-Luisen-Bund, die doch sonst vor Moral besonders trüben, für diese Sorte „Schüler von Volk und Vaterland“ mit eintreten, versteht sich am Rande. Und wenn die Reaktion aufmarschiert, dann dürfen die Offiziere der polnischen Armee, die so gern von der Republik rechte setzte Pensionen erhalten, nicht schulen. Da gibt es die Unterzeichner von einem Deutschen Offiziersbund, einem Nationalverband deutscher Offiziere, einem Reichsoffizierbund. Schließlich glänzt auch noch der Name des neuen Sächsischen Lehrervereins neben vielen anderen Organisationen. An sich kein Wunder. Eine Organisation, die die Prügelstrafe propagiert und für deren Notwendigkeit mit Entschiedenheit eintritt, muss selbstverständlich auch die Mordtaten völkischer Landsknechte billigen und damit eine Begründung finden. Dass der Nationale Klub von Sachsen, jener samele Verein, dem der rühmlich bekannte Herr Löffler und der Lump Meißner angehörte, nicht fehlen kann, ist bei der Einstellung seiner Mitglieder eine Selbstverständlichkeit. Den Reigen der Protestier beschließen Stahlhelm, Wehrwolf und Elbgau-Sängerbund.

Sehr richtig mahnt die Zittauer Demokratische Morgenzeitung, dass man sich die Namen jener Gesang- und Turnvereine sowie der übrigen sonst politisch neutral sein wollenden Verbände wird merken müssen, die diese Aktion zugunsten völkischer Mordbuben unterstützen.

### Das Polizeibeamtengesetz vor dem Rechtsausschuss

Am Mittwoch besonderte der Rechtsausschuss die erste Beratung des Polizeibeamtengesetzes. Es lagen eine große Anzahl sozialistischer und kommunistischer Abänderungsanträge vor, mit denen die Linke eine Verbesserung der Regierungsvorlage erstrebt. Von der Rechten wurden Anträge gestellt, die auf eine Verschlechterung der Vorlage hinausliefen. Die Kommunisten beantragten die Streichung der meisten Paragraphen, so dass eigentlich von dem Gesetz nur übrig geblieben wäre:

§ 1 (in veränderter Fassung), in dem festgestellt ist, welche Beamten von dem Gesetz erfasst werden,  
§ 3, nachdem der Eintritt in die Landespolizei frühestens vom 29. Lebensjahr ab erfolgen soll,  
§ 7, nachdem die Offiziere durch die Mannschaften gewählt werden sollen,  
§ 16, der die Dienstaltergrenze für Polizeibeamte auf das 60. Lebensjahr festsetzt,  
§ 18, der das Aufgehalt der Polizeibeamten regelt,  
§ 19 und 20, die das Verhältnis der Gemeindepolizeibeamten bestimmen.

Dazu kamen noch einige Entschließungsanträge der Kommunistischen Partei.

Waren die kommunistischen Anträge angenommen worden, so hätte sich ein Gesetz ergeben, das in keiner Weise als gesetzliche Regelung der Materie hätte anerkannt werden können. Das haben die Kommunisten auch selbst eingesehen, deshalb haben sie den größten Teil der vom Verband sächsischer Polizeibeamter zu dem Gesetz gestellten Abänderungsanträge als Eventualanträge eingebaut. Die Sozialdemokratische Partei hatte die von der Polizeigewerkschaft formulierten Anträge angenommen, dazu aber eine Anzahl eigener Anträge gestellt, die in manchen Punkten wesentlich von denen der Polizeigewerkschaft abweichen. Von den Koalitionsparteien hatten die Deutschnationalen einen Teil der Anträge des Polizeiflüstersvereins übernommen.

Die Regierung blieb im allgemeinen, trotzdem der Minister es in schönen Worten nicht fehlten ließ, bei ihrer unveränderten Vorlage. Es kostete sogar Mühe, die Bestimmungen in das Gesetz zu bringen, die im preußischen Polizeibeamtengesetz für die Beamten günstiger sind, als in der sächsischen Regierungsvorlage; das ist sogar nicht einmal in allen Punkten gelungen. Bei der Beratung des § 17 der Regierungsvorlage, die die Herabsetzung der Dienstaltergrenze der Polizeileutnants- und Oberleutnants auf 49 Jahre bedeutet, erklärte Beihle, es läge kein Anlass vor zu einer so weit-

gehenden Verkürzung. Als aber der Innenminister darauf erwiderte, sein Vorgänger Max Müller habe die Dienstaltersgrenze noch weiter herabgesetzt, sich Beihle seine erste Auffassung fallen und erklärte, er sehe ein ihm.

Die Abstimmung ergab, dass die Regierungsparteien ja fast alle Anträge ablehnten, die die Regierungsvorlage verfehlten sollten. Nur in einigen unwesentlichen Punkten, für die selbst die Regierung die Veränderung wünschte, wurde die Vorlage verbessert. Wie reaktionär die Landtagsmehrheit ist, geht aus folgendem Beispiel hervor. Im preußischen Gesetz ist gelöst, dass die allgemeinen Vorchriften über Einstellung, Anstellung, Aussbildung, Beförderung u. a. erstmalig dem Landtag vorzulegen sind. Die Sozialdemokraten beantragen für Sachsen eine gleiche Regelung. Der Antrag wurde abgelehnt. Verschiedene Anträge, die den leichten Rest von Selbstverwaltungrecht der Gemeinden auf dem Gebiete der Polizei sichern wollten, wurden ebenfalls abgelehnt. Die Regierung teilte dabei mit, dass nach den Bestimmungen der Entente aus Sachsen 7650 staatliche Polizeibeamte, 2300 Gemeindepolizeibeamte und 1200 Nachtwächter und Feldhüter entfallen.

Das Gesetz wird zunächst noch eine zweite Lesung im Rechtsausschuss erfahren, zu der von der sozialdemokratischen Fraktion noch eine Anzahl Abänderungsanträge gestellt sind. Freilich besteht kaum Aussicht, dass in der zweiten Lesung eine wesentliche Verbesserung des Gesetzes erreicht werden kann.

Zur Auswahl der Lehrer für die republikanische Landespolizei verlangte ein sozialdemokratischer Antrag, dass nur Lehrer beschäftigt werden, deren republikanische Gehinnung außer allem Zweifel steht. Im besonderen verlangt der sozialdemokratische Antrag, dass beim Staatsbürgerschulunterricht auf die Festigung der republikanischen Treue hingewirkt wird. Dieser Antrag wurde von allen Parteien mit Einchluss der Kommunisten abgelehnt, die Kommunisten hatten ebenfalls einen Antrag gestellt, der auch abgelehnt wurde. Als dann die Demokraten einen Antrag stellten, der immerhin die republikanische Erziehung der Polizei verlangt, stimmten die Kommunisten auch gegen diesen Antrag, so dass also alle Anträge abgelehnt worden sind.

### Unsere Jugendschutzforderungen

Der Auszug A des sächsischen Landtages lehnte am Mittwoch nach längerer Aussprache die vom Landes-Ausschuss der Jugendverbände erheblichen, von der Sozialdemokratischen Fraktion formulierten und eingereichten Anträge mit den Stimmen der Linken gegen die Stimmen der Koalition ab.

Die Anträge der SPD auf Festlegung ausreichender Arbeitspausen, Verbot der Nachtarbeit, Verabschaffung eines Berufsausbildungsgesetzes im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen, Aufhebung aller mit Art. 159 der Reichsverfassung in Widerspruch stehenden Bestimmungen wurden angenommen.

Weiter fanden Annahme die Anträge der SPD, die den verschaffungsschichtlichen Schutz der Jugend, Schuhmahnnahmen für Jugendliche, die keiner Glaubensgemeinschaft angehören, Einrichtungen zur gesundheits- und sportärztlichen Untersuchung forderten. Außerdem wurden angenommen die sozialdemokratischen Anträge auf Schaffung von Jugendherbergsheimen und auf Ausbau der Jugendherbergen. Der Antrag der SPD, die Schuleit in die Arbeitszeit zu versetzen, fand Ablehnung, weil der Demokrat und Lehrer Claus aus Leipzig dagegen stimmte.

Abgelehnt wurde ebenfalls der Antrag der SPD, auf die Gemeinden in dem Sinne unserer Anträge einzurufen.

Herr Voigt von der Volkspartei, nebstbei christlicher Gewerkschaftsführer, hatte die Aufgabe, die sozialdemokratischen Anträge zu bekämpfen. Die Unternehmer werden mit dem Erfolg zufrieden sein, die Jugendverbände und deren Mitglieder werden feststellen müssen, dass es den Vertretern des sächsischen Bürgertums nicht ernst war, die Forderungen der Jugend zu erfüllen.

Als Erfolg für die klaren präzisen Anträge der sozialdemokratischen Fraktion nahm der Ausschuss einen verwischten, nichtslogenden Antrag der Koalitionsparteien an.

Selbstverständlich hat die sozialdemokratische Fraktion ihre Anträge für das Plenum aufrechterhalten, so dass die Parteien Gelegenheit gegeben ist, bis zur Verabschaffung dieser Anträge ihre Stellungnahme zu prüfen.

### Züglich schreien!

In fetten Überschriften bringen bürgerliche Zeitungen auf der Titelseite den Brief des sächsischen Gesandten Dr. Grädauer an den Reichsnährungsminister Schiele über die Not der sächsischen Landwirtschaft. Die Organisation der Landbündler kläfft. Was mit den Bündlerparaden in Berlin und in Dresden in Szene gelegt wurde, findet jetzt mit Hilfe des Ministers aus agrarischen Kreisen seine Fortsetzung. Die Bündlerorganisation kommandiert: Schreien! Züglich schreien! Die Minister helfen dabei! Krug v. Ridda hat dafür gesorgt, dass der sächsische Gesandte in einer Unterredung mit Schiele die Wünsche und Forderungen der agrarischen Organisation bei der Reichsregierung vertrat. Es sind die bekannten Hilfsmahnahmen, die praktisch auf Verteuerung der Lebensmittel und auf Herabdrückung der Lebenshaltung der breiten Masse der Bevölkerung hinzu laufen. Bemerkenswert an der ganzen Aktion ist vor allem die Tatsache, dass bisher kein Fall vorliegt, wo sich die Heldskoalition auch nur mit annähernd so viel Energie wie hier, der Not der arbeitslosen oder arbeitenden und doch hungrigen Arbeiterbevölkerung angenommen hätte.

### Der Mieter mit Gewerberäumen

Am Donnerstag voriger Woche wurde im Landtag über Mieterschutz verhandelt, wobei auch ein sozialdemokratischer Antrag auf Schutz der gewerblichen Mieträume zur Beratung stand. Gegenüber Müller-Planck konnte darauf hinweisen, dass in Chemnitz 149 Prozesse von Gewerberäumnehmern gegen die Miet erhöhungen vorliegen. In einer Anzahl von Fällen sind Klagen wegen Wuchers erhoben worden. Als Beispiele werden angeführt:

Hausbesitzer Jöllnors Erben, Chemnitz, Am Plan, 1400 Mark. Durch Abendvertrag werden noch 10 500 Mark Rente gezahlt. Gefordert werden 22 000 Mark.

Hausbesitzer Esterling, Chemnitz, Annenstraße 28, kündigt dem Gastwirt Spiegel, Rothenaustraße, Friedensmiete 5200 Mark. Gefordert werden über 7000 Mark. Geboten sind 9000 Mark.

Hausbesitzer Oskar Pehold, Chemnitz, Innere Johannisstraße 15, kündigt dem Kunstgewerbehaus Rudolf Bleger, Friedensmiete 7500 Mark. Der Laden soll gegenwärtig 20 000 Mark kosten.

Hausbesitzer Karl Küller, Chemnitz, Annaberger Str. 63, kündigt dem Strumpffabrikanten Max Pohlert seine Gewerberäume auf. Friedensmiete beträgt 3500 Mark. Es sollen angeblich Autogaragen hineingebaut werden. 23 Arbeiter werden batlos.

Hausbesitzer Leopold Eger, Chemnitz, Heintz-Berndstraße 1, kündigt dem Galanteriewaren-Geschäftshaber Max Poller, Zimmerstraße 2, seine Gewerberäume. Friedensmiete 7100 Mark. Gefordert werden 10 500 Mark.

Hausbesitzer Frau verm. Hettwer, Chemnitz, Neuhofe Johannisstraße 4, kündigt dem Hutmachergeschäft Eßler den Laden. Friedensmiete 2200 Mark. Verlangt werden 4500 Mark, außerdem jährlich 1600 Mark Mietzinsteuer.

Hausbesitzer Höß, Chemnitz, Wiesenstraße 9, verlangt von einem Mieter Uhlemann, Möbelgeschäft, 25 000 Goldmark Miete. Friedensmiete 5700 Mark! Während der Inflation sind 25 000 Papiermark gezahlt worden. Gegenwärtig werden 10 000 Mark gezahlt.

Dies sind nur einige Proben, die beliebig vermehrt werden können.

Was das Wucher oder nicht?

Schuld an diesen Auswirkungen sind die Parteien, die im Landtag die Lockerungsverordnung beschlossen haben. Die Lockerungsverordnung wurde von allen bürgerlichen Parteien beschlossen. Auch die Demokraten, die Aufwarter und die sogenannten Altsozialisten haben ihre Zustimmung gegeben. Darauf ändert nicht, dass einige dieser Parteien jetzt vor den Auswirkungen bangen wird und sie sich aus der Macht zu ziehen versuchen.

Die Lockerungsverordnung gehört mit zu den übelsten Kapiteln dieser Koalitionsregierung und der Mehrheit, die hinter der „Mehrheit des Burghauses und der Volkgemeinschaft“ steht.

### Am den Reichszuschuss zur Leipziger Messe

Die Deutsche Volkspartei hat im Landtag eine Frage eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, was sie zu tun gedenkt, jetzt, nachdem der Haushaltsschuss des Reichstages den Zuschuss für 1928/29 in Höhe von 2 Millionen Mark gefasst hat, trotz dieser Streitigung einen Zuschuss für die Leipziger Messe durch das Reich herbeizuführen.

### Geplanter Zusammenschluss

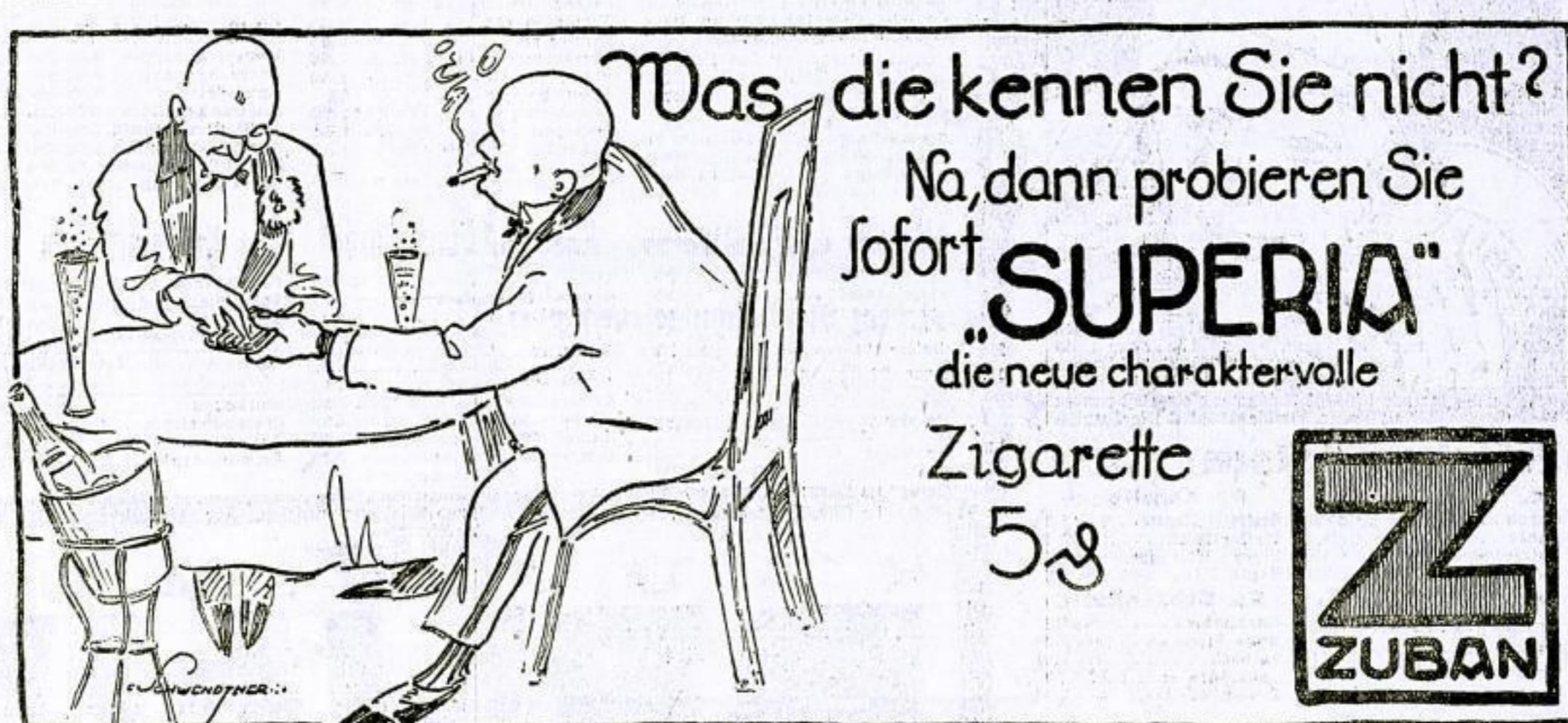
In Reichenbach fand Ende Januar eine gemeinschaftliche Besprechung der Vertreter der städtischen Kollegien von Reichenbach, Wilsa und Neusalza über die Frage der Verabschaffung der drei Gemeinden statt. Die hohe wirtschaftliche Bedeutung dieser Frage wurde einstimmig anerkannt. Außerdem wurde aber auf die lokalen Schwierigkeiten hingewiesen, die dieser Frage zur Zeit teilweise noch entgegenstehen. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, die Frage weiter eingehend zu prüfen und zu behandeln. Welchen Namen wird wohl die neue Stadt beim Zustandekommen einer Verabschaffung der drei Gemeinden erhalten?

Wahl des Ausschusses des Landesversicherungsamt. Gemäß der Verordnung des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums wird bekanntgegeben, dass für die Wahl der Mitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsamt Sachsen Vertreter für den Stimmbezirk der Stadt Leipzig Direktor Frohberger ist.

Kamenz. Ein ungetreuer Bürgermeister. In der Gemeinde Wilsa wurden umfangreiche Verfehlungen des Bürgermeisters entdeckt, die bisher auf 27 000 Mark beziffert werden. Der Bürgermeister wurde seines Postens entbunden.

Chemnitz. Wegen Beihilfe zum Mord. Auf Ersuchen der Kriminalpolizei Stettin wurde ein 27 Jahre alter Aufsicht aus Stettin wegen Beihilfe zum Mord festgenommen. Er wurde den Gerichtsbehörden übergeben.

Oberwiesenthal. Todesprung. Beim Sprung auf einem Stielde am 27. Februar kam der aus Gera stammende 19 Jahre alte Kurt Arnhold zu Fall, brach sich die Wirbelsäule und verstarb bald danach.



## Wo ruft die Pflicht?

Frauen.

**Löhnig.** Montag, 12. Februar, 20 Uhr, im Kinderheim, Arbeitsgemeinschaft mit Gen. Kammer: Das Arbeiterkind und die bürgerliche Gesellschaft.

Jungsozialisten.

**Zentrum.** Freitag, den 10. Februar, 19.30 Uhr, im Töpferheim, Diskussionsabend.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

**Freitag,** den 10. Februar, 20 Uhr, Heißergesamtkunst im Volkshaus. — Der Sprechchor für "Seid geweih't" muß aber an diesem Tage unbedingt 19.30 Uhr in der 1. Volkschule (Poststrasse) zur Probe erscheinen!

**Cossmuth.** Montag, den 13. Februar, 19 Uhr, findet unsere Mitglieder-Hauptversammlung mit Lichtbildvortrag in der 6. Volkschule, Herderstraße, statt.

**Schönfeld.** Gruppe Othello, Freitag, 14.30 Uhr, Treffen Stadelplatz, zum Baden im Ostbad. — Am Sonntag gehen wir zum Kinderfreunde-Nachmittag ins Gohliser Heim. Treffen 14 Uhr am Stadelplatz.

Sprechchor zur Jugendweihe.

Heute, 19.30 Uhr, in der 1. Volkschule, Poststrasse, Probe zu "Seid geweih't". Alle, auch die Hölle der Kinderfreunde müssen erscheinen.

### Mitglieder-Veranstaltungen

**Stötterich.** Sonnabend, den 11. Februar, 20 Uhr, im Brauereigarten, Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Stadtverordneten Flechner über sozialdemokratische Kommunalpolitik. Stellungnahme zur Wahl des Unterbezirksvorstandes und der Reichstagsabgeordneten.

### Rundfunkprogramm

**Freitag,** den 10. Februar, Unterhaltung und Belehrung: 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagessprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Weiterdienst und -vorauslage (Deutsch und Esperanto), Schneebüchse und Wasserstandsmeldungen 12 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Vog. A.G., Berlin. 12.45 Uhr: Neuerer Zeitzeichen, 13.15 Preise und Börsenbericht. 13.15–15.30 Uhr: Proben aus den Neuerscheinungen auf dem Musikalienmarkt. 16.30–18 Uhr: Konzert. (Von 17 bis 18 Uhr: Uebertragung auf den Deutschen Rundfunk.) Mitwirkende: Dresdner Streichquartett (Kreisler, Schneider, Kipphahn, Kropshoff). 18.05–18.30 Uhr: Teleproben aus den Neuerscheinungen

auf dem Büchermarkt. 18.30–18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studenten-Kriebel und Victor Mann; English für Fortgeschrittenen 19–19.30 Uhr: Vortragsserie: "Einführung in die Phonetik der deutschen Sprache". 3. Vortrag: Prof. Dr. Otto Bremer von der Universität Halle: "Betonung und Tonfall". 19.30 Uhr: Volksbürtiges Orchesterkonzert. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber. 1. Thomas: Ouvertüre "Raymond". 2. Kienz: Suite in Tanzform: a) Fantasietanze; b) Steiertanz; c) Deutscher Tanz; d) Kleiner Walzer; e) Canonisch; f) Walzer; g) Slawisch; h) Kroaten-Tanz. 3. Verdi: Vorpiel zum 1. und 3. Akt, Ariu und Chor aus der Oper "La Traviata". 4. Wagner: Vorspiel zum 3. Akt, Tanz der Lehrbuben und Aufzug der Jünfte aus "Meistersinger von Nürnberg". 5. Mascagni: Intermezzo aus der Oper "Freund Fritz". 6. Brahms: Ungarische Tänze. 21–22 Uhr: Sinfoniekonzert. Dirigent Alfred Schindel. Solist: Horizel von Reuter (Violine). Orchester: Das Leipziger Sinfonie-Orchester. 1. Braunschweig: Karneval-Ouvertüre. 2. Max Bruch: Schwäbische Fantasie; I. Einleitung, Adagio, II. Tanz, Allegro, III. Andante lento, IV. Finale. Allegro queriero. 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.45 Uhr: Tanzschlafkurs: Blaue Vollton. 22.30–24 Uhr: Tanzmusik. Jeuner-Gründenberg-Orchester.

## Die Unfallrente der Landarbeiter

SPD Für eine gerechte Berechnung der Unfallrente des Landarbeiter führt der Deutsche Landarbeiter-Verband seit einiger Zeit einen energischen Kampf. Er verlangt, daß die Unfallrenten nicht mehr nach dem sogenannten durchschnittlichen und vom Oberversicherungsamt festgesetzten Jahresarbeitsdiensttag berechnet werden, der vielfach mehrere Hundert Mark unter dem wirklichen Jahreseinkommen des Landarbeiter liegt, sondern daß die Berechnung unter Zugrundelegung des wirklichen Jahreseinkommens des in Frage kommenden Landarbeiters erfolgt. Bei einigen Oberversicherungsaemtern, so in Ostpreußen, in Westfalen und im Kreisamt Sachsen, hat der Deutsche Landarbeiter-Verband Erfolg gehabt. Man hat sich dort entschlossen, die durchschnittlichen Jahresarbeitsdiensttage zu erhöhen.

So sollen in Westfalen vom 1. Januar ab folgende durchschnittlichen Jahresarbeitsdiensttage gelten: für männliche landwirtschaftliche Arbeiter über 21 Jahre 1029 Mt., bisher 780 Mt.; von 16 bis 21 Jahren 771 Mt., bisher 585 Mt.; unter 16 Jahren 516 Mt., bisher 490 Mt.; für weibliche landwirtschaftliche Arbeiter über 21 Jahre 870 Mt., bisher 690 Mt.; von 16 bis 21 Jahren 651 Mt., bisher 495 Mt.; unter 16 Jahren 455 Mt., bisher 390 Mt. Im Kreisamt Sachsen sind am 1. Dezember 1927 folgende Tage in Kraft getreten: für männliche Landarbeiter über 21 Jahre 1020 Mt., bisher 900 Mt.; von 16 bis 21 Jahren 744 Mt., bisher 600 Mt.; von 14 bis 16 Jahren 543 Mt., bisher 480 Mt.; für weibliche Landarbeiter über 21 Jahre 678 Mt., bisher 600 Mt.; von 16 bis 21 Jahren 645 Mt., bisher 570 Mt.

Wie sich die neu festgelegten durchschnittlichen Arbeitsdiensttage bei der zukünftigen Berechnung der Unfallrenten auswirken, mögen folgende Beispiele voranführen: In Westfalen belastet je nach einem verunglückten Landarbeiter über 21 Jahre bei vollständiger Erwerbsunfähigkeit 66% Prozent von dem sich auf 780 Mt. belaufenden durchschnittlichen Jahresarbeitsdiensttag, also 520 Mt. Zukünftig wird er 61% Prozent von dem sich auf 1029 Mt. belaufenden Jahresarbeitsdiensttag, d. h. 638 Mt. bekommen. In Ostpreußen belastet bis jetzt ein verunglückter Landarbeiter über 21 Jahre bei vollständiger Erwerbsunfähigkeit 66% Prozent von dem sich auf 900 Mt. belaufenden Tag, gleich 600 Mt. Zukünftig wird 66% Prozent von dem sich auf 1020 Mt. belaufenden Tag, gleich 680 Mt. erhalten.

Das ist fraglos ein beachtenswerter Erfolg. Genügend ist es jedoch erst dann, wenn die Unfallrente in der Landwirtschaft unter Zugrundelegung des wirklichen Verdienstes berechnet wird. Wenn den Oberversicherungsaemtern der Mut zur Rechnung zeitgemäßer Berechnungstage fehlt, müssen sie es der Deffentlichkeit sagen; denn der Deutsche Landarbeiter-Verband wird nicht eher ruhen, bis den Landarbeitern die Unfallrenten wirklich gerecht berechnet werden.

# Frischfleisch

aus eigenen Schlachtungen

### Schweinefleisch

Rotelett .....	Pfd. 1.30
Lende .....	Pfd. 1.80
Schnitzel .....	Pfd. 1.80
Ramm, ohne Beilage .....	Pfd. 1.20
Bauch, ohne Beilage .....	Pfd. 0.96

### Rindfleisch

Suppenfleisch (Bauch, Flanke, Querrippe) .....	Pfd. 1.10
Hohe Rippe .....	Pfd. 1.24
Roastbeef, mit Knochen .....	Pfd. 1.28
Roastbeef, ohne Knochen .....	Pfd. 1.52
Lende .....	Pfd. 1.80

# Gefrierfleisch

billiger

### Gefrier-Rindfleisch

Bratenfleisch ohne Knochen .....	Pfd. 1.00
Rouladen .....	Pfd. 1.10
Suppenfleisch .....	Pfd. 0.60

### Gefrier-Hammelfleisch

Bauch .....	Pfd. 0.85
Schulter .....	Pfd. 0.85
Rücken .....	Pfd. 0.85
Reule .....	Pfd. 0.95

### Kalbfleisch (Frischfleisch)

Ramm .....	Pfd. 1.10
Brust .....	Pfd. 1.10
Reule .....	Pfd. 1.40
Schnitzel .....	Pfd. 2.00

### Schmar, Fettes ohne Schwarte

Pfd. 80

### Wurstwaren

Landblutwurst .....	Pfd. 0.80
Thüringer Blutwurst .....	Pfd. 1.20
Hauschlachtene Blutwurst .....	Pfd. 1.60
Weiß- und Grießfett .....	Pfd. 1.10
Wurstfett .....	Pfd. 0.60

Landleberwurst .....	Pfd. 0.80
Hausmacher-Leberwurst .....	Pfd. 1.20
Sardellen-Leberwurst .....	Pfd. 1.60

Schwarzfleisch .....	Pfd. 1.40
Schinkenspeck .....	Pfd. 1.40

## Konsum-Verein Leipzig-Blasewitz

und Umgegend E. G. m. b. H.

Aufgabe nur an Mitglieder — Aufnahmen in allen Verteilungsstellen

# Frisch-Fleisch

Fabelhaft billig

## Schweinefleisch

Bauch	... Pfund	78	Rückenfett	... Pfund	75
Keule	... Pfund	88	Fettes m. Schmer	... Pfund	80
Rücken	... Pfund	98	Koteletts	... Pfund	1.18

## Unser Schlager: Frisches Rindfleisch

Gut abgehängt und schön durchwachsen	
Kochfleisch	... Pfund 85
Gehacktes	gar. rein Pfund 88
Schmorfleisch	ohne Knochen Pfund 1.20
Roastbeef	oh. Knochen Pf. 1.25
	Pfund 1.85

## Kalb

Vorderfleisch	Pfd. 1.10
Rücken oder Keule	Pfd. 1.30

## Hammel

Ragout	Pfd. 88
Rücken oder Keule	Pfd. 1.10
Fetter Speck	Pfd. 98
Magerer Speck	Pfd. 1.28
Schinken-Speck	Pfd. 1.48
Salt-Schinken	m K Pfd. 1.68
Gek. Schinken	Pfd. 48

## Außerdem extra billige Lebensmittel

Junge Schnittbohnen	55	Apfelmus	70	Tafel-Margarine	48
Junge Schnittbohnen	88	Pflaumen	70	Kokosfett	55
Bayr. Pfifferlinge	95	Pflaumen ohne Stein	95	Schweizerkäse	74
Gemüse-Erbsen	60	Birnen 1/2 Frucht	98	Molkereibutter	90
Junge Erbsen mittel klein	1.05	Ananas	1.35	Amerik. Schmalz	78
Kaiserschoten	1.68	Brech-Spargel	1.98	Tafelfelgen	28
Spinat	50	Stangen-Spargel	2.18	Datteln	65
Leipziger Allerlei mit Spargel und Morchel	95	Stangen-Spargel extra stark	2.98	Orangen	48
Tomaten-Puree	58	Aprikosen-o. Erdbeer-Konfitüre	1.25	Hustenbonbon	50
Karotten	38	Konfitüre Elmer 1.45		Hiller Dreieck-Krokant	45

Bratheringe Bismarckheringe  
Rollmops, Kronen-Sardinen,  
Heringe in Gelée

85

Im Imbißraum 1/8 Pfd. gekochter Schinken m. Brötchen 25



Telephonische Bestellungen 709 41.

## Umfällige Bekanntmachungen

Die Firma Böllner & Calou in Liebertwolkwitz beabsichtigt, in dem unter Nr. 80 C-D der Ortsliste für Liebertwolkwitz verzeichneten Grundstücks einen Generations-Ringofen zu errichten. Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung wird dies mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf Privatrechts-Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Errichten dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen.

Leipzig, am 8. Februar 1928.  
Die Amtshauptmannschaft.

Zu unserer Neubauten in der Waldbautehne in L. Schönsfeld sollen die Maurerarbeiten und Zimmerarbeiten

vergeben werden. Die Anschläge sind vom 9. bis 11. Februar 1928 in der Zeit von 9 bis 1 Uhr in der Geschäftsstelle Leipzig, Querstraße 18, abzuholen. Die Hinterlegungsgebühr für einen Anschlag AMT. 10.-

Bauverein zur Beschaffung preiswerter Wohnungen C. G. m. b. H. Leipzig C. 1, Querstraße 18. Tel. 21366

Lautha. Für die Errichtung von fünf bzw. 4-geschossigen Wohnhäusern in Lautha in der Lindenstraße sollen die Malerarbeiten und Gardinen-einrichtungen vergeben werden. Kostenanschläge hierüber können — solange der Vorrat reicht — vom Freitag, dem 10. Februar 1928, früh ab im heutigen Stadtbauamt — Rathaus, Zimmer 14 — gegen eine Gebühr von 2 RM. bzw. 50 Pf. entnommen werden. Die Anschläge sind bis Sonnabend, den 18. Februar 1928, vormittags 11 Uhr, ausgefüllt wieder zurückzugeben. Um diese Zeit erfolgt Definition der Angebote. Jede Entschließung bleibt vorbehalten.

Stadtrat Lautha.



SONDER & CO  
Leipzig, Petersstraße 16

1. Etage

## Familien-Nachrichten

Am 6. Februar 1928 verstarb unser im Ruhestand lebender früherer Mitarbeiter, der Bäcker

### Oskar Jäcklin

35 Jahre stand er unermüdlich und treu im Dienste unserer Idee. Wir werden seiner immer ehrend gedenken.

Gesamtverwaltung und Personal des Konsum-Vereins L.-Plagwitz u. Umgeg. e. G. m. b. H.

Die Geburt eines straffen Republikaners zeigen an

Markranstädt, den 7. Februar 1928  
Lützner Straße 44, I.

Kurt Engelhardt  
und Frau geb. Beyer.

Am 7. Februar, abends 11 Uhr, starb nach langem, schwerem Leiden mein geliebter guten Gatte, unser lieber treusorgender Vater und Schwiegervater, Herr

Robert Otto Lämmer

Leipzig, den 8. Februar 1928.

In tiefer Trauer

Margarete Lämmer  
geb. Hulda, und Kinder.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, 11. Febr., vorm. 10 Uhr, statt.

## Freude und Leid

verkündet Verwandten und Bekannten die

### Familien-Anzeige

ff. Ungar. Hafermast-Gänse a Wib. 95 Wfa. ausgetilftet 1.15 M. Klett, Markthalle, Galerie 105-106.

Bitte schicken Sie den Text Ihrer

## Anzeige

bis 9 Uhr vorm. des betreffenden Tages ein, damit wir sie wunschgemäß und

## wirkungsvoll

gestalten können!

Dank. All den Lieben, welche uns beim Hinscheiden unsros geliebten Gatten und Vaters, des Kürschers

Kurt Quaas

durch Geleit, Blumen und Geldspenden sowie durch warme Worte zu trösten suchten, unsern herzlichsten Dank.

In stiller Trauer

Martha Quaas und Söhne  
nebst Verwandten.

Kakao	... Pf. 98
Eier-Makkaroni	... Pf. 65
Backpflaumen	... Pf. 35
Birnen	... Pf. 90
Aprikosen	... Pf. 1.20
Mischobst	... Pf. 65 50
Vollreis	... Pf. 25
Kaffee gebr.	1/2 Pf. 1.20 1.10

10 Stück Matjes-Heringe 48

Weizenmehl	95
K.-R.-Kehl	125

## Stellenangebote

Für sofort werden gesucht:

## Mehrere Graveure

für Gold- und Silber Flachstich und Monogramme

sowie

## Mehrere Nadler

für Fahrstuhlgitter.

Mit Wohnungsmeldeschein u. Arbeitszeugnissen in der Zeit von 8 bis 15 Uhr zu melden beim

## Arbeitsamt Leipzig

Fachabteilung für die Metallindustrie

Tröndlinring 1, I.

## Tümlicher

## Brunnenbauer

der mit Dampffreibagger vertraut ist, für Ausführung eines großen Schachtbrunnens sofort gefücht.

AGWA, Petersgr. Thomastrich 20.

## Aufwartung

Zwei u. unabh. 2x4 Sdm. wöch. gal. zu melden. Freitag v. 17-19 Uhr. Schiffel, Jonasstraße 6, II.

## Verkäufe

Auf Kredit

Schlafstühme

Rücken

mit 5 Mark Abzahlung

Welt-Mark-Endlasse

Hans Hoffmann

Salmstraße 10, I. Stock

## Land-Gier

hat abzug. Markthalle, Galerie,

Stand Nr. 105-106

## Von Herrschatten

wenig getragene

Herr- u. Damen-

Garderobe

Mein Arbeit

zu leihen bll. Breit

Frack, Gehrock u.

Smoking-Anzüge

w. bill. verleihen

Friedmann

Rathskeller Steinweg 13, I.

Wald, Hirtelstr. 5, I.

Kein Laden.

## Empor zum Licht

Blüten zur Sonne

u. auf Schallplatte

Böhse, Schadow

# Französische Stabilisierung

## Nicht vor den Wahlen!

Von Paul Szende.

Paris, 7. Februar.

Am Tage, wo sich Poincaré seine große Rede zu halten anschickte, brachten die Morgenblätter die Nachricht, daß die Regierung des kleinen Luxemburg beschlossen hat, den luxemburgischen Franken zu stabilisieren. Alle Nachbarländer Frankreich haben dann gesetzlich stabilisierte Währung — auch der spanische Peseta nähert sich allmäßl. der Goldparität —, nur die französische Regierung geht den endgültigen Regelung des Währungsproblems folgerichtig aus dem Wege.

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, worüber ich bereits mehrere Artikel schrieb, daß Poincaré unter dem Druck des rechten Flügels seiner Regierung die Stabilisierung auf die Zeit nach den Wahlen verschieben will. Die amerikanischen Großbanken aber, die auf die endgültige Liquidierung des europäischen Währungschaos drängen, sind über diese Verschleppung sehr ungehoben. Der amerikanische Geschäftsmann hat für die Bedenken des Herrn Poincaré wenig übrig. Er versteht überhaupt nicht, wie man eine vom finanziellen Standpunkte aus notwendige Maßnahme von dem Ausfall der Neuwahlen abhängig machen kann, weil er sich überhaupt ein Parlament nicht vorstellen vermag — sei es ein altes oder ein neues —, das nicht gewählt wäre, die Wünsche und die Beschlüsse der Hochoffiziere durchzuführen. Viele Fachleute waren daher der Meinung, daß Poincaré sich unter dem Druck der amerikanischen Bankiers doch zwingen lassen werde, den Franken noch vor den Wahlen zu stabilisieren.

Die große Presse brachte anderseits schon seit mehreren Wochen authentische Informationen, daß Poincaré in seiner vorausgesagten großen Rede ein Wahlprogramm aufstellen und die bürgerlichen Linksparteien kategorisch auffordern werde, sich entgegen der Regierung anzuschließen, und im zweiten Wahlgang für die Parteien der nationalen Union und gegen die Sozialisten zu stimmen. Die „Radikalen“ sind aber in der letzten Zeit nervös geworden, aus den Wahlbezirken kommen lauter Hobsonnachrichten. Die Wähler sind gegen die Mehrheit der Partei, die durch die und dünn mit Poincaré geht, aufgebracht und verlangen eine linksgerichtete Politik. Im Ministerium stellen sich daher die radikalen Minister auf die Hinterbeine und stimmen gegen die Aufstellung eines Wahlprogramms. Man kam überein, daß Poincaré nur über die Finanzfragen sprechen solle.

Die große Rede wurde nun vom Stapel gelassen. Sie stellte die Nerven und die Geduld der Abgeordneten auf eine harte Probe. Poincaré sprach zwei Tage lang; Jahren und Statistiken häuften durch die Luft. Er rezitierte die Daten wie ein Schüler seine Lektion, immer gleichmäßig laut, immer in demselben Tonfall. Er verblüffte die Kammer durch seine Niederschlagsfähigkeit; für jede Partei, für jeden Beruf hatte er nur Komplimente und artige Worte; den Sozialisten gegenüber sprach er zweit sein Bedauern aus, daß sie in seine Regierung nicht eintreten, später aber lobte er sie, daß sie ihren Prinzipien treu blieben. Die erste Hälfte seiner Rede sprach, wie gewöhnlich, von Eigenlob; er folgte die altbekannten Zahlen über den Stand der Währung und des Staatshauses her. Er war erschöpft und furchtbar langweilig.

Erst am zweiten Tage schnitt er das Stabilisierungsproblem an. Es war zuerst die Frage auf, zu welchem Kurs man stabilisieren soll. Gegen den Plan einiger Exportindustrien, den Frankenkurs zuerst fallenzulassen und erst dann zu stabilisieren, wendete er im Brustton der Überzeugung ein, daß dies den Bankrott bedeuten würde. Eine Erhöhung des Frankenkursses — obwohl die ganze Welt weiß, daß dies der Lieblings-

gebante und das ursprüngliche Programm Poincarés war — erklärte er vom Standpunkt der Industrie aus bedenklich.

Die Stabilisierung zum heutigen Kurse ist nicht nur das Programm der Sozialistischen Partei und des Gewerkschaftsbundes, sondern auch der Wunsch der überwiegenden Mehrheit der produktiven Stände, der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels. Die wirtschaftlichen und finanziellen Argumente, die Poincaré gegen die sofortige Stabilisierung ins Treffen führte, waren nicht überzeugend, logar sindlich. Er ist gewöhnlich der größte Schmuckian, wenn es sich um die Erhöhung der Gehälter der Beamten handelt, doch jetzt hatte er auf einmal sein Herz für die Staatsangehörigen entdeckt. „Stabilisieren wir zu dem heutigen Kurse,“ so sagte er, „so müssen wir den Beamten Gehaltserhöhungen geben, da ihre Gehälter seit dem Kriege nicht in dem Maße gestiegen sind, in welchem der Franken fiel. Die Beamten haben auch ohne gelegentliche Stabilisierung das Recht, die Revolteierung ihrer Gehälter zu verlangen. Sie machen von diesem Rechte bisher immer Gebrauch, und auch der Gewerkschaftsbund verzicht seit Jahren die Forderung. Als die Sozialisten vor einigen Monaten diese Erhöhung mit der Begründung verlangten, daß die Budgetüberschüsse dafür die notwendige Deckung liefern, wies Poincaré diese Forderung zurück, weil die weiteren Erhöhungen den Erfolg der Stabilisierung in Frage hätten stellen können. Der zweite Einwand Poincarés war, daß gegen die sofortige Stabilisierung einige Kategorien der Rentner protestieren würden. Diesen Rentnern könnte aber nur durch die Steigerung des Frankenwertes geholfen werden, was anderseits eine furchtbare Industriekrise herausbeschwören würde.

Poincaré wußte selbst, daß seine wirtschaftlichen Gründe niemanden überzeugen werden, und er ging sofort zu den politischen Argumenten über. Über die Stabilisierung soll die nächste Gesetzesgebung entscheiden, erklärte er. Wann über? Sofort nach den Neuwahlen? In dieser Beziehung drückte er sich äußerst vorsichtig aus und sagte nur soviel, daß die Stunde kommen wird, wo die nächste Gesetzesgebung sich mit Währungsfragen beschäftigen kann. Doch muß die Stabilisierung in einer Zeit durchgeführt werden, wo sie keine Störungen im wirtschaftlichen Leben mehr verursachen könne. Die weiteren Bedingungen Poincarés sind noch handgreiflicher. Die Erfüllung dieses Programms setzt den vollständigen Frieden sowohl in der inneren als auch in der äußeren Politik voraus. Jede Spaltung der inneren Krise, jede soziale Entzweiung würde katastrophale Folgen haben.“ Poincaré wiederholte wie ein gelehriges Schulkind die Schlagworte, die die Vertreter der Reaktion seit Monaten im Wahlkampf verklenden. Wollen die Linksparteien sich dem Burgfrieden, der die Vorherrschaft der politischen und sozialen Reaktion bedeutet, unterwerfen, dann wird es eine Stabilisierung geben; wenn nicht, dann nicht!

## Deutsche Kunstseide in Butter

Die internationalen Börsen sind verstimmt gegen die Aktien der Kunstseidefabriken. Aus London werden Kurstürze gegen die Aktien der Célanse-Gesellschaft und der Anteile des großen Courtaulds-Truhs gemeldet. In Italien sind die Kurse der Seta Viscosa rückläufig. Die leichten Tage haben auch an der Berliner Börse einen Kursabfall für deutsche Kunstseideaktien gebracht. Sollte etwa eine Höhebämmezung des Kunstseidelkapitals angebrochen sein? Man ist in manchen Kreisen geneigt, den ungünstigen Geldüberschluß der Seta Viscosa, die für das letzte Geschäftsjahr ohne Dividende blieb, anstatt auf die italienische Deflationstrafe auf eine Sättigung der Märkte mit Kunstseide, also in Unbetracht

der ständigen Erweiterungen der Kunstseidefabriken auf eine Ueberproduktion zurückzuführen.

Die Kunstseidepapiere können allerdings einen Stoß vertragen, denn sie werden allgemein sehr hoch bewertet. Gilt z. B. die Zehnschilling-Aktie der Célanse auch jetzt noch 30 Schilling, so notieren an den deutschen Börsen die deutschen Kunstseidepapiere noch höher. Die Muttergesellschaft der deutschen Kunstseideindustrie, die Elbefelder Kunstseidefabrik, erfreut sich für ihre Aktien auch jetzt noch eines Kurses von weit über 500 Prozent; die Aktien ihrer Tochtergesellschaft, der bekannten Strumpf-Beimert g., gelten weit über 400 Prozent. Solche Kurse bleibend also auch dann noch sehr hoch, wenn sie mal einen Stoß bekommen. Die Großinteressenten wollen aber nicht ohne ihren Willen gestoßen werden. Schon mal ist ihnen das allerdings sehr angenehm, wenn sie nämlich große Aktienpositionen zu Höchststufen an kleine Kapitalisten verlaufen haben, damit sie sie dann zu niedrigeren Kursen zurückkaufen können. Gegenwärtig scheint ihnen aber jedensfalls ein Kursabfall unerwünscht zu sein.

So wird denn die Oeffentlichkeit beruhigt. Von einer Ueberproduktion ist angeblich keine Rede. Im übrigen kann man auf außerordentlich günstige Dividenden ergebnisse verwiesen. Nachdem vor einigen Tagen die Aktionäre der Bemberg A.G. erzähnen haben, daß im vergangenen Geschäftsjahr recht viel Geld in die Bemerg-Aktien gestromt wurde (die Dividende wurde von 8 auf 14 Prozent erhöht), und es wurden Summen von ungeheure Höhe außerdem in der Bilanz versteckt, meldet sich jetzt auch die Glanzstoff A.G. mit einer hohen Dividendenhöhung. Dieses Unternehmen hat im vorvergangenen Geschäftsjahr 15 Prozent Dividende verteilt und hält für möglich angesichts, es werde für das vergangene Geschäftsjahr mindestens 18 Prozent Dividende zur Verteilung bringen, könne jedoch noch nichts Endgültiges sagen. Etwas nach dem Euroeinbruch „verlautet“ an der Berliner Börse, daß auch 25 Prozent Dividende herauskommen könnten. Eine offensichtlich von der Verwaltung inspirierte Meldung wider spricht zwar dieser Hochschatzung, lädt aber die Aussicht auf eine mehrprozentige Erhöhung der Dividende über 18 Prozent hinaus bestehen.

Die deutschen Kunstseideunternehmungen legen also Wert auf die Feststellung, daß bei ihnen alles in Butter und zur Verzweiflung der Aktionäre keine Veranschlagung ist. Die Leute haben recht, ihre Arbeiter lassen sich immer noch so schlecht bezahlen, und die Frauen sind immer noch bereit, die Bembergstrümpe so hoch zu überschlagen, daß das Resultat jedes Glanzstoffaktionärs höher schlagen lassen kann.

## Milch anstatt Fleisch

Von sachmännischer Seite wird uns zu den Bestrebungen des Reichsnährungministeriums, die jollfreie Geflügelzucht zu unterstützen, u. a. geschrieben: Der Bestand an Ochsen und Bullen in Deutschland, die das beste Rindfleisch liefern, mache im Jahre 1913 = 1 369 000 Stück aus. Im Jahre 1924 wurden noch 1 030 000 Bullen und Ochsen festgestellt. Dann erfolgte eine starke Verringerung der Bestände und zwar bis auf 874 000 Stück im Jahre 1925, 793 000 Stück im Jahre 1926 und 780 000 Stück im Jahre 1927. Diese Verringerung erklärt sich dadurch, daß die deutsche Landwirtschaft von der Fleischproduktion auf die Milchproduktion umstellt. Während also der Bestand an Kühen zunimmt, muß der Bestand an Ochsen und Bullen abnehmen. Die Milchproduktion verdrängt die Fleischproduktion. Die Folge kann nur eine Verknappung des wichtigen Ochsenfleisches sein. In dem Maße, wie sich die deutsche Landwirtschaft, was es an für richtig ist, mehr auf die Milchproduktion einstellt, muß die aus fallende Fleischproduktion durch das Ausland ergänzt werden. Für diese Ergänzung kommt nur die Einfuhr von Geflügel in Frage. Wenn das Reichsnährungsministerium diese Einfuhr durch überlegten Zoll oder durch Verbote unterbinden will, steht es eine Verknappung auf dem Fleischmarkt und eine Versteuerung des Fleisches an.

Braun-Schweiger Qualitäts-Konfektionen  
ganz preiswert.

Gemüse-Erbsen . . . . 2-Pfd.-Ds. 65,-	Gemischtes Gemüse 2-Pfd.-Ds. 85,-	Erdbeer-, Himbe., Johannisbeer-, Kirsch-Marm. mit Apf. 2-Pfd.-Elm. 95,-
Junge Erbsen . . . . 2-Pfd.-Ds. 80,-	Leipziger Allerlei . . . . 2-Pfd.-Ds. 95,-	Himbeer-Konfitüre 2-Pfd.-Elm. 1,35
Junge Erbsen, mittel 2-Pfd.-Ds. 1,50	Mirabellen . . . . 2-Pfd.-Ds. 1,35	Aprikos.-Konfitüre 2-Pfd.-Elm. 1,35
Würfel-Karotten . . . . 2-Pfd.-Ds. 38,-	Birnen ½ Frucht . . . . 2-Pfd.-Ds. 1,25	Ananas-Konfitüre 2-Pfd.-Elm. 1,50
Junge Karotten . . . . 2-Pfd.-Ds. 65,-	Stachelbeeren . . . . 2-Pfd.-Ds. 1,25	Orange-Konfitüre 2-Pfd.-Elm. 1,55
Schnittbohnen . . . . 2-Pfd.-Ds. 65,-	Erdbeeren . . . . 2-Pfd.-Ds. 1,65	Rhein. Apfelsk. . . . 2-Pfd.-Elm. 1,20
Jg. Schnittbohnen I 2-Pfd.-Ds. 85,-	Gemischte Früchte 2 Pfd.-Ds. 1,60	Apf.-Gele. . . . 2-Pfd.-Elm. 1,30
Junge Wachsbrechbohnen I . . . . 2-Pfd.-Ds. 95,-	Preisbeeren . . . . 2-Pfd.-Ds. 1,50	Ananas-Konfitüre 1-Pfd.-Glas 1,30
Haricots verts . . . . 2-Pfd.-Ds. 85,-	Apfelmus weiß . . . . 2-Pfd.-Ds. 85,-	Ticht. Himb.-Konf. 1-Pfd.-Glas 1,20
Junger Spinat . . . . 2-Pfd.-Ds. 60,-	Pflaumen sauer-süß . . . . 2-Pfd.-Ds. 1,10	Aprikos.-Konfitüre 1-Pfd.-Glas 1,20
Kohlrabi in Scheiben 2-Pfd.-Ds. 75,-	Pfirsiche ½ Frucht . . . . 2-Pfd.-Ds. 1,80	Reiner Blaonenhonig 1-Pfd.-Glas 1,30
Jellerie in Scheiben . . . . 2-Pfd.-Ds. 85,-	Ananas 6 große Scheib. 2-Pfd.-Ds. 1,55	Aprikosen-Pulp . . . . 10-Pfd.-Dose 4,25
Blumenkohl . . . . 2-Pfd.-Ds. 1,10	Ananas im eigenen Saft;	
Rosenkohl . . . . 2-Pfd.-Ds. 95,-	6 große Scheiben . . . . 2-Pfd.-Ds. 1,35	
Pflaferlinge . . . . 2-Pfd.-Ds. 1,10		

## Fleisch- u. Wurstwaren

Feinste Weinsülze . . . . ½ Pfd. 20,-	Sild in Öl . . . . Dose 55 82 45,-
Wurstsalat . . . . ½ Pfd. 30,-	Gabelheringe in vrsc. Sauz. Dose 75,-
schweinskopf in Galeo . . . . ½ Pfd. 30,-	Oelsardinen Club . . . . Dose 50,-
darter Knackwurst . . . . ½ Pfd. 32,-	Seelachs in Scheiben . . . . ½ Pfd. 45,-
deitwurst . . . . ½ Pfd. 35,-	Sardellen . . . . ½ Pfd. 35,-
Knackwurst . . . . ½ Pfd. 35,-	
Blut- u. Leberwurst . . . . ½ Pfd. 35,-	
Jagdwurst . . . . ½ Pfd. 35,-	
Polnisches . . . . ½ Pfd. 35,-	
Schinken gekocht . . . . ½ Pfd. nur 48,-	

## Käse und Fischwaren

Edamer Käse vollfett . . . . ½ Pfd. 33,-	Edamer Käse . . . . Pfund 22,-
Emmenthaler ohne Rinde ½ Pfd. 68,-	Voll-Beils . . . . Pfund 24,-
Tilsiter ohne Rinde . . . . ½ Pfd. 45,-	Eier-Nudeln . . . . Pfund 48,-
Harzer Käse . . . . 3-Pfd.-Kiste nur 1,10	Hartgries-Makkaroni . . . . Pfund 45,-
Camembert vollfett, stellig. Karton 93,-	Extra-Angebot! Frische Eier!!
	Neuproduct . . . . 10 Stück 1,15
	Mürbchen . . . . Pfund - 5,-
	Creme-Pralinen . . . . ½ Pfund 20,-
	Apfelsinen . . . . 10 Stück 85,-
	Amerik. Äpfel . . . . Pfund 65 35,-

## Kolonialwaren

# KAUFHAUS BRÜHL

## Frisches Fleisch v. nur Schlachtvieh 1. Klasse

Pa. Schweinefleisch	Pa. Kalbfleisch
Bauch . . . . Pfund 85,-	Brust — Kamm . . . . Pfund 1,20
Zeuße . . . . Pfund 95,-	Pfefferfleisch . . . . Pfund 1,00
Koteletten . . . . Pfund 1,30	Niere — Wickelbr. Pfund 1,35
Kamm . . . . Pfund 1,75	Keule . . . . Pfund 1,35
Pa. Hammelfleisch	Pa. Ochsenfleisch
Bauch . . . . Pfund 1,2	Hochfleisch . . . . Pfund 1,20
Rücken . . . . Pfund 1,3	Hohe Rippe . . . . Pfund 1,30
Schulter . . . . Pfund 1,30	Bratfisch . . . . Pfund 1,25
Keule . . . . Pfund 1,40	chacktes Pfund 1,20-70,-
	Braten ohne Knoch Pfund 1,40

# Bewilleton

Donnerstag, 9. Februar 1928

## Monteur Klinkhammer

Von Erich Grätz.

11.

Da knarrte ein Wagen heran. Zwei Pferde gingen aus dem Holz. Gustav hielt sie am Hals und schrie schon von weitem: "Schrauben, Monteur! Schrauben und Dorne!"

"Jungens, holt her! Holt auf!"

Der Wagen kam näher. Der Fuhrmann und Gustav begannen die schweren Körbe zur Erde zu zetteln.

"Loht lieben, wie's steht, das machen die Jungens."

"Ich muß vor Tag zurück sein", brummte der Fuhrmann; doch sein Brummen ging unter im lauter und lauter werdenden Krachen der Stämme. Man sah sie nicht kommen, man sah nicht mehr, daß sie sich bewegten. Träge und tot lag die drohende Masse vor dem Gerüst. Hundert Meter oder schon mehr vor der Brücke prallte Stamm auf Stamm. Man hörte das dumpfe Donnern. Zwischen durch die anfeuernde Rufe Klinkhammers, der den zurläufig gehaltenen Fuhrmann anriefe: "Stell dich nicht so dämlich an, Kerk, als ob du noch nie in deinem Leben einen Schraubenschlüssel in Händen gehabt hättest. Da, sech an, zeig, was du in den Mauken hast. Los, Leute, los!"

Keiner nahm dem Alten seinen Ton übel, jeder spürte, daß das Donnern der Stämme, deren letzter immer noch nicht gekommen war, den Jazzenbruch all dessen bedeutete, was sie in langen Wochen sich abgerungen. Und jeder lebte seine Ehre darin, mit dem Leisten seiner Kräfte das drohende Unheil aufzuhalten.

Gegen Morgen kam Rebel auf und hällte alles in eine dicke Decke. Aber die Männer lichen nicht nach. Die Hämmer knallten auf das Eisen. Die Schraubenschlüssel ätzten und die immer noch ankommenden Stämme donnerten gegen das ange schwemmte Holz. Die Wucht ihres Aufpralls ging weiter bis zum Gerüst und teilte sich der Brücke mit. Ein unheimliches Riecheln ging jedem der sechzig Mann, die da erschöpft auf den Gerüsten standen, durch Blut und Nerven, aber keiner verließ seinen Platz. Der Lärm der sich aneinanderreibenden Stämme nahm zu. Unter der Brücke rauschte das Wasser wie ein Wasserfall.

Dann brach die Sonne durch. Der Rebel zerriss und gab den Blick frei auf einen unübersehbaren, schwimmenden Wald. Das Wasser war in der Nacht um jünß aufgestiegen und zwängte sich schwammend und quirlend durch das von knirschenden Stämmen belegte Gerüst.

Das Wasser stieg den ganzen Tag. Stromaufwärts war vom Fluss nichts mehr zu sehen. Hunderttausend Stämme bedeckten die Flut. Slieten auf und übereinander, sachten zusammen unter dem Schlag der Wellen. Als der Abend kam, wurde Klinkhammer unruhig. Am Himmel zeigten sich Wolken. "Jungens", sagte er ein übers andere Mal, "die Nacht überstehen wir nicht. Wenn wir Regen kriegen, laufen wir ab mit unsrer ganzen Maloche. Wie weit feld ihr?" rief er denen zu, die auf dem Obergut saßen. "Und wieviel ist?" zum anderen Brückenloft hinüber.

"Wir müssen es schaffen", gaben die Gestagten zur Antwort. "Und wir werden es schaffen."

"Dann man setzt!"

Schneller noch flögen die Hämmer, lauter wurde das Knirschen der Schraubenschlüssel. Der Wind pifft durch die Streben und heult im Gerüstholz. Die Spannung machte die Windverbände klingen. Die Löcher gut, dachte Klinkhammer, als er das hörte.

Das Wasser brodelte unter der Brücke. Die Nacht stand dunkel im Raum. Klinkhammer ließ auf Brückenmitte ein großes Feuer anzünden und in Gang halten. Das gab den Schaffenden Licht und Wärme. Manchmal legt eine ganze Saal heller Funken auf und legte sich verschlafen auf die unheimlich drängende Flut.

Es begann zu regnen.

Von oben rief einer: "Meine Schrauben sind alle!"

"Steck deine Finger hinein, aber mach mir die Löcher zu!" schrie Klinkhammer heiser.

"Hier sind noch Dorne!" rief einer.

"Rauschaffen. Und reingewascht. Die Schrauben verteilen. Fertig?"

"Gleich", antwortete einer von oben. Ein dunkler Schatten glitt an der Brücke herunter. "Bin fertig", stand Mennigtopf in Stimme vor Klinkhammer.

"Ich auch!", rief ein anderer. "Ich auch", rief Krähensuß. "Fertig!" rief die anderen. "Fertig, fertig!" kam es von allen Seiten.

Der Regen strömte. Das verlöschende Feuer war jetzt gelbenfleckige Schatten auf den dunklen Strom. Klinkhammer ging über die Brücke. "Lampe halten", fuhr er Mennigtopf an. Er befaßt sich jeden Knotenpunkt, jeden Stoß. "Hier, diese Schraube versiehen", ordnete er an. "So sieht sie besser. Und hier. Und hier." Gieberhaft verbesserten die Männer ihre Arbeit.

Die Nacht wischte schon dem Grau des Morgens. "Allesricht!" sagte Klinkhammer. Und dann, nach einer Pause zu den Zimmerleuten: "Habt ihr Stricke und Sägen zur Hand?"

"Yes."

"So bindet euch an. Zwölf Böcke stehen im Strom. An jeden Bock zwei Mann."

"Es geht um die Wurst. Wer nicht mitmachen will, muß es sagen."

Keiner sagte ein Wort.

"Dann los!"

Vierundzwanzig Männer ließen sich unter die Brücke binden.

"Und ihr", fuhr Klinkhammer die Schlosser an, "bindet die Richtwinden fest. Sind zu schade zum Abhauen."

Alles war fertig. In zwei Zimmerleute hingen fest in den dicken Stricken unter der Brücke. Die Sägen klirrten. Die Richtwinden waren angebunden.

"Altright!" rief Klinkhammer noch einmal über die Brücke.

"Altright!" kam es zurück aus leicht Hößen.

"Dann los, sagt die Holme durch!"

Die Sägen sprangen knirschend ins Holz.

"Alles runter jetzt von 's Brückel! Und du, mach, daß du in deinen Säffladen kommst und brau einen Gros für meine Jungens", rief er Gustav an. "Oder willst du warten, bis der Strom dir deinen Schnaps wegträgt?"

Der Dick eilte zur Kantine, die schon vom Wasser umspült war, das immer noch stieg. Schwammend brach die Flut durch das bebende Gerüst. Am Ufer standen die Männer und blickten auf zu den Zimmerleuten, die Zug um Zug die Sägen durch die Holme rissen. Zwölf Böcke standen im Strom. Zwölf Holme trugen die Last der überstehenden Brücke. Zwölf Sägen sprangen sich den dicken Balken ins Herz. Vierundzwanzig Menschen hingen in der Luft und wußten nicht, jüngten sie den Boden durch, auf dem sie standen; oder hielt sie schon die Kraft der sie tragenden Brücke.

Hoch oben aber, über allen anderen, als einziger Mann auf der zitternden Brücke, stand Klinkhammer. Weit deutete er sich über den unteren Gurt, daß er auch jeden der Sägen sah. Und hielt den Fuß fest im Arsch. Mehr als zehn Fuß war der schon geschrumpft. Heulend und krachend legte sich immer noch Stamm auf Stamm vor den schwimmenden Wald.

Dann, ein Riesien im Holz.

"Laßt die Sägen los. Haltet euch fest!" schrie Klinkhammer

laut, da spürte er schon einen Auf. Die Brücke sackte zusammen, aber sie fing sich im gleichen Augenblick noch. Unter der Wucht von mehr als hunderttausend Stämmen brachen die angefagten Böcke zusammen. Die Flut sprang auf und warf ihren Schaum bis zu den Männern hinaus, die hilflos in den Seilen hingen. Dann brach sie durch. Das Wasser wälzte sich weiter mit unheimlichem Heulen. Die Stämme rieben sich aneinander und ritten mit lautem Donnern zu Tal. Ein ganzer Wald war in Bewegung, ein Meer aus Holz schwämmt vorüber.

Hunderttausend Stämme, deren jeder in der nächsten Minute die Brücke mitgerissen hätte.

Aber die Brücke stand. Wollüstig spürte Klinkhammer, wie sie in ihren Lagern federete, wie sie sich strekte und hob in der ersten Sekunde, da das Holz unter ihr weg ging. Er schloß seine Augen, doch dann schrie er seine Freude heraus:

"Jungens, holt her! Holt auf!"

Aber sie kamen schon heraus und befreiten die Zimmerleute aus ihren Seilen.

Die waren steif wie die Stöcke. Sie traten sich aus, schlügen die Arme. Jeder sprang einmal hoch, als wollte er probieren, ob die Brücke auch nicht unter der Wucht seines Aufsprungs zusammenfaile, und dann marschierte die ganze Korona mit Klinkhammer an der Spitze in die Kantine, wo Gustav einen Gros stehen hatte, steif wie ein Stockfisch.

Und kam drei Tage später nach draußen. Am vierten Tage aber lächelten die Reisefeuere auf und die Hämmer sprangen und dröhnten und der Strom rollte friedlich und harmlos unter den Schäfenden fort.

## Die Deutsche Welle

Der Deutschlandsender in Königswusterhausen hat die größte Sendeanstrengung. Sein Programm, das Programm der "Deutschen Welle" ist das intensivste, das wir in Deutschland haben. Es ist notwendig, sich damit zu beschäftigen. Besonderen Anlaß hierzu gibt das "Jahrbuch der Deutschen Welle 1928", dem wir die Daten entnehmen. Städte mit eigenem Sender, wie Leipzig, stehen nicht so sehr unter dem Einfluß des Deutschlandsenders, weil ihr eigener Sender den direkten Empfang von Königswusterhausen nur mit komplizierten Apparaten erlaubt. Dogegen dürfte die Wirkung groß sein in Gegendern, die nicht in der Nähe eines Bezirkssenders liegen. Die Teilnahme an den Darbietungen der "Deutschen Welle" läßt sich daran ermessen, daß allein an Textbüchern für den Sprachfunk 50 000 Exemplare verkauft wurden. Man wird nicht schließen, daß tatsächliche Zuhörerzahl auf das vielfache davon zu schätzen. Kein Bezirkssender wird wohl auch nur eine annähernd so hohe Zahl von Zuhörern zu einer einzelnen Darbietung aufzuweisen haben. Es ist also durchaus geboten, der "Deutschen Welle" besondere Beachtung zu widmen. Wer einmal dem Sprachfunkunterricht des Deutschlandsenders zugehört hat, wird sich nicht wundern, daß er sofort Anhänger hat. Die Methode des Unterrichts ist so geziert, daß der Eigenart des Rundfunks angepaßt, daß man gern zuhört, mit Aufmerksamkeit folgt und wohl auch lernt. Das gesamte Programm dieses Senders zeigt im übrigen eine klare Gliederung und scheint vom Ernst der Aufgabe getragen zu sein. Die "Deutsche Welle" veranstaltet ausschließlich Vorträge; nur abends werden künstlerische Darbietungen anderer Sender übernommen.

Im vergangenen Jahre wurden am Deutschlandsender dreitausend Vorträge abgeholt, davon idyllisch allgemeinbildende Inhalte: Naturwissenschaft, Literaturgeschichte usw. Die andern zweitausend nennt das Jahrbuch "berufsbildende". Die hälfte davon umfaßt den "Pädagogischen Rundfunk", also: Sprachkunst, Berufskunde, Stenographie usw., während der Rest verteilt ist unter die Stunden für Aerzte, Juristen, Beamten, Hausfrauen, Arbeiter, Kaufleute, Volkswirtschaft und Landwirtschaft. Es ist gut, daß diese Spezialisierung getroffen wurde, dadurch kann sich jeder Hörer auf ihn besonders interessierende Veranstaltungen beziehen und bei regelmäßiger Verfolgung eine reiche Anregung auf dem gewählten Gebiete verschaffen.

Nun zum "Arbeiterfunk". Dessen Darbietungen umfassen 140 von den 3000 Vorträgen im vergangenen Jahre. Der größte Teil davon geht auf den Lehrgang für Facharbeiter, in dem zum erstenmal verliefen wird durch Rundfunk technisches Fachwissen zu vermitteln. Dieser Arbeiterfunk umfaßt also einschließlich des erwähnten Lehrgangs kaum fünf Prozent aller Vorträge der "Deutschen Welle". Auf den Lehrgang entfallen zwei Drittel davon, so daß zwei Prozent aller Vorträge als Arbeiterfunk angesehen werden kann. Genügt das, um den Arbeiter aufzuklären gegenüber der Fülle von Darbietungen der "Deutschen Welle", die von rein bürglerischen Standpunkt gehalten werden? Selbst in dem einmal wöchentlich stattfindenden Vortrag für die Arbeiterschaft muß mit sehr viel Zurückhaltung gesprochen werden. Das beweist der Vortrag "Die Psychologie des Industriearbeiters" des Genossen Wald, der in diesem Jahrzehnt abgedruckt worden ist. Er behandelt darin ganz vorsichtig und zurückhaltend das "Masse" und "Führerpunkt". In diesem Vortrag fragt der Redner: "Was unterscheidet dich (gesmeint ist der Arbeiter J. B.) in deiner gesellschaftlichen Schicht und Stellung vom Bürgerlichen Menschen?" Und erwidert als Antwort darauf: "Es ist das Massenbild, das du bist." Diese Antwort, die von den 3000 Vorträgen im angeführten Buch von dem Leben einer Bühne, die die Münchner Genossen in den Revolutionsjahren gründeten, wahrschafft einen großen Strop ergeben würden. Die populärste von ihnen ist wohl die, die behauptet, das Theater sei das Spiegelbild des Lebens, hier wird dem Menschen sein eigenes Gesicht gezeigt; gleichzeitig jedoch mit dem Erfolg, daß er kaum merkt, wie nämlich er sich manchmal auf Gottes Erboden bestimmt, zumindest macht er sich aber wenig daraus. So findet unser Spieler des 20. Jahrhunderts hohen Spass daran, wenn sein eigenes Gesicht ihm angibt, wenn das Bühnenspiel ihn als Banalen zeigt. Bekanntlich richtet sich nun der Lebenslauf eines Menschen nicht nach Geschlecht und Datum, sondern meist immer nach den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen er zufällig deinstellt, er steht demnach im bestimmten Verhältnis zu den öffentlichen Angelegenheiten, deren Gesamtsumme den sozialen Namen Politik trägt. Die Bühne müßte darum – was doch eigentlich leicht verständlich sein sollte – bei der Wiederaufstellung des menschlichen Lebens im großen Maße politisch sein. Doch die Politik, die steht im Theater in schlechtem Ruf, weil nach jüngerer Art die Politik den Menschen verdrängt, das Theater sei aber ein Stück Bildungseinrichtung, die den Menschen zum Guten und Schönen erziehen soll. Wir schließen uns dieser Meinung nicht an, mag sie auch in jedem Parteititel noch knistern, wir lehnen sie ziemlich scharf ab, weil wir nicht im Theater eine bloße Unterhaltungsstätte sehen.

Oskar Maria Graf erzählt, vielleicht als Ergänzung zu seinem

Dieleiter "Wir sind Gefangene", im angeführten Buch von dem Leben einer Bühne, die die Münchner Genossen in den Revolutionsjahren gründeten. Gleich zum Anfang sei gesagt: das Theater besteht heute nicht mehr, es ging ihm wie vielen anderen proletarischen Theaterunternehmen (Kabarett, Sprechtheater usw.), die in dieser bewegten Zeit entstanden, doch wieder an der Interessengesellschaft der eigenen Klasse zerbrachen. Graf kam auf dem einfachsten Weg zu dieser Bühne und wurde Dramaturg, der nebenbei die reizvolle Aufgabe hatte, die Einführung zu den einzelnen Theaterstücken zu sprechen und er wurde dabei, da der Saal fast nur von Arbeitern besetzt war, "politisch", was dem Direktor, ein Mann wie so viele heute, die Gesinnungs- und Zeithistorien rufen, aber außer ihm Theaterkritik zu geben, wenn das Bühnenspiel ihn als Banalen zeigt.

Wie gesagt: die Münchner Arbeiterbühne hat zahlreiche Kunden,

denen auch dieses Buch gewidmet ist; vielleicht die beste Widmung, die einem Menschen schenken konnte, lebt aus dem Herzen gesprochen war. Und dieser Streit um diese politische Bühne bildet den Hauptteil dieses wundersamen Buches, das mit herlichen Nuancen reich gespielt ist.

Da ist der schon angeführte Padträger, und Vorsitzende, der

neben Kossef und Kästnertagen Bühne für die jeweilige Abendvorstellung in Detmold und bei der "Aufführung" verlaufen, der auch

wie ein guter Vater für seine Künstlerkarriere sorgt, indem er Würde angeschleppt bringt und sie gleichmäßig verteilt; der unvermeidliche

Dichterling, der den Direktor und den Dramaturgen mit seinem neuen Werk, das er, da nach Vorschrift der Baupolizei auf der Wirtschaftsbühne nur acht Personen spielen dürfen, von 54 Personen auf acht zusammenstellt, bestützt; Dienstmädchen, Lehrjungen usw., die die Welt des Scheins betreten wollen und sich schon als den zukünftigen Star sehen, sie alle werden durch die Feder Graf's hellisch gezeichnet.

Zum Schlus taucht die Volksbühne auf, wie immer, kleinbürgerlich, fast spielerisch, die der im finanziellen schwierigen

Arbeiterbühne den Todestakt gibt, da sie aus nichtigen Gründen läuft. Da das sich die Mitglieder der Volksbühne im Arbeitstheater auf Wirtschaftsstühle setzen müssen, eine Vereinigung ablehnt.

Wie gesagt: die Münchner Arbeiterbühne hat zahlreiche Kunden

und wird vielleicht noch finden. Vielleicht fehlt den

Arbeiter- und proletarischen Bühnen bisher die notwendige Ver-

bindung mit den starken volklichen Organisationsgruppen – vielleicht fehlt es, weil die Zeit noch nicht für dazu war. Aber sie wird kommen und die Berliner, die bisher angefeindet worden sind, ganz

gleich, ob sie gelungen sind oder nicht, haben darum ihren Wert.

Die Münchner Arbeiterbühne hat Graf vor dem vollständigen Untergang

durch seine "Wundersamen Menschen" gerettet.

Als Professor Moholy-Nagy die Absicht hat, seinen bis 1930 laufenden Vertrag vorzeitig zu lösen; und zwar deshalb, weil er als einer von Gropius' engsten Mitarbeitern nicht ohne ihn am Bauhaus verbleiben möchte. — Moholy-Nagy, einer der Mitbegründer des Konstruktivismus, wurde im Jahre 1923 an das Bauhaus berufen, wo er die Metallwerkstatt und einen Teil des Unterrichts in der Vorlese leitete. Er ist als Maler in europäischen und amerikanischen Ausstellungen hervorgetreten, hat ein photographisches Verfahren ohne Kamera ausgearbeitet und in der von ihm mit Gropius herausgegebene Reihe der "Bauhausbücher" (Verlag Albert Langen, München) ein Buch "Malerei, Photographie, Film" veröffentlicht. Er gehört außerdem zu den ersten Vertretern der elementaren modernen Typographie. Mit seinem Weggang würde der Lehrkörper des Bauhauses eines seiner aktivsten und vielseitigsten Mitglieder verlieren.

Schönbergs Chorwerk "Der gepaltene Mensch" wird am 12. Februar in einer Matinee der Berliner Volksbühne aufgeführt. Sprech- und Bewegungsschor der Volksbühne unter Leitung von Berliner Triumpf und Karl Voigt wirken mit, ferner die Tongruppe Trümper-Skordon und ein Orchester unter der Leitung von Wolfgang Jeller.

*Macbeth* in Kali. Am Court Theatre, London, wurde "Macbeth" in modernster Gesellschaftsleidenschaft gegeben. Lady Macbeth hat eine Seidenrobe mit diesem Rückenausschnitt an und Macbeth steht als englischer Oberst in der Kali-Uniform auf der Bühne. Damit mag es gelingen, gewisse Bevölkerungskreise mit Shakespeare bekannt zu machen, aber im Grunde bringen solche Experimente nur totale Verwirrung", schreibt A. B. der Manchester Guardian.

*Altes Theater*. In der Komödie "Die Opernzeit" von Max Brod und Hans Regina von Nast, die Sonnabend, den 11. Februar, zum ersten Male aufgeführt wird, sind in Hauptrollen beschäftigt: Siedel, Anita Redlich, Engl, Walter Langewisch, Marie Schippang, Schlageter, Zeile-Gött. Bühnenbilder: Steiner-Prag. Inszenierung: Erhard Siedel. Außer Antret. Anfang 20 Uhr.

*Neues Theater*. In der am Sonntag, dem 12. Februar, stattfindenden Aufführung von "Lohengrin" singt Ernst Reibert hier zum erstenmal die Titelpartie.



in die Säke aus, die wir einem weiteren Wunsch des Genossen [unten] entnehmen:

Seit einiger Zeit begegnen wir einer Reihe von Bemühungen, die darauf hinauslaufen, die verschiedenen Faktoren der Produktion einander „näherzubringen“, eine „Zusammenarbeit“ zwischen Kapital und Arbeit herzustellen. Die kapitalistische Bourgeoisie würde damit ein großartiges und fruchtbildendes Werk vollbringen. Sie würde sich eine bevorzugte Stellung,

die Ewigkeit ihrer Profite, die Festigung ihrer Vorherrschaft sichern.

Sie braucht sich nur darauf einzulassen, dem Proletariat einen Platz unter der Bedingung einzuräumen, daß es auf seine gesetzliche Aufgabe verzichte und sich der herrschenden Ordnung anschließe.“

Das wäre eine wirtschaftliche und soziale „Sammlung“. Man darf nicht müde werden zu wiederholen: die gewerkschaftliche Willen der Klasse duldet keine solche „Sammlung“. Hält sie Verhandlungen und Abschlüsse mit dem Unternehmertum als Phasen und Modalitäten des allgemeinen Klassenkampfes für praktisch unentbehrlich, so lehnt sie es ab, die proletarische Klasse in den bürgerlichen Staat eingliedern zu lassen. Und wenn sie bereit ist, an Ausschüssen und Kommissionen teilzunehmen, so tut sie es, um die Rechte der Arbeitervelasse zu verteidigen und nicht, um eine „Kooperation“ herbeizuführen oder ein neues System kapitalistischer Leitung zu begründen.“

Die gewerkschaftliche Aktion der Klasse schöpft ihre Kraft aus der eigenen Bewegung des Proletariats; sie „pakt“ sich nicht dem Kapitalismus „an“; man beteiligt sich nicht am Kapitalismus; man verläßt ihn und man erledigt ihn.“

Die Gewerkschaftsbewegung gibt sich nicht mit einem durch hohe Löhne gekennzeichneten sozialen Zustand, noch mit einem wirtschaftlichen Zustand zufrieden, der den Arbeitern mehr materielle Vorteile bietet, aber den kapitalistischen Bau bestreift läßt. Sie zielt höher. Sie strebt danach, die Grundfesten selbst des kapitalistischen Systems auszutreten, und im Hinblick auf dieses Ziel hält sie auf die Aktion der Arbeitervelasse.

Die gewerkschaftliche Tat mündet in das Grundproblem der Eroberung der Herrschaft. Und das ist eine Frage der Macht.“

#### Wahl-Abstimmung

Der Verwaltungsausschuß des französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes hat im Gegensatz zu den Gewerkschaften Mostauer Richtung beschlossen, daß während der Wahlperiode kein Gewerkschaftsleiter das Wort ergreifen soll, außer in rein gewerkschaftlichen Versammlungen. Darauf ist die Neutralität des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes gegenüber allen politischen Parteien proklamiert worden.

## Der Kampf in Mitteldeutschland geht weiter

### Ergebnisse der Verhandlungen

Die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts in der mitteldeutschen Metallindustrie, die am Mittwoch im Reichsarbeitsamt stattfanden, führten zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer wollen nicht über den 3-Pfennig-Schiedsspruch hinausgehen. Der Vorschlag des Vorstandes des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller, die mitteldeutschen Metallindustriellen durch eine allgemeine geldliche Umlage und eventuell durch eine Gesamtausperrung zu unterschützen, hat den Unternehmern den Rücken gekehrt; sie fühlen sich jetzt wieder stark. Die Verluste, die sie bis jetzt schon durch den Streik erlitten haben, sind ihnen anscheinend noch nicht groß genug. Die Verhandlungen sind zunächst an Sonnabend vertagt worden.

### Achtung, Zimmerer und Bauarbeiter

Die Baustelle Plagwitzer Brücke der Firma A. Wolle ist wegen Entlassung der Delegierten gesperrt.

Zentralverband der Zimmerer, Leipzig.

## Gewerkschaftliche Anzeigen

Dreibaumhaus des A. D. G. B. Leipzig  
Volkshaus, Zeitzer Straße 32, Fernruf 34021

Deutscher Holzarbeiter-Berband, Verwalt., Leipzig.  
Lehrlinge und Jugendliche der Holzindustrie.

Sonnabend, den 11. Februar 1928, abends 7 Uhr, im Volks-  
haus, Kolonnade 2: Jahres-Versammlung. Tages-  
ordnung: I. Bericht vom Jahre 1927. II. Bericht von der  
Jugendführerkonferenz. III. Wahl des Jugendausschusses.  
Zahlreicher Besuch erwartet. Die Lehrlingskommission.

## Große öffentliche Protest-Versammlung der Gewerbe- und Geschäftsraummieter

Freitag, den 10. Februar 1928, 20 Uhr  
im Südbau, Zeitzer Straße 36  
(Süldenjaal)

Vortrag von Dr. Krause, Zwickau

Sonditus im Landesverband Sachsen, über:

## Vernichtung gewerblicher Existenzen durch die Lockerungs-Verordnung vom 6. April 1927

Reichsbund deutscher Mieter, Ortsverein Zeppige. B.  
Dittrichring 21, III., Fernsprecher 16465.



Paul Baumann  
**Fischwaren-Groß-  
Handlung**  
Windmühlenstr. 42

Mit dem Kostgeld kommt die  
Haushfrau aus, wenn sie Fische von

**Baumann**  
hat im Haus

Direkt vom Fangplatz! Waggons prachtvolle, blutfrische

## See-Fische

(im Anschnitt)

**4** Pfund von **95** an  
Grüne Heringe . . . . . 3 Pfund 50 an

Die beliebten Fett-Voll-Bücklinge

Kiste, 5 Pfund Inhalt **1.25** Pfund **38**

Kieler Fett - Sprotten 1-Pfund-Kiste **50**

10000 Dosen Ostsee-Delikatessen-

**Bratheringe** 2-Pfd.-Dose **10/12** Fische **68**, 3 Dosen **2.00**

Hering in Gelée . . . . . Bismarckheringe . . . . . Kron-Sardinen . . . . . Rollmöpse . . . . .

**85**

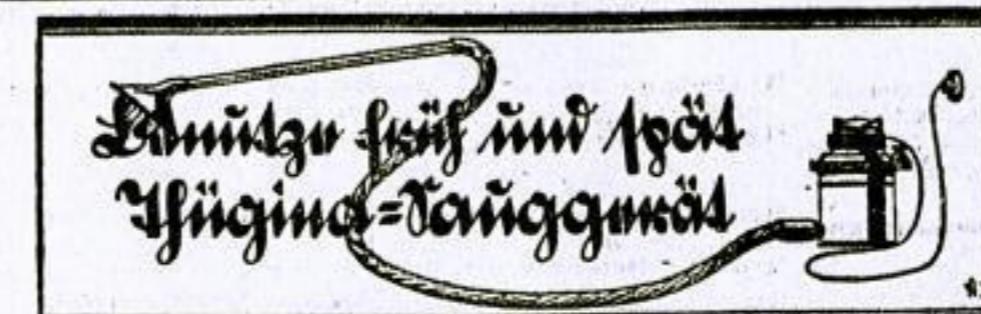
Schollen und Matjes-Heringe

10 Stück von **50** an

Dazu eine Rolle Kepern

Größtes Spezialhaus  
für Gummiwaren  
Hygienische und  
sanitäre Artikel!  
Gegründet 1900

**Gummiklose**  
LEIPZIG-HAINSTR. 17-19



## Sonder-Angebot

# Butter

### Trotzdem

die Butter-Notierungen im In- und Ausland

### bedeutend gestiegen

sind, werden wir auch diese Woche noch die

### allerfeinsten Qualitäten

zu unveränderten Preisen

weiter verkaufen.

Allerfeinste dänische **10**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **1**

Allerfeinste deutsche **98**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **98**

Feinste Molkereibutter **95**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **95**

Außerdem:

Pa. Harzer Käse **45**  
1-Pfund-Käse nur

Oelsardinen **48**  
Klubdose, 6 große Fische . nur

Hamburger Schwarzbrot **38**  
2 Pfund nur

Allerfeinste dänische **10**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **1**

Allerfeinste deutsche **98**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **98**

Feinste Molkereibutter **95**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **95**

Außerdem:

Pa. Harzer Käse **45**  
1-Pfund-Käse nur

Oelsardinen **48**  
Klubdose, 6 große Fische . nur

Hamburger Schwarzbrot **38**  
2 Pfund nur

Allerfeinste dänische **10**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **1**

Allerfeinste deutsche **98**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **98**

Feinste Molkereibutter **95**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **95**

Außerdem:

Pa. Harzer Käse **45**  
1-Pfund-Käse nur

Oelsardinen **48**  
Klubdose, 6 große Fische . nur

Hamburger Schwarzbrot **38**  
2 Pfund nur

Allerfeinste dänische **10**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **1**

Allerfeinste deutsche **98**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **98**

Feinste Molkereibutter **95**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **95**

Außerdem:

Pa. Harzer Käse **45**  
1-Pfund-Käse nur

Oelsardinen **48**  
Klubdose, 6 große Fische . nur

Hamburger Schwarzbrot **38**  
2 Pfund nur

Allerfeinste dänische **10**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **1**

Allerfeinste deutsche **98**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **98**

Feinste Molkereibutter **95**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **95**

Außerdem:

Pa. Harzer Käse **45**  
1-Pfund-Käse nur

Oelsardinen **48**  
Klubdose, 6 große Fische . nur

Hamburger Schwarzbrot **38**  
2 Pfund nur

Allerfeinste dänische **10**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **1**

Allerfeinste deutsche **98**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **98**

Feinste Molkereibutter **95**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **95**

Außerdem:

Pa. Harzer Käse **45**  
1-Pfund-Käse nur

Oelsardinen **48**  
Klubdose, 6 große Fische . nur

Hamburger Schwarzbrot **38**  
2 Pfund nur

Allerfeinste dänische **10**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **1**

Allerfeinste deutsche **98**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **98**

Feinste Molkereibutter **95**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **95**

Außerdem:

Pa. Harzer Käse **45**  
1-Pfund-Käse nur

Oelsardinen **48**  
Klubdose, 6 große Fische . nur

Hamburger Schwarzbrot **38**  
2 Pfund nur

Allerfeinste dänische **10**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **1**

Allerfeinste deutsche **98**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **98**

Feinste Molkereibutter **95**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **95**

Außerdem:

Pa. Harzer Käse **45**  
1-Pfund-Käse nur

Oelsardinen **48**  
Klubdose, 6 große Fische . nur

Hamburger Schwarzbrot **38**  
2 Pfund nur

Allerfeinste dänische **10**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **1**

Allerfeinste deutsche **98**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **98**

Feinste Molkereibutter **95**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **95**

Außerdem:

Pa. Harzer Käse **45**  
1-Pfund-Käse nur

Oelsardinen **48**  
Klubdose, 6 große Fische . nur

Hamburger Schwarzbrot **38**  
2 Pfund nur

Allerfeinste dänische **10**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **1**

Allerfeinste deutsche **98**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **98**

Feinste Molkereibutter **95**  
Molkereibutter **1/2** Pfund **95**

Außerdem:

</div